



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Von der Rhetorik zur Restrukturierung: Democratic Backsliding
in der slowakischen Kulturpolitik

verfasst von | submitted by

Dominika Majchrakova BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Thomas Meyer PhD

Abstract

Die vorliegende Arbeit legt ihren Fokus auf die Analyse von Indikatoren des democratic backsliding im Kulturbereich in der Slowakei seit 2023. Es handelt sich um eine Fallstudie, die legislative und institutionelle Veränderungen, die durch das slowakische Kulturministerium zustande kamen, analysiert und deren Auswirkungen in Bezug auf demokratischen Rückschritt bewertet. Die Untersuchung basiert auf einem qualitativen Forschungsansatz, der methodisch eine Kombination aus qualitativer Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring und dem Pattern-Matching-Ansatz von Robert K. Yin verwendet. Mithilfe dieser Methoden lassen sich Indikatoren des democratic backsliding im Bereich der institutionellen Umstrukturierung und in der Governance der Kulturinstitutionen, in der Besetzung von Schlüsselpositionen und im Bereich der finanziellen Steuerung von Akteur*innen und Institutionen beobachten. Zusätzlich wurde noch eine diskursive Dimension des democratic backsliding identifiziert. Die polarisierenden Top-down-Agenda-Setting-Strategien, die durch Kulturministerin Martina Šimkovičová eingesetzt wurden, haben eine vorbereitende Funktion. Durch die Delegitimierung von Akteur*innen werden die Entscheidungen der Kulturministerin legitimiert, und ihre Rechtfertigung erleichtert.

Inhalt

1. Einleitung.....	5
1.1 Forschungsinteresse und Problemstellung.....	6
1.2 Zielsetzung und Forschungsfrage	7
1.3 Aufbau der Arbeit.....	7
2. Konzeptualisierung von Demokratie und democratic backsliding	8
2.1 Demokratie als analytischer Ausgangspunkt	8
2.2 Democratic backsliding: Begriffsbestimmung und theoretische Ansätze	10
2.2.1 Democratic Backsliding als gradueller Prozess bei Waldner und Lust	10
2.2.2 Executive Aggrandizement und strategische Wahlmanipulation bei Bermeo	11
2.2.3 Constitutional Retrogression bei Huq und Ginsburg	12
2.2.4 Subverting Democracy bei Levitsky und Ziblatt.....	14
2.2.5 Polarisierung und institutioneller Abbau bei Haggard und Kaufman.....	16
2.2.6 Rights-Suspending und Rights-Obstructing Democratic Backsliding bei Wolkenstein	17
2.3 Theoretische Perspektiven im Vergleich.....	18
2.4 Dimensionen von democratic backsliding.....	20
2.5 Abgrenzung: Populismus, democratic backsliding und Autokratisierung	21
3. Politischer Kontext der Slowakei	22
3.1 Die Slowakei im regionalen und europäischen Kontext.....	23
3.2 Demokratische Entwicklung und institutionelle Rahmenbedingungen.....	25
3.2.1 Mečiarismus (1993–1998): Aufbau des Staates und defizitäre Demokratisierung	25
3.2.2 Die Dzurinda-Regierungen (1998–2006): Institutionalisierung, demokratische Konsolidierung und euro-atlantische Integration	26
3.2.3 Die Fico-Ära (2006–2023): Populismus und legitimatorische Sozialpolitik.....	28
3.2.4 Stand der Demokratie in der Slowakei seit 2023.....	30
4. Kulturpolitik in der Slowakei	33

4.1 Kulturpolitik in der Slowakei bis 2018: institutionelle Ausgestaltung und kulturpolitische Praxis	34
4.2 Kulturpolitik in der Slowakei ab 2018: politische Dynamiken und institutionelle Veränderungen	37
5. Methodik	44
5.1 Forschungsansatz	44
5.2 Methodisches Vorgehen	44
5.3 Kategorienbildung	45
5.4 Datenmaterial	46
5.5 Analyseverfahren	49
6. Analyse	52
6.1 Manipulation und Delegitimierung im öffentlichen Diskurs	52
6.2 Institutionelle Umstrukturierung und Governance Eingriffe	59
6.3 Personelle Politisierung kultureller Institutionen	63
6.4 Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung	68
7. Diskussion der Ergebnisse	71
8. Schlussfolgerung	74
8.1 Zusammenfassung und Beantwortung der Forschungsfrage	74
8.2 Limitationen und Ausblick	75
Literaturverzeichnis	77
Anhang	91

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung des Liberal Democracy Index für die Slowakei (1993–2025). Quelle: V-Dem Institute (2026)	24
Abbildung 2: Entwicklung des Rule of Law Index in der Slowakei (1993–2025). Quelle: V- Dem Institute (2026).....	31
Abbildung 3: Entwicklung der akademischen und kulturellen Ausdrucksfreiheit sowie staatlicher Eingriffe in die Medien in der Slowakei 1993–2025. Quelle: V-Dem Institute (2026)	42
Abbildung 4: Verteilung der codierten Segmente nach Kategorien. Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der qualitativen Inhaltsanalyse mit MAXQDA	52
Abbildung 5: Verteilung der Delegitimierung nach Akteursgruppen. Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der qualitativen Inhaltsanalyse mit MAXQDA	53

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Übersicht des Datenmaterials: Institutionelle Umstrukturierung und Governance- Eingriffe. Quelle: Eigene Darstellung	47
Tabelle 2: Übersicht des Datenmaterials: Personelle Politisierung kultureller Institutionen. Quelle: Eigene Darstellung.....	48
Tabelle 3: Übersicht des Datenmaterials: Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung. Quelle: Eigene Darstellung.....	49

1. Einleitung

„Democracy Dies in Darkness“. Mit diesem berühmten Slogan warnt uns die Washington Post seit 2017 vor der schleichenden Erosion demokratischer Werte.¹ Jedoch zeigt sich die politikwissenschaftliche Realität in einem anderen Licht. Die Demokratien sterben heute nicht mehr im Dunkeln. Ihr Untergang vollzieht sich im hellen Licht der Parlamentssitzungen. Dies ist die Beobachtung von modernem Prozess des democratic backsliding, die uns Levitsky und Ziblatt (2018) übermitteln.

Der Abbau der Demokratie passiert jedoch nicht nur in den großen parlamentarischen Sälen. Er findet genauso in den bürokratischen Hinterzimmern statt. Durch die Unterzeichnungen von Abberufungsdekreten, durch politisch motivierte Neubesetzungen von Leitungspositionen oder durch systematische finanzielle Benachteiligung unpassender Akteure werden demokratische Strukturen Schritt für Schritt abgebaut. Dabei verwenden die Regierungen die sogenannte Strategie des „bürokratischen Autoritarismus“ (O'Donnell 1973) und zerstören durch formale Regeln und legale Wege alle Strukturen, die sie nicht kontrollieren können, und ersetzen diese mit loyalen Netzwerken.

Diese Dynamik zeigt sich seit Ende 2023 auch in der Slowakei. Bemerkenswert ist dabei ihr Tempo. Während andere Länder wie zum Beispiel Ungarn für die Umgestaltung ihrer Kulturinstitutionen eine längere Zeit gebraucht haben, passiert dieser Prozess in der Slowakei mit enormer Geschwindigkeit (vgl. Šimečka 2025). Čuroš (2024) bezeichnet dies als „Fast-track Democratic Backsliding“. Problematisch sind dabei nicht nur die Umgestaltung der Institutionen und die Besetzung von Schlüsselpositionen durch loyale Akteure, sondern auch die Delegitimierung von politischen Gegnern. Akteure, die nicht in das „richtige“ Verständnis der Kultur hineinpassen, werden im öffentlichen Diskurs zunehmend als Bedrohung dargestellt. Dieser Strategischer Einsatz von Narrativen, kann zu Polarisierung der Gesellschaft beitragen (vgl. Müller 2016).

Die Kulturpolitik in der Slowakei bildet keineswegs nur einen Nebenschauplatz des politischen Interesses. Die aktuellen Entwicklungen weisen darauf hin, dass der Kulturbereich zu einem der wichtigsten politischen Konfliktfeld der slowakischen Politik geworden ist.

¹ Vgl. Der Standard (2017): „Democracy Dies in Darkness“: Neues Motto für die „Washington Post“, verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000053074007/democracy-dies-in-darkness-neues-motto-fuer-die-washington-post>

1.1 Forschungsinteresse und Problemstellung

Das Phänomen des democratic backsliding hat sich in den letzten Jahren in der Politikwissenschaft als wichtiger Forschungsgegenstand etabliert. Zahlreiche Autor*innen sehen democratic backsliding als ein Phänomen, das in der Gegenwart auf keinen Fall plötzlich erscheint, sondern vielmehr als ein Prozess der schrittweise erfolgt und systematisch Institutionen, Regeln oder politische Praktiken verändert (vgl. Bermeo 2016; Huq & Ginsburg 2018; Levitsky & Ziblatt 2018; Waldner & Lust 2018; Haggard & Kaufman 2021; Wolkenstein 2022).

Die klassische Forschung zu democratic backsliding fokussiert sich überwiegend auf Themen wie Veränderungen des Justizsystems, Manipulationen von Wahlen oder Eingriffe in die Medienfreiheit (vgl. Bermeo 2016; Huq & Ginsburg 2018; Levitsky & Ziblatt 2018). Jedoch lässt sich in den letzten Jahren beobachten, dass auch die Anzahl der Studien, die sich mit der Rolle von Kulturpolitik im Kontext von democratic backsliding beschäftigen zunimmt.

Neuere Studien zeigen, dass illiberale politische Akteur*innen den Bereich der Kulturpolitik nicht nur als Randbereich staatlicher Interessen wahrnehmen. Im Gegenteil. Sie verwenden die Kulturpolitik zu Stabilisierung und Ausweitung ihrer Macht. In diesem Sinne argumentieren Kristina Čufar und Hana Hawlina (2025), dass kulturpolitische Maßnahmen zu Polarisierung der Gesellschaft, zur Umdeutung der historischen Narrativen oder zur Marginalisierung der oppositionellen Stimmen beitragen können. Die Kultur soll jedoch nicht nur als Instrument staatlicher Steuerung verstanden werden. Sie kann sowohl als Mittel zur Durchsetzung politischer Ideologie, als auch Raum für potenziellen demokratischen Widerstand dienen.

Auch Péter Radó und Bálint Mikola (2025) betonen, dass die Bedeutung von Bildungs- und Kulturpolitik im Kontext illiberaler Herrschaft zunimmt. In ihrer Analyse behaupten sie, dass diese Politikfelder gezielt dazu verwendet werden können, ideologische Ziele durchzusetzen, politische Narrative zu reproduzieren oder langfristig Macht zu sichern. Dabei ist es wichtig zwischen sichtbaren Maßnahmen und versteckten politischen Strategien zu unterscheiden. Die letzteren werden oft nicht unmittelbar als Eingriffe erkannt, können aber einen großen Einfluss auf politische Strukturen haben.

Trotz wachsender Literatur gibt es jedoch nur wenige systematische Analysen, die kulturpolitische Entwicklungen in konkreten nationalen Kontexten untersuchen und dabei sowohl diskursive als auch institutionelle Aspekte ausreichend berücksichtigen.

Das Forschungsinteresse ergibt sich somit daraus, dass kulturpolitische Entwicklungen eine wichtige, aber bisher nicht ausreichend beachtete Dimension von democratic backsliding darstellen. Die Untersuchung dieser Entwicklungen ist daher besonders wichtig, da sie dazu

beitragen kann, ein umfassenderes Verständnis von democratic backsliding zu gewinnen und die bisher wenig beachteten Mechanismen sichtbar zu machen.

1.2 Zielsetzung und Forschungsfrage

Das Ziel dieser Arbeit ist es, mögliche Formen von democratic backsliding im Bereich der Kulturpolitik der Slowakei zu untersuchen. Dies soll durch die Analyse, der seit 2023 durch das slowakische Kulturministerium implementierten, legislativen und institutionellen Veränderungen erfolgen. Das Interesse richtet sich jedoch auch auf die diskursive Ebene, da Prozesse des democratic backsliding häufig nicht nur auf institutioneller, sondern auch auf sprachlicher Ebene stattfinden (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 75). Ziel der Analyse ist es zu zeigen, wie sich der demokratische Rückschritt in den konkreten kulturpolitischen Maßnahmen äußert und welche Mechanismen dazu beitragen. Für die systematische Analyse wurden vier zentrale Kategorien des democratic backsliding herausgearbeitet: „Manipulation und Delegitimierung im öffentlichen Diskurs“, „institutionelle Umstrukturierung und Governance-Eingriffe“, „personelle Politisierung kultureller Institutionen“ sowie „finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung“. Für die Untersuchung wird die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring sowie der Pattern-Matching-Ansatz nach Robert K. Yin verwendet. Der konkrete methodische Ablauf sowie die Operationalisierung der Kategorien werden in Kapitel 5 detailliert dargestellt.

Die konkrete Forschungsfrage lautet:

„Inwiefern lassen sich in den seit 2023 vom slowakischen Kulturministerium umgesetzten legislativen und institutionellen Veränderungen Indikatoren des democratic backsliding identifizieren?“

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist in acht Kapiteln unterteilt. Kapitel 1 dient als Einleitung in die Arbeit. Zuerst werden das Forschungsinteresse und die Problemstellung präsentiert. Danach werden die Zielsetzung der Arbeit, die Forschungsfrage und der Aufbau der Arbeit vorgestellt.

Kapitel 2 beschäftigt sich mit der theoretischen Konzeptualisierung von Demokratie und democratic backsliding. Zuerst wird Demokratie als analytischer Ausgangspunkt definiert. Anschließend werden verschiedene theoretische Ansätze zu democratic backsliding vorgestellt und thematisiert. Dabei werden insbesondere die Ansätze von David Waldner und Ellen Lust, Nancy Bermeo, Aziz Huq und Tom Ginsburg, Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, Stephan Haggard und Robert Kaufman sowie Fabian Wolkenstein näher betrachtet. Danach werden die theoretischen Perspektiven des democratic backsliding miteinander verglichen und die

wichtigsten Dimensionen von democratic backsliding in Kategorien gegliedert. Abschließend findet eine Abgrenzung zu den Begriffen Populismus und Autokratisierung statt.

Kapitel 3 widmet sich dem politischen Kontext der Slowakei. Zunächst wird die Slowakei im regionalen und europäischen Kontext eingeordnet. Danach wird die demokratische Entwicklung des Landes seit der Unabhängigkeit thematisiert. Dabei werden die wichtigsten politischen Ereignisse der Mečiar-Ära, der Dzurinda-Regierungen sowie die politische Entwicklung während der Fico-Regierungen dargestellt. Abschließend wird der aktuelle Zustand der Demokratie in der Slowakei seit 2023 beschrieben.

Kapitel 4 beschäftigt sich mit der Entwicklung der Kulturpolitik in der Slowakei. Zuerst wird die Entwicklung der Kulturpolitik bis 2018 dargestellt. Danach werden die politischen Entwicklungen und institutionellen Veränderungen seit 2018 beschrieben, die den Hintergrund für die spätere Analyse bilden.

Kapitel 5 beschreibt die Methodik der Arbeit. Zunächst wird der Forschungsansatz vorgestellt. Danach wird das methodische Vorgehen, die Kategorienbildung sowie das verwendete Datenmaterial näher erklärt. Abschließend wird das Analyseverfahren detailliert beschrieben.

Kapitel 6 bildet den empirischen Hauptteil der Arbeit. Hier werden sowohl öffentliche Aussagen als auch konkrete kulturpolitische Maßnahmen untersucht und mit den theoretischen Ansätzen zu democratic backsliding verglichen.

Kapitel 7 beschäftigt sich mit der Diskussion der Ergebnisse und ordnet die Analyse in den theoretischen Kontext der Forschung zu democratic backsliding ein.

Kapitel 8 fasst die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit zusammen und beantwortet die Forschungsfrage. Abschließend werden die Limitationen der Arbeit sowie mögliche Perspektiven für zukünftige Forschung dargestellt.

2. Konzeptualisierung von Demokratie und democratic backsliding

In diesem Kapitel werden wissenschaftliche Ansätze vorgestellt, die als analytischer Rahmen für die weitere Untersuchung dienen.

2.1 Demokratie als analytischer Ausgangspunkt

Bevor sich diese Arbeit dem Konzept des democratic backsliding widmet, ist es sinnvoll zu klären, was unter Demokratie verstanden wird und auf welches Demokratieverständnis sich diese Arbeit stützt. Der Begriff „Demokratie“ gehört zu den zentralen, aber gleichzeitig auch zu den am meisten diskutierten Konzepten der Politikwissenschaft. Für die Analyse demokratischer Rückschritte in der Slowakei wären Konzepte wie zum Beispiel das rein

minimalistisches Demokratieverständnis nach Joseph Schumpeter (1942) nicht ausreichend. Die formale Durchführung von Wahlen wird in der Slowakei nicht infrage gestellt. Es sind die rechtsstaatlichen Prinzipien, die Medienfreiheit und die institutionellen Kontrollen die schrittweise geschwächt werden. Aus diesem Grund benötigt diese Arbeit Demokratiekonzepte, die über eine rein prozedurale Definition hinausgehen und auch die rechtsstaatlichen, freiheitlichen und institutionellen Dimensionen berücksichtigen. Wie bereits erwähnt liegt das Problem in der Slowakei weniger im Wahlausgang selbst, sondern vielmehr in der schrittweisen Schwächung liberaler Institutionen. Genau diese Dynamik wird in der Literatur als typische Gefahr moderner Autokratisierung beschrieben (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 5–6). Die Demokratiekonzepte sind vielfältig, jedoch konzentriert sich die Diskussion häufig auf drei miteinander verbundene Säulen: freie und faire Wahlen, den Schutz grundlegender politischer Rechte und Freiheiten sowie die Existenz horizontaler Kontrollmechanismen gegenüber der Exekutive (vgl. Haggard/Kaufman 2021: 3).

Stephan Haggard und Robert Kaufman (2021) schlagen ein dreigliedriges Konzept von Demokratie vor, dass sich besonders gut für die Analyse von Rückschrittsprozessen in dieser Arbeit eignet. Auch wenn in dieser Arbeit nicht alle drei Säulen gleichermaßen berücksichtigt werden, ist es wichtig, sie an dieser Stelle zu benennen.

Den ersten Pfeiler demokratischer Systeme bildet der Wahlprozess. Die Durchführung freier und fairer Wahlen sichert nicht nur einen regelmäßigen Machtwechsel, sondern auch eine sogenannte vertikale Rechenschaftspflicht der Regierenden gegenüber den Wählenden. Verliert die Opposition jedoch faktisch die Möglichkeit, gewählt zu werden, kann man von einem Bruch demokratischer Strukturen sprechen. Ein solcher Zustand kann leicht in autoritäre Regierungsformen übergehen. Solche Schwächung von freien und fairen Wahlen kann unterschiedliche Formen annehmen. Zum Beispiel die Einschränkung des Wahlrechts über manipulative Wahlgesetze und Desinformationskampagnen oder direkte Wahlfälschung (vgl. Haggard/Kaufman 2021: 3).

Weiterhin betonen Stephan Haggard und Robert Kaufman, dass ein weiterer zentraler Teil demokratischer Systeme in der rechtlichen Absicherung individueller Freiheitsrechte sowie politischer Grundrechte liegt (vgl. Haggard/Kaufman 2021: 3). Demokratie kann nicht funktionieren, wenn grundlegende Rechte wie die freie Meinungsäußerung, das Recht auf Versammlungsfreiheit oder die Möglichkeit zur politischen Organisation nicht gesichert sind. Diese Freiheiten bilden die Grundlage für die Existenz und Effektivität zivilgesellschaftlicher Gruppen, oppositioneller Bewegungen und politischer Parteien. Weiterhin ist auch die Unabhängigkeit der Medien als Kontrollinstanz gegenüber politischer Macht von großer Bedeutung. Außerdem

zeigen sich Rückschritte im demokratischen System häufig nicht nur in der Schwächung der genannten Rechte, sondern auch in gezielten Angriffen auf politische Gegner sowie in der schrittweisen Einschränkung der Rechte ethnischer, religiöser oder sexueller Minderheiten (vgl. Haggard/Kaufman 2021: 3).

Letztlich beziehen sich die Autoren auf das System der Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Der dritte Pfeiler liberaler Demokratien ist die Existenz effektiver Kontrollmechanismen zwischen den staatlichen Gewalten. Diese sogenannte horizontale Gewaltenteilung stellt einen zentralen Bestandteil demokratischer Ordnungen dar (vgl. Haggard/Kaufman 2021: 4). Der Gedanke beruht darauf, dass auch gewählte Mehrheiten an institutionelle Grenzen gebunden sind und ihre Macht durch rechtsstaatliche Kontrolle, regelmäßige Wahlen und unabhängige Institutionen begrenzt ist (vgl. Haggard/Kaufman 2021: 4).

Da sich diese Arbeit mit dem Bereich der Kulturpolitik beschäftigt, wird hier nicht auf alle drei Säulen der Demokratie im gleichen Maß eingegangen. Freie und faire Wahlen stehen nicht im Mittelpunkt, da die Kulturpolitik keinen direkten Einfluss auf diese Säule der Demokratie hat. Im Fokus dieser Arbeit stehen vor allem die Rechte und Freiheiten, sowie institutionelle Kontrollmechanismen, da diese im Kulturbereich verletzt werden können.

Kulturpolitik hat einen direkten Einfluss auf Medien, öffentliche Diskussionen und kulturelle Institutionen. Sie kann den öffentlichen Diskurs durch Narrative beeinflussen und lenken, wodurch bürgerliche Freiheiten eingeschränkt, kritische Stimmen geschwächt oder bestimmte Ideologien gefördert werden können.

2.2 Democratic backsliding: Begriffsbestimmung und theoretische Ansätze

Die gegenwärtige wissenschaftliche Literatur, die sich im Allgemeinen mit dem Thema democratic backsliding beschäftigt ist sehr vielschichtig. Viele Autoren versuchen eine Erklärung dessen zu liefern, was man als demokratischer Rückschritt bezeichnet. Somit stößt man bei der Konzeptualisierung von democratic backsliding auf Begriffe wie „constitutional retrogression“ (vgl. Huq & Ginsburg 2018), „subverting democracy“ (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018), „executive aggrandizement“ (vgl. Bermeo 2016) oder „rights-suspending“ und „rights-obstructing“ democratic backsliding (vgl. Wolkenstein 2023). Was genau diese Begrifflichkeiten bedeuten und wie sie miteinander zusammen hängen wird im nächsten Kapitel thematisiert.

2.2.1 Democratic Backsliding als gradueller Prozess bei Waldner und Lust

Waldner und Lust (2018) argumentieren, dass man von democratic backsliding nur dann sprechen kann, wenn sich die Qualität von mindestens zwei der drei zentralen Dimensionen der

Demokratie, von denen wir bereits gesprochen haben, verschlechtert (vgl. Waldner & Lust 2018: 95). Die Autoren definieren democratic backsliding als einen schrittweisen Prozess, der sich innerhalb des bestehenden politischen Systems abspielt und nicht durch einen plötzlichen Regimewechsel zu Stande kommt. Es handelt sich also um eine Verschlechterung der Qualität der Demokratie, die durch mehrere kleine Veränderungen entsteht. In so einem Fall können die Wahlen formal bestehen, werden jedoch weniger kompetitiv. Weiterhin kann es zu Einschränkung der politischen Beteiligung und zur Schwächung der Rechenschaftspflicht kommen. Bei so einer Verschlechterung demokratischer Qualität kann es auch dazu kommen, dass politische Akteure ihre Entscheidungen weniger begründen müssen, oder dass es schwieriger wird sie für fehlerhaftes Verhalten zu Rechenschaft zu ziehen (vgl. Waldner & Lust 2018: 95).

Diese Definition bewegt sich eher auf der allgemeinen Seite. Eine tiefgreifendere Erklärung dessen, wie sich demokratischer Rückschritt äußern kann bietet im folgendem Abschnitt Nancy Bermeo (2016).

2.2.2 Executive Aggrandizement und strategische Wahlmanipulation bei Bermeo

Bermeo (2016) unterscheidet zwischen sechs typischen Erscheinungsformen von democratic backsliding, die unterschiedliche Mechanismen und Dynamiken aufzeigen. Erstens beschreibt sie den klassischen Staatsstreich, bei dem eine amtierende Regierung, meist mithilfe des Militärs, gewaltsam und verfassungswidrig abgesetzt wird (vgl. Bermeo 2016: 6-7). Zweitens spricht sie von einem exekutiven Staatsstreich, bei dem ein gewählter Regierungschef selbst die Verfassung außer Kraft setzt, um sich mehr Macht zu sichern (vgl. Bermeo 2016: 7). Drittens nennt sie offene Wahlfälschung als mögliche Form des Rückschritts. Dabei findet die Manipulation direkt am Wahltag zum Beispiel durch gefälschte Stimmzettel oder durch die bewusste Veränderung des Wahlergebnisses statt (vgl. Bermeo 2016: 7). Eine vierte Form ist der sogenannte „versprochene Putsch“. Dabei wird die Machtübernahme damit begründet, dass bald demokratische Neuwahlen stattfinden. In der Realität werden diese Versprechen aber oft nicht eingehalten, oder es kommt nur zu Scheinwahlen (vgl. Bermeo 2016: 8-9). Als fünften Typ nennt sie die schleichende Machtausweitung der Exekutive.

Dabei werden die bestehenden Kontrollmechanismen durch demokratisch gewählte Regierungen Schritt für Schritt abgebaut, wodurch es zur Schwächung der Gewaltenteilung wie auch der Opposition kommt (vgl. Bermeo 2016: 10-13). Schließlich nennt sie die strategische Verzerrung von Wahlen. Diese beginnt in der Regel lange vor der tatsächlichen Wahl durch Gesetzesänderungen, Medienkontrolle oder rechtliche Hürden für oppositionelle Kandidaten.

Dadurch werden die Bedingungen für einen fairen Wettbewerb eingeschränkt (vgl. Bermeo 2016: 13-14).

Wie Bermeo (2016) zeigt, hat sich die Dynamik des democratic backsliding seit dem Kalten Krieg verändert. Klassische Formen wie Staatsstriche, exekutive Staatsstriche gewählter Amtsträger und offener Wahlbetrug kommen heute seltener vor. Andere Formen wie der versprochene Putsch, die schrittweise Machtausweitung der Exekutive und die strategische Verzerrung von Wahlen bestehen jedoch weiterhin und sind teilweise sogar häufiger zu beobachten. Da neuere Formen von Putschen in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie innerhalb der Europäischen Union derzeit kaum vorkommen, sind für diese Arbeit vor allem die beiden zuletzt genannten Formen von democratic backsliding relevant.

Die Machtausweitung der Exekutive unterscheidet sich von anderen Formen dadurch, dass sie schrittweise und nicht plötzlich erfolgt. Durch die Schwächung der Kontrollmechanismen bauen die Regierungen ihre Macht langsam aus. Infolgedessen hat die Opposition immer weniger Möglichkeiten die Regierungen zu kontrollieren. Strategisch werden dazu legale Mittel wie neue Gesetze, Verfassungsänderungen oder parlamentarische Abstimmungen verwendet. Ein wichtiger Faktor ist dabei die parlamentarische Mehrheit, die es ermöglicht, diese Änderungen durchzusetzen und mehr Einfluss nicht nur im Bereich der Exekutive, aber auch im Bereich der Judikative zu gewinnen. Wichtig ist dabei, dass diese Veränderungen nach außen demokratisch agieren. Ihre Legitimation erfolgt automatisch durch das Mandat (vgl. Bermeo 2016: 10-11).

Die dritte Form, die Nancy Bermeo unterscheidet, ist die strategische Wahlmanipulation. Sie unterscheidet sich von offenem Wahlbetrug dadurch, dass sie nicht direkt am Wahltag passiert, sondern schon lange davor vorbereitet wird. Weil dabei meist keine Gesetze gebrochen werden, sind solche Praktiken oft schwer zu erkennen. Diese Form von democratic backsliding tritt immer häufiger auf und hängt oft mit der Machtausweitung der Exekutive zusammen.

Dabei sollen Bedingungen von Wahlen so verändert werden, dass die Regierung im Vorteil ist. Dazu gehören zum Beispiel ein eingeschränkter Zugang zu Medien für die Opposition, Änderungen von Wahlregeln, Einfluss auf die Wahlkommissionen oder Druck auf politische Gegner. Nach außen sollen die Wahlen jedoch korrekt und demokratisch erscheinen (vgl. Bermeo 2016: 13).

2.2.3 Constitutional Retrogression bei Huq und Ginsburg

Huq und Ginsburg (2018) verwenden für die Beschreibung des schrittweisen Abbaus zentraler demokratischer Strukturen den Begriff „retrogression“. Darunter wird ein langsamer

Rückgang der Qualität der grundlegenden Dimensionen der Demokratie verstanden. Es handelt es sich dabei um Veränderungen, die oft klein erscheinen, aber gleichzeitig auftreten und zusammen zu einer Verschlechterung der Qualität von Wahlen, Rechten und rechtsstaatlichen Prinzipien führen (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 96). Wichtig ist, dass retrogression nur dann vorliegt, wenn es zur Verschlechterung aller drei zentralen Bereiche der Demokratie kommt. Erst wenn Wahlen, Rechte und Rechtsstaatlichkeit parallel betroffen sind, wird das demokratische System insgesamt gefährdet. Eine Verschlechterung in nur einem Bereich kann die Qualität der Demokratie zwar schwächen, reicht aber noch nicht aus. Da retrogression, wie bereits erwähnt, schrittweise erfolgt, besteht sie aus vielen kleinen Veränderungen in Form von Gesetzen oder institutionellen Veränderungen. Jede einzelne dieser Änderungen kann unauffällig oder sogar gerechtfertigt erscheinen. Erst durch das Zusammenwirken entsteht jedoch ein größerer negativer Effekt für die Demokratie (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 97).

Die Autoren unterscheiden zwischen fünf zentralen Mechanismen, durch die sich constitutional retrogression entwickeln kann. Dazu gehören Verfassungsänderungen, der Abbau von Kontrollmechanismen, die zunehmende Zentralisierung und Politisierung der Exekutive, die Einschränkung oder Verzerrung des öffentlichen Diskurses sowie die Schwächung politischer Konkurrenz (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 118).

Formale Verfassungsänderungen sind prinzipiell legal, können jedoch als Strategie eingesetzt werden, durch die die Position der Opposition systematisch geschwächt wird und demokratische Prozesse eingeschränkt werden. Dies kann sowohl institutionelle Strukturen als auch grundlegende Rechte betreffen. Häufig betreffen solche Änderungen die Amtszeit politischer Führer, und ermöglichen ihnen länger an der Macht zu bleiben und ihre Position zu sichern (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 124).

Desweiteren basiert eine funktionierende Demokratie auf mehreren unabhängigen Institutionen, die sich gegenseitig kontrollieren. Konzentriert sich die Macht jedoch zunehmend bei der Regierung, steigt das Risiko von Machtmissbrauch. Wichtige Rolle spielen dabei die Parlamente und Verfassungsgerichte. Mit ihrer Kontrolle können sie dem potenziellen Machtmissbrauch entgegenwirken, beziehungsweise die Machtausübung der Regierung begrenzen. Die Schwächung oder politische Beeinflussung dieser Institutionen führt zum Verlust von wichtigen Kontrollmechanismen und schränkt den demokratischen Handlungsspielraum ein (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 125).

Auch innerhalb der Exekutive gibt es normalerweise Kontrollmechanismen, da sie aus mehreren Institutionen und Akteuren besteht. Werden jedoch diese zunehmend zentralisiert und politisiert kommt es zur Schwächung der internen Strukturen und die Regierung kann ihre Macht

leichter ausbauen. Die Organisation und das Zusammenspiel dieser Institutionen spielen daher eine wichtige Rolle, da sie entweder demokratische Kontrolle ermöglichen oder den Prozess von constitutional retrogression unterstützen (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 128).

Eine funktionierende Demokratie braucht außerdem eine gemeinsame Informationsbasis, auf der Bürger politische Entscheidungen treffen können. Werden jedoch Informationen verzerrt oder gezielt zurückgehalten, können Menschen keine informierten Entscheidungen mehr treffen. Dadurch entsteht eine falsche oder einseitige Wissensgrundlage, die die Meinungsbildung der Bevölkerung beeinflussen kann (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 131).

Abschließend betonen die Autoren, dass Demokratie nur dann funktioniert, wenn es echte politische Konkurrenz gibt und ein Machtwechsel möglich ist.

Wird jedoch die Opposition systematisch geschwächt oder benachteiligt, verliert dieser Wettbewerb seine Bedeutung. Regierungen können zur Einschränkung der Opposition verschiedene legal wirkende Strategien nutzen. Dazu gehören zum Beispiel rechtliche Maßnahmen gegen politische Gegner oder andere Formen von Druck, die die politische Konkurrenz reduzieren (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 136).

2.2.4 Subverting Democracy bei Levitsky und Ziblatt

Ein zentrales Konzept, das Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018) in ihrem Buch „How Democracies Die“ darstellen ist, dass ein demokratischer Zusammenbruch keinen klaren Plan benötigt. Der Prozess beginnt oft nicht mit konkreten Handlungen, sondern mit Worten. Demagogen beginnen, ihre politischen Gegner als Feinde, Verräter oder sogar Terroristen zu bezeichnen. Solche Akteure werden oft unterschätzt oder nicht ernst genommen. Dabei wird jedoch häufig übersehen, dass viele von ihnen später von Worten zu konkreten Handlungen übergehen. Allein diese Art von Rhetorik führt oft zu einer starken Polarisierung der Gesellschaft und schafft ein Klima von Angst und Feindseligkeit. Solche Entwicklungen können auch einen Bumerang-Effekt haben. Wenn Medien zum Beispiel wiederholt als Feinde dargestellt werden, können sie sich bedroht fühlen und im Versuch, die Regierung zu schwächen, selbst von professionellen Standards abweichen (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 75-76).

Die Autoren argumentieren, dass der Abbau der Demokratie langsam beginnt. Für viele Bürger ist dieser Prozess zunächst kaum sichtbar, da Wahlen weiterhin stattfinden, die Opposition im Parlament vertreten ist und unabhängige Medien berichten. In der Praxis können Regierungen die Demokratie jedoch schrittweise untergraben, indem sie Parlamente und Gerichte nutzen und ihre Maßnahmen unter dem Deckmantel der Legalität umsetzen (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 77).

Für Regierungen, die ihre Macht langfristig sichern wollen, sind Justiz und Strafverfolgungsbehörden sowohl ein Risiko als auch eine Chance. Wenn diese Institutionen nicht unter Kontrolle stehen, können sie Fehlverhalten aufdecken oder Sanktionen gegen die Regierung verhängen. Deshalb ist es für solche Regierungen wichtig, dass diese Institutionen ihnen dienen und mit loyalen Personen besetzt sind. In der Praxis werden Gerichte, Steuerbehörden oder die Polizei durch Absetzungen, Neubesetzungen oder andere Formen von Druck kontrolliert. Dabei können Personen bestochen, erpresst oder auf andere Weise beeinflusst werden (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 78-79).

Die Autoren erklären, dass ein weiterer wichtiger Schritt darin besteht, sogenannte Schlüsselakteur*innen zu kontrollieren, also Personen, die der Regierung schaden könnten. Dazu gehören nicht nur die Opposition, sondern auch Personen, die sie unterstützen oder finanzieren, sowie kulturelle oder religiöse Persönlichkeiten. Ziel ist es, ihren Einfluss zu schwächen. Am einfachsten ist es, sie auf die eigene Seite zu bringen. Wenn das nicht funktioniert, versucht die Regierung, sie auf andere Weise zu schwächen, oft unter dem Deckmantel der Legalität. Personen werden zum Beispiel verklagt, bekommen Steuerprüfungen oder wegen konstruierter Vorwürfe angeklagt. Wenn Gerichte und andere Institutionen bereits unter dem Einfluss der Regierung stehen, können sich diese Akteur*innen kaum verteidigen. Am Ende haben sie oft nur zwei Möglichkeiten. Sich anzupassen oder weiter geschwächt zu werden (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 81-84).

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das „Zum-Schweigen-Bringen“ von kulturellen Persönlichkeiten wie Künstler*innen, Intellektuellen, Prominenten oder Sportler*innen, die großen Einfluss auf die Gesellschaft haben. Häufig wird dabei Finanzierung als Druckmittel eingesetzt, zum Beispiel gegenüber Institutionen, in denen diese Personen tätig sind. Wenn sie nicht kooperieren, kann das für sie ernste Folgen haben (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 86).

Wenn diese politischen Eliten möglichst lange an der Macht bleiben wollen, müssen sie, wie die Autoren betonen, die Regeln des Spiels verändern. In der Praxis bedeutet das, dass sie die Verfassung oder das Wahlrecht so anpassen, dass die Opposition geschwächt wird und sie sich langfristige Vorteile sichern (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 87-88).

Alle diese Veränderungen geschehen oft nicht im Verborgenen, sondern werden teilweise sogar von der Bevölkerung unterstützt. Regierungen nutzen dabei häufig Krisen oder stellen sie gezielt dar, um die Unterstützung der Bevölkerung zu erhöhen. Wie die Autoren zeigen, neigen Bürger eher dazu, staatliche Maßnahmen zu akzeptieren oder sogar zu unterstützen, wenn sie als notwendig dargestellt werden (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 92-93).

2.2.5 Polarisierung und institutioneller Abbau bei Haggard und Kaufman

Auch Kaufman und Haggard (2021) verstehen unter democratic backsliding einen schrittweisen Abbau demokratischer Institutionen, Regeln und Normen. Eine Entwicklung die durch das Handeln gewählter Regierungen erfolgt und oft von einer autokratischen Führungspersonlichkeit getragen wird. Es handelt sich dabei um einen Prozess, bei dem sich die Qualität der Demokratie verschlechtert, ohne dass es unbedingt zu einem vollständigen Übergang in ein autoritäres System kommt (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 1-2).

Dabei sind nicht nur die sogenannten schwachen Demokratien, die nur minimale Wahlkriterien erfüllen, sondern auch Länder im mittleren Bereich, in denen die Demokratie bereits als konsolidiert gilt, anfällig für democratic backsliding (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 1).

Beim democratic backsliding handelt es sich laut den Autoren um das Ergebnis gezielter Strategien autokratischer Akteur*innen, die auf demokratischem Weg an die Macht kommen und versuchen, die drei grundlegenden Elemente der Demokratie zu schwächen (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 3-4). Sie verstehen democratic backsliding als eine Dynamik, die aus drei sich überschneidenden Schritten besteht.

Bevor wir jedoch von dem tatsächlichen Rückschritt sprechen können, spielt politische Polarisierung eine wichtige Rolle. Sie kann dazu führen, dass Parteien radikaler werden oder neue anti-systemische Parteien entstehen. Anschließend nutzen autokratische Akteur*innen diese Situation, um Wahlen zu gewinnen und sowohl die Regierung als auch das Parlament zu kontrollieren. Dadurch wird die Grundlage für den Rückschritt geschaffen. Danach verläuft der Prozess meist schrittweise, indem Rechte, Kontrollmechanismen und das Wahlsystem nach und nach geschwächt werden (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 3-4).

Haggard und Kaufman argumentieren, dass politische Polarisierung eine zentrale Rolle im Prozess von democratic backsliding spielt. Sie wirkt nicht nur auf der Ebene der Wähler*innen, sondern auch auf der Ebene der Eliten und kann durch wirtschaftliche Krisen, steigende soziale Ungleichheit sowie durch kulturelle und ethnische Konflikte entstehen. Oft wirken mehrere Faktoren zusammen (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 14-15). Polarisierung trägt auf drei Arten zum democratic backsliding bei. Sie verschlechtert das Funktionieren der Demokratie, da sie Kompromisse zwischen politischen Akteur*innen schwieriger macht, was zu häufigen Blockaden oder starken politischen Richtungswechseln führt. Dies verursacht wiederum wachsende Unzufriedenheit und sinkendes Vertrauen in demokratische Institutionen. Weiterhin erhöht sie die Wahrscheinlichkeit, dass anti-systemische Parteien oder Bewegungen an Einfluss gewinnen. Und letztlich führt sie dazu, dass sowohl Eliten als auch Teile der Bevölkerung eher bereit

sind, Einschränkungen demokratischer Regeln zu akzeptieren, besonders wenn die politische Gegenseite als Bedrohung wahrgenommen wird. Eine wichtige Rolle spielen auch populistische Argumente, die behaupten, dass der Wille des Volkes wichtiger ist als die Regeln der Demokratie (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 14-15).

Die Polarisierung kann auch zu Untätigkeit oder Handlungsunfähigkeit der Opposition führen. Die Tatsache, dass die oppositionellen Parteien grundsätzlich gegen den Autokraten sind, reicht nicht aus. Sie brauchen eine gemeinsame Strategie, um einen gleichwertigen Gegner darstellen zu können. Oft ist jedoch die Konkurrenz innerhalb der Opposition so groß, dass dadurch Stimmen verloren gehen und die Opposition als Ganzes geschwächt wird. Parallel dazu nutzen Autokraten diese Situation gezielt aus, indem sie bestehende Spaltungen verstärken und sich als einzige starke Alternative präsentieren. Dies kann dazu führen, dass gewählte Autokraten auch ohne breite Unterstützung parlamentarische Mehrheiten erreichen (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 45).

Jedoch entsteht democratic backsliding nicht nur durch politische Rhetorik, sondern vor allem durch Veränderungen im politischen System. Diese finden durch konkrete Handlungen, die die Gewaltenteilung schwächen statt. Autokratische Akteur*innen bauen Kontrollmechanismen gegenüber der Exekutive ab, schränken Rechte ein und beeinflussen das Wahlsystem. Dabei spielt das Parteiensystem eine wichtige Rolle. Wenn gemäßigte Parteien schwächer werden oder von radikaleren Kräften übernommen werden, entsteht Raum für autokratische Entwicklungen. Für die Machtsicherung der Autokraten ist außerdem wichtig, dass sie Wege finden, den Widerstand umzugehen. Zum Beispiel durch die Umgehung oder Schwächung des Parlaments (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 40-41).

2.2.6 Rights-Suspending und Rights-Obstructing Democratic Backsliding bei Wolkenstein

Wolkenstein (2023) geht in seiner Arbeit der Frage nach, was genau als Rückschritt bezeichnet werden kann. In seiner Wahrnehmung ist oft nicht klar, was genau als Fortschritt oder als Verschlechterung der Demokratie gilt. Er bezieht sich dabei auf Habermas und erklärt, dass Demokratie nur dann funktioniert, wenn Bürger*innen sich als freie und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft verstehen, die ihr Zusammenleben durch Gesetze selbst regeln. Das bedeutet, dass alle Bürger*innen grundlegende Rechte haben müssen. Dazu gehören zum Beispiel persönliche Freiheitsrechte, Rechte als Teil der Gesellschaft zu sein, sowie gleicher Schutz durch das Gesetz. Außerdem sind politische Rechte wichtig, damit Bürger*innen nicht nur von Gesetzen betroffen sind, sondern auch an ihrer Entstehung mitwirken können (vgl. Wolkenstein 2023: 5).

Wolkenstein argumentiert, dass democratic backsliding dann vorliegt, wenn entweder grundlegende Verfassungsrechte teilweise beziehungsweise vollständig eingeschränkt werden oder ihre Ausübung behindert wird, obwohl sie formal weiterhin bestehen (vgl. Wolkenstein 2023: 8). Auf dieser Grundlage entwickelt er seinen Ansatz und unterscheidet zwischen zwei Formen von democratic backsliding: rights-suspending democratic backsliding und rights-obstructing democratic backsliding.

Right-suspending democratic backsliding bedeutet, dass grundlegende Rechte eingeschränkt oder ausgesetzt werden. Der Grund dafür kann zum Beispiel die Überwindung einer akuten Krise sein. Solche Maßnahmen werden häufig als Ausnahmezustand dargestellt und sollen nur vorübergehend gelten. Viele Verfassungen erlauben eine zeitlich begrenzte Einschränkung von Rechten in Krisensituationen. Entscheidend ist jedoch, dass diese Maßnahmen nach der Krise wieder aufgehoben werden. Erst wenn das nicht passiert, spricht man von democratic backsliding (vgl. Wolkenstein 2023: 8).

Von rights-obstructing democratic backsliding spricht man, wenn grundlegende Rechte zwar formal bestehen bleiben, ihre Ausübung in der Praxis aber immer schwieriger wird. Das passiert oft nicht durch eine große Veränderung, sondern durch viele kleine Schritte. Einzelne Gesetze oder Maßnahmen können dabei als unproblematisch erscheinen, deren Kombination kann jedoch dazu führen, dass Bürger*innen ihre Rechte nicht mehr richtig nutzen können. In diesem Fall bleibt die Demokratie nach außen bestehen, wird aber in ihrer Funktion eingeschränkt (vgl. Wolkenstein 2023: 10-11).

Wolkenstein formuliert außerdem auch den Anspruch, dass die Ansätze zu democratic backsliding in der Lage sein müssen zu erklären, warum Entwicklungen als Rückschritt gelten und nicht nur behaupten, dass sie einer sind. Zudem sollen sie democratic backsliding erkennen, ohne sich nur an dem westlichen Verständnis der Demokratie zu orientieren (vgl. Wolkenstein 2023: 4).

2.3 Theoretische Perspektiven im Vergleich

Alle Ansätze, die im vorherigen Kapitel präsentiert wurden, haben zu einem gewissen Grad viele Gemeinsamkeiten, unterscheiden sich jedoch in ihrem Fokus beziehungsweise ihrer Perspektive. Ein gemeinsames Merkmal, das alle Ansätze teilen, ist dass sie democratic backsliding als kein plötzlich erscheinendes Phänomen sehen, sondern als ein Prozess, der schrittweise und oft unsichtbar erfolgt. Ein Prozess, der durch viele kleine Veränderungen entsteht, die legal und unauffällig erscheinen, in der Summe und deren Kombination jedoch zur Verschlechterung der

Qualität der Demokratie führen können (vgl. Waldner & Lust 2018; Bermeo 2016; Levitsky & Ziblatt 2018; Haggard & Kaufman 2021; Wolkenstein 2023).

Wodurch sich die Ansätze unterscheiden, ist das Ausmaß der Konkretisierung. Waldner und Lust (2018) liefern eine gute Verständnisbasis dafür, was man allgemein unter democratic backsliding verstehen kann und wie die Prozesse ablaufen. Im Vergleich dazu befasst sich Bermeo (2016) mit vielen möglichen Formen von Rückschritt, auch mit Formen, die in der Gegenwart fast keine Relevanz mehr haben. Sie geht tiefer darauf ein, wie konkrete Formen, zum Beispiel die schrittweise Machtausweitung der Exekutive oder strategische Wahlmanipulation, zu Stande kommen und benennt Mechanismen wie zum Beispiel die Einschränkung der Medienfreiheit oder den Einfluss auf die Justiz, die als Strategien für den Abbau der Demokratie eingesetzt werden. Huq und Ginsburg (2018) erweitern ihre Sichtweise und liefern mehr praktische Beispiele dafür, welche Prozesse zum democratic backsliding beitragen können. Dabei nennen sie zum Beispiel die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Justiz, Gesetze zur Einschränkung der Medien oder auch Verzerrung von Informationen. Levitsky und Ziblatt (2018) schließen sich der Informationsebenen an. Sie betonen, dass democratic backsliding oft mit der polarisierenden und abwertenden Rhetorik beginnt, die einen Raum für spätere eingriffe nicht nur erschaffen kann, sondern sie auch legitimieren kann. Sie fokussieren sich auch auf die im Hintergrund laufenden Strategien wie zum Beispiel die wirtschaftliche Schwächung von Unterstützern der Opposition oder Erpressungsmechanismen. Am stärksten kommt jedoch die diskursive Ebene bei Haggard und Kaufman (2021) vor. Die Autoren argumentieren, dass die Polarisierung nicht nur die Entstehung, sondern auch den Verlauf von democratic backsliding begleiten kann. Einen anderen Zugang verfolgt Wolkenstein (2023). Während andere Autor*innen alle möglichen Formen und Mechanismen des demokratischen Rückschritts thematisieren, geht er zu der ursprünglichen Frage zurück, und zwar, wann man überhaupt von einem backsliding sprechen kann. Seine Erklärung von rights-suspending und rights-obstructing democratic backsliding liefert ein Verständnis davon, dass nicht jede negative Veränderung gleich einen Rückschritt bedeutet.

Im Grunde genommen kann man sagen, dass diese Ansätze sich nicht widersprechen, sondern im Gegenteil, sie ergänzen sich und bieten dabei eine hervorragende theoretische Basis für das Verständnis der Prozesse des democratic backsliding.

2.4 Dimensionen von democratic backsliding

Abgeleitet von den zuvor dargestellten Theorien zu democratic backsliding wurden in dieser Arbeit Kategorien entwickelt. Diese orientieren sich an zentralen Aspekten des demokratischen Rückschritts und werden als Grundlage für die Analyse verwendet. Die Kategorien wurden dabei an den spezifischen Untersuchungsbereich, nämlich das Kulturministerium, angepasst. Daher werden nicht alle möglichen Dimensionen berücksichtigt, sondern nur jene, die für die Analyse relevant sind.

1. *Manipulation und Delegitimierung im öffentlichen Diskurs*

Wie Steven Levitsky und Daniel Ziblatt zeigen, beginnt der Prozess des demokratischen Rückschritts oft schon mit Worten. Politische Akteur*innen nutzen Sprache, um Gegner abzuwerten und die Gesellschaft zu polarisieren (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 75-76). Auch Stephan Haggard und Robert Kaufman betonen die zentrale Rolle politischer Polarisierung und zeigen, dass solche diskursiven Strategien zur gesellschaftlichen Spaltung beitragen und damit wichtige Voraussetzungen für democratic backsliding schaffen. Sowohl auf der Ebene der politischen Eliten als auch der Bevölkerung (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 14).

Diese Kategorie umfasst daher öffentliche Aussagen politischer Akteur*innen, die darauf abzielen, bestimmte kulturelle Praktiken, gesellschaftliche Gruppen oder Institutionen zu delegitimieren oder den Diskurs durch verzerrte Informationen zu manipulieren. Dazu gehört zum Beispiel die Abwertung kultureller Ausdrucksformen oder die Darstellung bestimmter Akteur*innen als illegitim oder gesellschaftlich unerwünscht. Solche Aussagen tendieren dazu, ein polarisiertes Umfeld zu schaffen, in dem politische Gegner, gesellschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen als Feinde dargestellt werden, wodurch spätere politische Eingriffe gerechtfertigt werden.

2. *Institutionelle Umstrukturierung und Governance-Eingriffe*

Diese Kategorie umfasst Veränderungen in der Struktur und Funktionsweise kultureller Institutionen. Dazu gehören zum Beispiel Reformen von Institutionen, Änderungen von Entscheidungsprozessen oder Eingriffe in bestehende Governance-Modelle.

Wie Aziz Huq und Tom Ginsburg betonen, setzt eine funktionierende liberale Demokratie eine gewisse institutionelle Vielfalt innerhalb des Staates voraus (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 125). Diese Vielfalt ist wichtig, da unterschiedliche Institutionen sich gegenseitig kontrollieren und so Macht begrenzen können. Im Kontext von democratic backsliding wird diese Vielfalt jedoch gezielt reduziert, indem bestehende Strukturen innerhalb von Institutionen geschwächt, umstrukturiert oder abgeschafft werden.

Im Sinne von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt lässt sich dies als Veränderung der grundlegenden Spielregeln verstehen: „To entrench themselves in power, however, governments must do more - they must also change the rules of the game“ (Levitsky & Ziblatt 2018: 87). Dadurch verändern sich langfristig die Funktionsweise und die Unabhängigkeit der Institutionen.

3. Personelle Politisierung kultureller Institutionen

Wie Aziz Huq und Tom Ginsburg betonen, basiert eine funktionierende Demokratie auf einer unabhängigen und autonomen Bürokratie (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 128). Wird diese Unabhängigkeit durch politische Eingriffe geschwächt, kann es zu einer zunehmenden Politisierung von Institutionen kommen. Diese Kategorie umfasst deshalb Eingriffe in die Besetzung von Schlüsselpositionen in kulturellen Institutionen. Dazu gehört vor allem die Ernennung und Abberufung von Leitungspersonen sowie die gezielte Besetzung wichtiger Positionen mit politisch loyalen Personen. Dadurch kann politischer Einfluss direkt in die Institutionen getragen werden.

4. Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung

Regierungen versuchen oft, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, insbesondere wichtige kulturelle Figuren wie Künstler, Intellektuelle oder andere einflussreiche Personen. Eine wirksame Strategie besteht darin, Organisationen, die von staatlicher Finanzierung abhängig sind, unter Druck zu setzen. Wenn diese Akteur*innen politisch nicht im Sinne der Regierung handeln, kann dies durch den Entzug oder die Nichtvergabe von Fördermitteln sanktioniert werden (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 86-87). Auf diese Weise entsteht ein direkter politischer Druck, der dazu führen kann, dass sich Institutionen oder einzelne Akteur*innen anpassen, um ihre finanzielle Grundlage nicht zu verlieren. Diese Kategorie umfasst somit Budgetkürzungen oder Einschränkungen der staatlichen Finanzierung verschiedener Akteur*innen.

2.5 Abgrenzung: Populismus, democratic backsliding und Autokratisierung

Der Kontext von democratic backsliding wird oft von Begriffen wie Populismus oder Autokratisierung begleitet, weshalb es sinnvoll ist diese Begriffe zu erklären und zu erläutern, wie sie sich von democratic backsliding abgrenzen.

Populismus wird in der Literatur als eine Ideologie verstanden die Gesellschaft in zwei Lager aufteilt. Auf der einen Seite steht das Volk, das als gut und ehrlich dargestellt wird, auf der anderen Seite steht die Elite, die als korrupt dargestellt wird. In dieser Konstellation verlangen populistische Akteur*innen von der Politik, dass sie den Willen des Volkes widerspiegelt. Populismus als Ideologie gibt jedoch nicht konkret an, wie der Wille des Volkes zum Ausdruck gebracht werden soll, weshalb viele populistische Akteur*innen zu anderen Ideologien wie

Nationalismus oder Sozialismus greifen (vgl. Mudde 2020: 15). Der grundlegende Gedanke, dass die Politik der Wille des Volkes widerspiegeln soll, ist an sich nicht antidemokratisch. Das Problem zeigt sich in der Sichtweise. Populisten lassen oft nur eine einzige Sichtweise zu und grenzen damit andere Meinungen und Akteur*innen aus. Dieses Verhalten steht in Konflikt mit den Prinzipien der liberalen Demokratie wie Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit oder Minderheitsrechte (vgl. Mudde 2020: 16).

Ganz problematisch kann Populismus in den Händen von autokratisierenden Kräften werden. Mit dem Ziel, die Wahlen zu gewinnen, setzen diese Akteur*innen oft polarisierende Strategien ein und beeinflussen damit den öffentlichen Diskurs, sodass sie Unterstützung für Maßnahmen schaffen, die demokratische Strukturen schwächen. Da die populistischen Narrative häufig gesellschaftliche Probleme aufgreifen, fordern sie ein starkes „Wir-gegen-sie“ Denken (vgl. Martini 2024: 5). In ihren Narrativen neigen sie zur ideologischen Ausgrenzung und haben oft ein sehr schmales oder illiberales Verständnis davon, wer zu der Nation gehört. Personen oder Gruppen, die nicht in das Bild passen, werden als Gefahr für die Gesellschaft oder als illegitim dargestellt (vgl. Martini 2024: 5-6).

Bei der Autokratisierung handelt es sich um keine Ideologie, sondern um einen Prozess, in dem es zum demokratischen Rückgang kommt. Wichtige demokratische Elemente wie freie Wahlen, Medienfreiheit oder politische Rechte werden systematisch geschwächt. Diese Dynamik kann sich innerhalb von bestehenden Demokratien als demokratischer Rückschritt vollziehen oder in Autokratien als autokratischer Rückschritt stattfinden (vgl. Maerz et al. 2020: 910). Autokratisierung kann somit als Gegenteil der Demokratie, als ein überordnetes Konzept und als jede Bewegung weg von der Demokratie verstanden werden. Sie schießt „sowohl plötzliche demokratische Zusammenbrüche als auch graduelle Prozesse innerhalb demokratischer und autoritärer Regime ein, bei denen demokratische Merkmale schrittweise abnehmen und Situationen dadurch weniger demokratisch beziehungsweise stärker autokratisch werden“ (Lührmann & Lindberg 2019:1099). Da democratic backsliding einen Abbau demokratischer Merkmale innerhalb der Demokratie bedeutet, kann es somit als Teilbereich der Autokratisierung verstanden werden (vgl. Lührmann & Lindberg 2019:1099).

3. Politischer Kontext der Slowakei

Im folgenden Kapitel wird der politische Kontext des Landes wie auch die demokratischen Entwicklungen näher betrachtet. Die Darstellung der demokratischen Entwicklungen ist für die Betrachtung des democratic backsliding von großer Bedeutung, da erstmal festgestellt werden

muss, wie sich die Demokratie in der Slowakei entwickelt hat. Erst dann kann man Aussagen darüber treffen, ob es sich tatsächlich um einen backsliding handelt.

3.1 Die Slowakei im regionalen und europäischen Kontext

Im Jahr 1993 erlangte die Slowakei ihre Unabhängigkeit von der tschechoslowakischen Föderation. Gleich im Anschluss erlebte die junge Republik eine illiberale Phase unter Mečiar, blieb jedoch bis 1998 „stabil und präsentierte sich in den vergangenen Jahrzehnten weit überwiegend als offen für internationale und supranationale Partnerschaften“ (Lorenz 2023: 1). Im Jahr 2004 ist die Slowakei der EU und der NATO beigetreten und im Jahr 2007 trat sie auch dem Schengen-Raum bei. Im Jahr 2009 wurde der Euro eingeführt und mit dem ersten Angriff Russlands auf die Ukraine wurde auch die geopolitische Bedeutung des Landes zunehmend sichtbar (vgl. Lorenz 2023: 1–2).

Ihre regionale Einbettung in die V4 beeinflusste nicht nur die Außenpolitik, sondern auch die demokratischen Entwicklungen des Landes. Die V4 war ursprünglich als Koordinationsforum für die europäische Integration gedacht, jedoch zeigten sich bei einigen Ländern zunehmend unterschiedliche ideologische Ausrichtungen. Vor allem Ungarn und Polen haben angefangen einen deutlich illiberalen Kurs zu befolgen, und standen damit in Konflikt mit der EU, während die Slowakei zu diesem Zeitpunkt eine eher pragmatische und integrationsfreundliche Linie verfolgte (vgl. Scott 2021: 13-17). Die pro europäische Haltung zeigte sich zum Beispiel in der frühen Einführung des Euro oder in der aktiven Beteiligung an der EU-Klimapolitik. Trotz des weniger euroskeptischen Kurses profitierte die Slowakei weiterhin von der Zugehörigkeit zur V4, vor allem in Fragen der regionalen Zusammenarbeit oder der Vermeidung geopolitischer Isolation (vgl. Scott 2021: 15-20). Trotz vieler Vorteile steht die Slowakei in einem Spannungsfeld zwischen der zunehmenden ideologischen Ost-West-Narrativen innerhalb der V4 und ihrer Verpflichtung zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten, die im Artikel 2 des Vertrags über die EU festgelegt sind. In den aktuellen Entwicklungen wird deutlich, dass diese Standards nicht automatisch die politische Praxis widerspiegeln. Im Falle Ungarns und Polens konnte die EU nur sehr begrenzt Maßnahmen ergreifen, und auch im Falle der Slowakei wird deutlich, dass formale Verpflichtungen nicht automatisch die Einhaltung demokratischer Prinzipien bedeuten (vgl. Sedelmeier 2017: 339).

Ab dem zweiten Angriff Russlands wird die ideologische Spannung noch deutlicher. Wachsende prorussische Narrative und Desinformationen wirken destabilisierend und ermöglichen Szenarien wie zum Beispiel bei der Präsidentschaftswahl 2024, wo prowestliche und prorussische Positionen stark aufeinandertrafen (vgl. Krekó et al. 2023: 5).

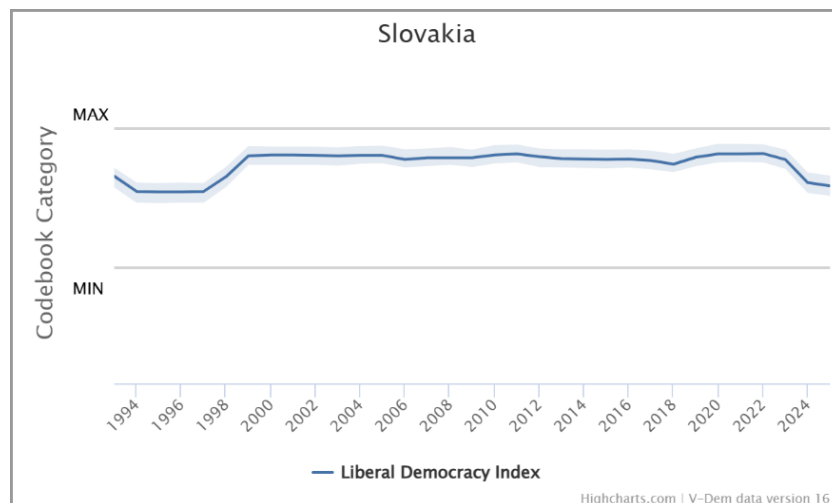


Abbildung 1: Entwicklung des Liberal Democracy Index für die Slowakei (1993–2025). Quelle: V-Dem Institute (2026)

Im aktuellen V-Dem Bericht wird die Slowakei mittlerweile als Fall von Autokratisierung betrachtet. Nachdem das Land zuvor bereits als potenzieller Risikofall eingestuft wurde, wird nun von einem klareren Trend gesprochen (vgl. V-Dem 2026: 23). Wie man in der obenstehenden Grafik beobachten kann, ist in der Slowakei den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang der Demokratie zu erkennen. Der aktuelle LDI-Wert von etwa 0,57 überschneidet sich fast mit dem LDI-Wert aus der Zeit der Regierung von Vladimír Mečiar, das bei etwa 0,54 lag. Diese Entwicklung wird in den Berichten vor allem mit der aktuellen Regierung in Verbindung gebracht. Es wird darauf hingewiesen, dass die Unabhängigkeit der Justiz geschwächt, der Einfluss auf Medien ausgeweitet und Druck auf zivilgesellschaftliche Organisationen ausgeübt wurde (vgl. V-Dem 2026: 23). Darüber hinaus zeigen sich Verschlechterungen in weiteren Bereichen, darunter im Bereich der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, der Qualität der öffentlichen Verwaltung sowie der Beteiligung der Gesellschaft an politischen Prozessen. Auch der öffentliche Diskurs und die Konsultation vor wichtigen politischen Entscheidungen haben sich deutlich verschlechtert (vgl. V-Dem 2026: 26).

Wie bereits erwähnt stehen diese Entwicklungen im Zusammenhang mit ähnlichen Trends in anderen V4 Ländern und können als Teil eines breiteren Musters demokratischer Erosion in Mitteleuropa verstanden werden (vgl. Grzymala-Busse 2019: 113). Um die aktuelle Situation der Slowakei besser zu verstehen, wird in Folgendem ihre politische Entwicklung näher dargestellt.

3.2 Demokratische Entwicklung und institutionelle Rahmenbedingungen

Die Slowakei hat als ein postsozialistischer Staat eine eigene spezifische Entwicklungsgeschichte, die aus verschiedenen Phasen der demokratischen Konsolidierung besteht. Im folgenden Kapitel werden diese Phasen in drei Abschnitte geteilt.

3.2.1 *Mečiarismus (1993–1998): Aufbau des Staates und defizitäre Demokratisierung*

Nach den gewonnenen Parlamentswahlen 1992 bildete Vladimír Mečiar und seine Bewegung für die Demokratische Slowakei (HZDS) zusammen mit der Nationalpartei (SNS) eine Koalition, und übernahm damit die Regierung des Landes. Zwei Jahre später wurde ihm das Misstrauensvotum ausgesprochen, und die Übergangsregierung übernahm Jozef Moravčík. Das war jedoch kein Ende, sondern der Anfang des Mečiarismus. Im Oktober 1994 kehrte Mečiar zurück an die Macht und bildete zusammen mit der SNS und anderen Koalitionspartnern erneut eine Koalition (vgl. Parlamentné listy 2016).

Die Entwicklung des Landes war von Anfang an durch kulturelle Spaltungen wie nationale Identität oder ethnische Vielfalt gekennzeichnet. Der Regierungsstil Mečiar trug dazu bei, dass diese Spaltungen verstärkt und demokratische Verfahren geschwächt wurden (vgl. Szomolányi 1999: 14). Seine Regierungsführung, die durch nationalpopulistische, teilweise autoritäre Züge gekennzeichnet war, brachte die Slowakei in eine politische Isolation. Diese Isolation führte dazu, dass die Slowakei im Jahr 1997 als einziger V4-Staat aus der ersten EU-Beitrittsrunde ausgeschlossen war. Die Konkreten Gründe für den Ausschluss waren unter anderem auch die ständigen Konflikte mit dem Präsidenten und die Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit (vgl. Malová & Dolný 2021: 146–147).

Der andauernde Konflikt zwischen dem Premierminister Vladimír Mečiar und dem Präsidenten Michal Kováč prägte die politische Landschaft in den Jahren zwischen 1994 und 1998 massiv. Der Auslöser für diesen Konflikt war die Nicht-Ernennung von Ivan Lexa zum Direktor des Geheimdienstes (SIS). Die Regierung akzeptierte die Entscheidung des Präsidenten nicht und änderte die Gesetzeslage so, dass die Exekutive den Direktor des SIS ernennen und abrufen konnte (vgl. Béréš 2018: 17). Das war jedoch nur der Anfang des Kriegs gegen den Präsidenten. Die Regierungskoalition sprach dem Präsidenten verfassungswidrig und ohne Beteiligung der Opposition ein Misstrauensvotum aus. Als Grundlage dafür wurde ein geheimes Dokument der Agentur OKO² verwendet. In weiterer Folge hat der SIS eine Reihe von fragwürdigen Operationen durchgeführt, unter anderen die Operation „Klaňanie sa troch kráľov“ (Anbetung der

² Die sogenannte „Agentur OKO“ war ein Kontrollorgan zur Überwachung der operativen Tätigkeit des SIS.

drei Könige)³, bei der der SIS versucht hat, kirchliche Akteure zu diskreditieren (vgl. Béreš 2018: 17–18). Laut späteren Ermittlungen verbreitete der SIS gezielt Falschinformationen, um einen kirchlichen Würdenträger zu diskreditieren.⁴ Zur kompletten Eskalation seiner Aktivitäten kam im Jahr 1995, als der Sohn des Präsidenten, Michal Kováč Junior gewaltsam nach Österreich verschleppt wurde. In Verbindung mit diesem Fall standen weitere schwere Ereignisse wie zum Beispiel der Mord an Róbert Remiáš, der in Verbindung mit dem Fall stand und der dank Mečiar Amnestien nie polizeilich untersucht wurde (vgl. Béreš 2018: 22–23).

Im Jahr 1996 erlebte die HZDS eine kleine Koalitionskrise, die national, aber auch international Kritik hervorgerufen hat und einer der konkreten Gründe für den Ausschluss aus den EU-Beitrittsgesprächen war (vgl. Schneider 1997: 35). Nachdem der Abgeordnete František Gauš die HZDS verlassen hat, hat die Koalition die Regierungsmehrheit verloren. Das konnte sich die HZDS nicht leisten, somit wurde dem Abgeordneten in einem umstrittenen Verfahren sein Mandat aberkannt, und die Regierungsmehrheit wurde wieder gesichert (vgl. Belko und Kopeček 2023: 41). Weitere internationale Reaktionen brachte das Referendum zur Direktwahl des Präsidenten. Die kurzfristigen Eingriffe der Exekutive, Veränderungen der Stimmzettel, aber auch die Ignorierung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen führten praktisch zum Scheitern des Referendums (vgl. Michalič 1997: 68–69).

Die Ära Mečiarismus lässt sich als eine Phase bezeichnen, die durch systematische Machtausweitung der Exekutive, durch Eingriffe in die Kontrollmechanismen, Korruption, und allgemein durch die Schwächung der damals nur teilweise konsolidierten Demokratie gekennzeichnet war.

3.2.2 Die Dzurinda-Regierungen (1998–2006): Institutionalisierung, demokratische Konsolidierung und euro-atlantische Integration

Bereits im Jahr 1997 erkannte Vladimír Mečiar die wachsende Stärke der Opposition. Um deren Zusammenschluss zu erschweren, verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das vorsah, dass Wahlbündnisse anstelle der üblichen 5 Prozent Hürde eine Schwelle von 25 Prozent überwinden mussten (vgl. Szomolányi 2005: 139). Als Reaktion auf diese Maßnahme gründete die Opposition unter der Führung von Mikuláš Dzurinda eine gemeinsame Partei, die Slowakische Demokratische Koalition (SDK).

³ Es handelte sich um gezielte politische Kampagne gegen Bischof Rudolf Baláž, der in den 1990er-Jahren als Kritiker von Vladimír Mečiar und Unterstützer von Präsident Michal Kováč galt.

⁴ Eine vom SIS durchgeführte Diskreditierungsoperation gegen kritische gesellschaftliche Akteure in den 1990er-Jahren. Mehr dazu bei Tóth (1995): „Rozkaz znel: Diskreditácia biskupa Baláža“. Verfügbar unter: <http://www.sme.sk/c/2136081/nateku-pred-slovenskou-informacnou-sluzbou3-oskar-f-rozkaz-znel-diskreditacia-biskupa-balaza.html>

Die Wahlbeteiligung lag im Jahr 1998 mit 84,2 Prozent auf einem außergewöhnlich hohen Niveau. Obwohl die HZDS die Wahlen mit 27 Prozent gewann, bildete die SDK mit 26,3 Prozent zusammen mit der Partei der Demokratischen Linken (SDL), der Partei der ungarischen Koalition (SMK) und der Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP) die Koalitionsregierung und Mikuláš Dzurinda wurde Ministerpräsident (vgl. Mesežnikov 1998: 14–17).

Als Ziel setzte sich die Regierung vor allem, die Folgen des Mečiarismus zu beheben und die Integration in die NATO und die EU voranzutreiben (vgl. Rhodes 2001: 6). Wie bereits erwähnt, wurde die Slowakei im Jahr 1997 nicht zu den EU-Beitrittsverhandlungen eingeladen. Erst der Regierungswechsel im Jahr 1998 stellte einen Wendepunkt dar, in dem die europäische Reintegration zum wichtigsten Schwerpunkt der Regierung wurde (vgl. Szomolányi 2005: 316). Durch die Unterstützung von NATO-Operationen und der Teilnahme am Washingtoner Aktionsplan gewann auch die NATO-Integration wieder an Bedeutung (vgl. Rhodes 2001: 7).

Zum damaligen Zeitpunkt bestand eine Vakanz⁵ im Amt des Präsidenten. Die Regierung leitete deshalb eine Verfassungsänderung zur Einführung der Direktwahl ein und unterstützte im Jahr 1999 Rudolf Schuster als gemeinsamen Kandidaten (vgl. Kopeček 2006: 198).

Die wirtschaftspolitische Agenda des Landes war von umfassenden Reformen wie Privatisierung, Steuermaßnahmen und Verwaltungsreformen, die zur makroökonomischen Stabilisierung beitrugen, geprägt. Diese Maßnahmen führten jedoch zu sozialen Belastungen wie der Steigerung der Arbeitslosigkeit, womit die Bevölkerung sehr unzufrieden war (vgl. Rhodes 2001: 6–7). Im Bereich der Korruption und des Klientelismus blieb die Regierung ebenso weniger erfolgreich. Trotz großer Reformziele blieben Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung begrenzt. Politische Skandale und Rücktritte von öffentlichen Akteur*innen relativierten den Reformanspruch der Regierung (vgl. Rhodes 2001: 7).

Im Jahr 2002 bildete Dzurinda seine zweite Regierung, die ideologisch mehr homogener war. Die Koalition bestand aus SDKÚ, KDĽ, ANO, und SMK (vgl. Fitzmaurice 2004: 166). Dennoch kam es weiterhin zu Konflikten und Korruptionsaffären, die das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen verstärkt haben (vgl. Leška 2006: 297). Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 sichtbar, als Vladimír Mečiar im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhielt. Obwohl Ivan Gašparovič die Stichwahl gewann, und zum Präsidenten wurde, war das Ergebnis knapp. Noch im selben Jahr hatte die

⁵ Die Slowakei hatte 1998 keinen Präsidenten, da das gespaltene Parlament keinen Nachfolger für Michal Kováč wählen konnte. Die Aufgaben des Präsidenten übernahmen vorübergehend Vladimír Mečiar und Ivan Gašparovič, bis die Regierung Dzurinda die Direktwahl einführte. In diesem Zeitraum erließ Mečiar seine umstrittenen Amnestien.

Regierung noch einen großen Erfolg zu feiern. Die Slowakei trat im Jahr 2004 der NATO und der EU bei.

Jedoch war auch die zweite Amtszeit, genau wie die erste, von klientelistischen Strukturen und Korruptionsaffären geprägt. Die Situation verschlechterte sich dermaßen, dass im Jahr 2006 vorgezogene Neuwahlen ausgerufen wurden (vgl. Kopeček 2007: 321).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Wahlen 1998 einen Wendepunkt markierten. Ein breites Oppositionsbündnis beendete den semi-autoritären Kurs Mečiar und die Slowakei kehrte zu einem demokratischen und prowestlichen Kurs zurück, der auf Integration und internationale Glaubwürdigkeit abzielte (vgl. Malová & Dolný 2021: 147).

3.2.3 Die Fico-Ära (2006–2023): Populismus und legitimatorische Sozialpolitik

„Ein großer Teil der Bevölkerung war jedoch mit den Reformen unzufrieden und unterstützte bei den Wahlen 2006 die Oppositionsparteien, was zu einem umfassenden Regierungswechsel und zur Rückkehr populistischer, nationalistischer und etatistischer Parteien führte“ (Malová & Dolný 2021: 147). Die politische Stimmung war nicht nur wegen der Rückkehr der SNS, die erneut antiungarische Rhetorik in den politischen Diskurs brachte, sondern mehr wegen der Rückkehr von Vladimír Mečiar sehr angespannt. Die SMER-SD unter Robert Fico, die die Wahlen gewann, bildete zusammen mit HZDS und SNS die Regierung. Das im Wahlkampf angekündigte Zurücknehmen von Dzurindas-Reformen wurde nicht verwirklicht, im Gegenteil, profitierte die neue Regierung von den wirtschaftlichen Reformen. Auch außenpolitisch bestätigte die Regierung den vorgegebenen EU- und NATO-Kurs, pflegte aber zugleich nahe Beziehungen mit Russland (vgl. Bútora, 2007: 6–7). Bei den Präsidentschaftswahlen 2009 standen sich Ivan Gašparovič und Iveta Radičová gegenüber. Gašparovič setzte auf eine polarisierende, antimagyarische Rhetorik und wurde mit 55,5 Prozent zum zweiten Mal Präsident (vgl. Rybar, 2010: 173).

Die Parlamentswahlen im Jahr 2010 hat erneut SMER-SD gewonnen, aber da ihre gewöhnlichen Koalitionspartner zu wenig Stimmen erhalten haben, konnte Fico keine Regierung bilden (vgl. Mesežnikov, 2010: 1–2). Die Oppositionsparteien schlossen sich, wie damals im Jahr 1998, gegen den autoritären Führungsstil und der geringen Kompromissbereitschaft, die an Mečiar erinnerte, und bildeten eine gemeinsame Koalition unter Iveta Radičová. SMER-SD verkörperte weniger eine klassische sozialdemokratische Partei, sondern eher eine Partei, die ideologisch eine starke Rolle des Staates in der Sozialpolitik mit Elementen des Nationalismus verband. Diese Positionen passten kaum zu den Orientierungen anderer Parteien im Parlament (vgl. Mesežnikov, 2010: 1–3).

Die neue Regierung setzte Reformen in den Bereichen Finanzen, Justiz und Transparenz um. Sie stabilisierte die öffentlichen Finanzen und führte wichtige gesetzliche Maßnahmen vor allem im Justizbereich und bei der Bekämpfung von Korruption ein. Außerdem verbesserte sie die Beziehungen zu Ungarn (vgl. Mesežnikov, 2012: 1). Sie war jedoch intern instabil und von wirtschaftlichen und EU-politischen Konflikten geprägt. Korruptionsskandale wie „Gorilla“⁶ und „Sasanka“⁷ schwächten das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen. Die Zustimmung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus führte 2011 letztendlich zum Zusammenbruch der Regierung (vgl. Rybář, 2014: 5–8).

Im anschließenden Wahlkampf im Jahr 2012 konnte sich SMER-SD, ohne große Mobilisierung, auf bekannte sozialpolitische Themen stützen, gewann die Wahlen und bildete eine Einparteienregierung (vgl. Mesežnikov, 2012: 1). Inhaltlich konzentrierte sich die Regierung auf wirtschaftliche Stabilisierung und sozialpolitische Maßnahmen (vgl. Rybář & Spáč, 2016: 1). Trotz zunächst hoher Unterstützung kam es im weiteren Verlauf wegen einer Reihe von Korruptionsskandalen zu einem Rückgang der Zustimmung. Dies zeigte sich beispielsweise in der Niederlage Ficos bei den Präsidentschaftswahlen 2014. Die Regierung reagierte darauf mit verstärkten sozialpolitischen Maßnahmen und einer stärkeren Fokussierung auf Themen wie Migration (vgl. Rybář & Spáč 2016: 1–2).

Die Parlamentswahlen 2016 deuteten auf eine stärkere Fragmentierung des Parteiensystems hin. Diese zeigte sich vor allem in der zunehmenden Bedeutung der rechtsextremen Volkspartei Unsere Slowakei (ĽSNS). Aus diesem Grund konzentrierten sich die Parteien auf die Bildung einer Koalition, die Stabilität sichern und den radikalen Kräften entgegenwirken könnte.

Diese Strategie führte schließlich zur Bildung einer ideologisch heterogenen Koalition aus Smer-SD, SNS, Most–Híd sowie der Partei SIEĽ (vgl. Rybář & Spáč, 2016: 2–4).

Das Jahr 2018 wurde zu einem Jahr, das die slowakische Öffentlichkeit so schnell nicht vergessen wird. Die Ermordung des Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová erschütterte das ganze Land und führte nicht nur zu einer Reihe von Protesten, sondern auch zu politischen Rücktritten. Als Erster trat der Kulturminister Marek Mad’arič zurück, danach der Innenminister Robert Kaliňák und anschließend auch Robert Fico und die Regierung übernahm Peter Pellegrini (vgl. Francistyová & Višňovský, 2023: 128). Die anschließenden Ermittlungen enthüllten eine systematische Verbindung zwischen Politik, Wirtschaft und

⁶ Die sogenannte „Gorilla“-Affäre ist ein Korruptionsskandal aus den Jahren 2005 und 2006. Sie basiert auf veröffentlichten Abhörprotokollen und zeigt mögliche Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft, sowie Einfluss auf politische Entscheidungen.

⁷ Die sogenannte „Sasanka“-Affäre ist ein Korruptionsskandal aus dem Jahr 2011, bei dem veröffentlichte Aufnahmen darauf hindeuten, dass der Abgeordnete Ján Halgaš gegen Bezahlung Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse genommen hat.

kriminellen Netzwerken. Die Proteste 2018 und der Regierungswechsel 2020 führten teilweise zu einer Schwächung dieser Strukturen (vgl. Mesežnikov, 2020: 100).

Die Wahlen 2020 brachten eine Vierparteienkoalition, die aus der Bewegung Gewöhnliche Leute und unabhängige Persönlichkeiten (OLaNO), der Partei Für die Menschen (Za ľudí), der Partei Freiheit und Solidarität (SaS) und der Partei Wir sind Familie (Sme Rodina) bestand.

Zu den wichtigsten Zielen der Regierung zählten die Bekämpfung von Korruption, die Wiederherstellung von Vertrauen und die Stärkung des Rechtsstaates. Vor diesem Hintergrund wurden zahlreiche Ermittlungen gegen hochrangige Vertreter*innen aus Justiz, Polizei und Politik eingeleitet. Außerdem konzentrierte sich die Regierung in ihrem Programm auf die Stärkung der Rolle von Journalist*innen und freien Medien (vgl. Mesežnikov, 2024: 23).

Die politische Stabilität des Landes wurde jedoch durch Krisen wie die COVID-19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine sehr belastet. Interne Konflikte, aber auch die Kritik am Krisenmanagement schwächten die Regierung. Als Folge dieser Entwicklungen trat im Jahr 2021 Premierminister Igor Matovič zurück. Anschließend verließ SaS im Jahr 2022 die Koalition und ein Misstrauensvotum führte im Jahr 2023 zu vorgezogenen Wahlen (vgl. Mesežnikov 2024: 28–29).

3.2.4 Stand der Demokratie in der Slowakei seit 2023

Noch im Jahr 2018 konnte sich kaum jemand die Rückkehr von Robert Fico vorstellen. Die massiven Proteste gegen seine Regierung und der Rückgang der Wahlunterstützung im Jahr 2020 haben als Ende seiner Karriere ausgesehen (vgl. Haughton, Cutts, & Rybář 2025: 1). Dennoch ist Robert Fico ein politisches Comeback gelungen. SMER-SD hat im Jahr 2023 erneut die Wahlen gewonnen und bildete zusammen mit HLAS-SD und SNS eine Koalition. Unmittelbar nach seiner Rückkehr wurde schnell deutlich, dass sich seine vierte Amtszeit von den früheren unterscheidet und dass die Slowakei möglicherweise den gleichen Weg wie Ungarn und Polen einschlagen wird (vgl. Priebus 2024: 8).

Wie in Abbildung 2 zu sehen ist, zeigen die V-Dem Daten seit 2023 einen deutlichen Rückgang des Rule of Law Index. Der aktuelle Wert liegt bei etwa 0,73 und nähert sich sehr dem Wert aus der Zeit des Mečiarismus, der damals bei 0,70 lag.

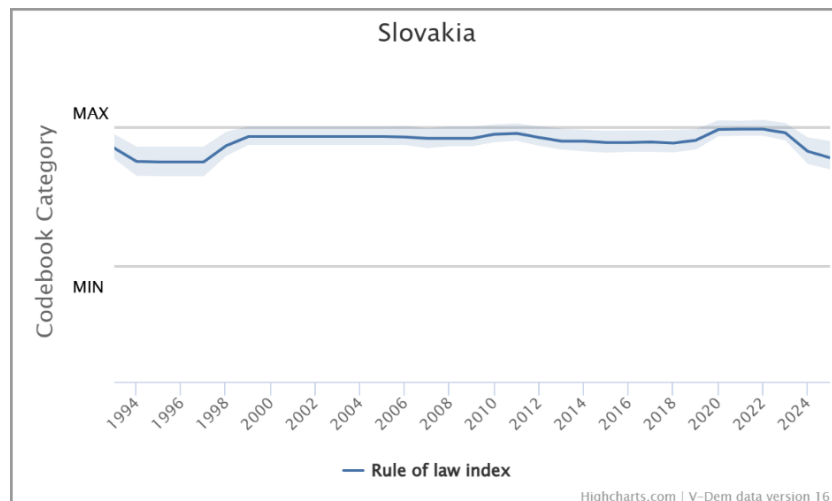


Abbildung 2: Entwicklung des Rule of Law Index in der Slowakei (1993–2025). Quelle: V-Dem Institute (2026)

Um diesen Zustand zu erreichen, benötigte die Regierung nur wenig Zeit. Das erste Regierungsjahr von Ficos vierter Regierung wird von Peter Čuroš als eine Phase des „Fast-track Democratic Backsliding“ bezeichnet (vgl. Čuroš 2024: 1).

Im Jahr 2024 verabschiedete die Regierung im beschleunigten Verfahren eine sehr umstrittene Strafrechtsreform ein.⁸ Die Reform war insofern problematisch, weil sie niedrigere Strafrahmen, kürzere Verjährungsfristen, Eingriffe in laufende Verfahren, sowie die Auflösung der Sonderstaatsanwaltschaft (ÚŠP) vorsah. Die damalige Präsidentin Zuzana Čaputová äußerte Bedenken⁹ nicht nur gegenüber dem Verfahren, sondern auch gegenüber dem Inhalt der Reform und leitete deshalb eine Überprüfung durch das Verfassungsgericht ein, das Teile der Reform vorläufig aussetzte. An diese Situation reagierte Robert Fico mit öffentlicher Kritik und persönlichen Angriffen auf den auf den Präsidenten des Verfassungsgerichts Ivan Fiačan und forderte seinen Rücktritt (vgl. Čuroš 2024: 1). In seiner Entscheidung erklärte zwar der Verfassungsgerichtshof Teile der Reform als verfassungswidrig, der Großteil der Reform blieb jedoch in Kraft.¹⁰ Trotz öffentlicher Kritik und zahlreichen Protesten in mehreren Städten wurde die Reform umgesetzt und weiter angepasst. Auch die Europäische Kommission kritisierte die Reform, vor allem die Abschaffung der Sonderstaatsanwaltschaft (ÚŠP), für die kein passendes Ersatzmechanismus geschaffen wurde. ÚŠP war ein teilweise autonomes Organ, das sich mit

⁸ Gesetz Nr. 40/2024 Z.z. mit dem das Gesetz Nr. 300/2005 Z.z. geändert und ergänzt wird sowie weitere Gesetze geändert und ergänzt wurden. Abrufbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-40>

⁹ Die Präsidentin der Slowakischen Republik, Zuzana Čaputová, trat am 18. Januar 2024 im Nationalrat auf und kritisierte, dass weder Fachexpert*innen noch die Opposition in die Ausarbeitung der Gesetzesänderungen einbezogen wurden und zentrale Elemente des legislativen Verfahrens umgangen wurden. Vgl. dazu: <https://www.prezident.sk/article/mimoriadne-vystupenie-v-nr-sr-k-zmenam-v-trestnom-prave/>

¹⁰ Ústavný súd Slovenskej republiky: PL. ÚS 3/2024 (Novelle des Strafgesetzbuches), Pressemitteilung Nr. 33/2024 vom 19.07.2024. Abrufbar unter: https://www.ustavnysud.sk/aktualne-informacie/aktuality/-/asset_publisher/B99toBHZ1uA/content/%C3%A9astavn%C3%BD-s%C3%BAD-zverejnil-n%C3%A1lez-novely-trestn%C3%A9ho-z%C3%A1kona

der Verfolgung schwerer Straftaten wie Korruption und Delikte gegen die finanziellen Interessen der EU, beschäftigte. Die Kommission äußerte Befürchtungen über mögliche negative Auswirkungen auf die Effektivität und Unabhängigkeit der Ermittlungen (vgl. Europäische Kommission 2024: 10). Laut den Analysen der „Nadácia Zastavme korupciu“ (Stiftung „Stoppt Korruption“), führte die Reform dazu, dass mehr als 3.000 Straffälle¹¹, von kürzeren Verjährungsfristen und niedrigeren Strafen profitierten. Darunter fallen zum Beispiel die organisierte Kriminalität im Umfeld der sogenannten Gruppe „Sátorovci“¹² oder der Emissionsskandal¹³ aus der ersten Regierungszeit von Robert Fico, bei dem der Slowakei ein Schaden von rund 47 Millionen Euro entstand (vgl. Daňko 2025).

Noch im selben Jahr wurde der Vorsitzende des Justizrates, Ján Mazák, abberufen und die Europäische Kommission kritisierte die zunehmenden verbalen Angriffe der Regierung auf Richter*innen (vgl. Čuroš 2024: 2; Europäische Kommission 2024: 7). Im beschleunigten Verfahren kam es zu Änderungen des sogenannten Kompetenzgesetzes, der die Besetzung wichtiger Positionen regelte. Im Anschluss wurden die Leitung des Statistikamtes sowie der Gesundheitsaufsichtsbehörde vorzeitig abgesetzt und durch neue Personen ersetzt (vgl. Europäische Kommission 2024: 36).

Die Machtausweitung der Exekutive wurde auch an der Besetzung der Leitung des Geheimdienstes sichtbar. Als die damalige Präsidentin Zuzana Čaputová Tibor Gašpar sowie, seinen Sohn Pavol Gašpar, der als Stellvertreter tätig war, für den Posten des Leiters des Geheimdienstes ablehnte, passte die Regierung den rechtlichen Rahmen so an, dass wichtige Kompetenzen auf den Stellvertreter übertragen wurden (vgl. Čuroš 2024: 3–4). Nachdem Peter Pellegrini im April 2024 zum Präsidenten gewählt wurde, wurde Pavol Gašpar schließlich offiziell zum Leiter des Geheimdienstes ernannt (vgl. Šálek 2024).

Nach dem Attentat auf den Premierminister im Mai 2024 wurde das sogenannte „Lex atentát“¹⁴ wie gewöhnlich im beschleunigten Verfahren verabschiedet. Es handelt sich um ein Gesetz, das öffentliche Versammlungen in der Nähe von staatlichen Institutionen, Wohnorten von Politiker*innen oder Gerichten einschränkt. Teile dieses Gesetzes können auch als

¹¹ Für eine ausführliche Analyse siehe: <https://zastavmekorupciu.sk/nezaradene/suskova-novela-pomohla-mafii/>

¹² Der ehemalige Polizist Boris Drevenák, der 2019 zu 17 Jahren Haft verurteilt wurde, profitierte unter anderem von der Strafrechtsreform, da in zwei von drei Fällen die Verfahren wegen Verjährung eingestellt wurden. Vgl. dazu: <https://hn24.hnon-line.sk/hn24/96235334-na-specializovanom-trestnom-sude-sa-zacal-proces-s-expolicajtom-ktory-mal-vynasat-informacie-sa-torovcom>

¹³ Es handelt sich dabei um den Verkauf slowakischer Emissionszertifikate um 142,5 Mio. Euro, davon nur 75,75 Mio. Euro für den Staat. Über 50 Mio. Euro verblieben bei Interblue Group. Mehr dazu: <https://zastavmekorupciu.sk/kauzu/konanie-roberta-fica-v-emisnej-kauze/>

¹⁴ Vgl. Gesetz Nr. 166/2024 Z.z. § 1 Abs. 6, Zákon o niektorých opatreniach na zlepšenie bezpečnostnej situácie v Slovenskej republike, Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-166>

Reaktion auf frühere Proteste gesehen werden, die vor der Wohnadresse von Robert Fico im Wohnkomplex Bonaparte stattfanden.¹⁵

Die politische Kontrolle über unabhängige Institutionen nahm weiter zu, als der Innenminister Matúš Šutaj Eštok den Polizeipräsidenten Štefan Hamran entließ und mehrere Ermittler der Nationalen Kriminalagentur (NAKA) suspendierte. Kurz danach wurde auch die NAKA aufgelöst (vgl. Čuroš 2024: 6).

Große Kritik hat die Slowakei seitens der Venedig-Kommission erhalten, als die Regierung nach dem Vorbild Ungarns die Anerkennung von nur zwei Geschlechtern festlegte. Die Kommission warnte davor, dass dadurch Rechte von trans-, inter- und nicht-binären Personen eingeschränkt werden können (vgl. Venedig-Kommission 2025a: 15).

Alle diese Maßnahmen wurden von unzähligen Protesten im ganzen Lande begleitet. Laut Medienberichten¹⁶ gab es allein im Jahr 2025 rund 80 regierungskritische Proteste. Außer klassischen Protesten entstanden auch neue Formen der Mobilisierung, zum Beispiel die sogenannte „Kreide-Revolution“¹⁷, die sich gegen politische Einflussnahme im Bildungsbereich richtet. Der öffentliche Druck führte dazu, dass einige Maßnahmen später zurückgenommen wurden. Dazu gehört die Novelle des Gesetzes über Nichtregierungsorganisationen, die Anfang 2026 vom Verfassungsgericht aufgehoben wurde¹⁸ sowie die Reform zur Abschaffung bzw. Umstrukturierung des Amtes zum Schutz von Hinweisgebern, die nach starker Kritik politisch zurückgenommen¹⁹ wurde.

4. Kulturpolitik in der Slowakei

Die Darstellungen im Kapitel 3 deuten darauf hin, dass sich die Slowakei erneut zunehmend in einer illiberalen Richtung entwickelt. Um besser zu verstehen, wie sehr diese Dynamiken den Bereich der Kultur betreffen, werden im folgenden Kapitel die politischen Entwicklungen im Kulturbereich näher betrachtet.

¹⁵ Die Proteste vor dem Wohnkomplex Bonaparte, der dem Unternehmer Ladislav Bašternák gehörte, umfassten insgesamt zwölf Demonstrationen, die sich gegen mutmaßliche Verbindungen zwischen Robert Kaliňák und Bašternák sowie gegen den Aufenthalt von Robert Fico in diesem Gebäude richteten. Mehr dazu: <https://spravy.pravda.sk/domace/clanok/404184-protesty-pred-bonaparte-ukoncil-sulik-s-matovicom/>

¹⁶ Mehr dazu im Bericht von TA3 (2025a): <https://www.ta3.com/clanok/1026837/rok-2025-priniesol-koalicne-krizy-aj-bur-live-protesty-politicku-scenu-ovladli-hadky-a-dolezite-zmeny-ustavy>

¹⁷ Die „Kreide-Revolution“ bezeichnet studentische Protestaktionen, bei denen politische Botschaften mit Kreide im öffentlichen Raum verbreitet wurden.

¹⁸ Vgl. [Ústavný súd Slovenskej republiky](https://www.ustavnysud.sk/aktualne-informacie/aktuality/-/asset_publisher/B99toBHZ1uA/content/z%C3%A1kon-ktor%C3%BD-novelizuje-pr%C3%A1vnu-%C3%BApravu-mimovl%C3%A1dnych-organiz%C3%A1ci%C3%AD-je-v-rozpore-s-%C3%BAstavou), Pressemitteilung Nr. 55/2025 zum Beschluss des Verfassungsgerichts der Slowakischen Republik: „Zákon, ktorý novelizuje právnu úpravu mimovládnych organizácií, je v rozpore s ústavou“ Verfügbar unter: https://www.ustavnysud.sk/aktualne-informacie/aktuality/-/asset_publisher/B99toBHZ1uA/content/z%C3%A1kon-ktor%C3%BD-novelizuje-pr%C3%A1vnu-%C3%BApravu-mimovl%C3%A1dnych-organiz%C3%A1ci%C3%AD-je-v-rozpore-s-%C3%BAstavou

¹⁹ Vgl. European Whistleblowing Institute (EWI), Government retreat marks important victory for whistleblower protection in Slovakia. Verfügbar unter: <https://www.ewi.legal/blog/government-retreat-marks-important-victory-for-whistleblower-protections-in-slovakia>

Um diese Entwicklungen besser einordnen zu können, werden sie in zwei Zeitphasen unterteilt. Die Entscheidung für diese Einteilung basiert auf der Annahme, dass das Jahr 2018 einen wichtigen Wendepunkt darstellt, sowohl für die Slowakei insgesamt als auch für den Kulturbereich. Vor diesem Hintergrund wird zunächst die Entwicklung bis 2018 erläutert und anschließend die darauffolgende Periode.

4.1 Kulturpolitik in der Slowakei bis 2018: institutionelle Ausgestaltung und kulturpolitische Praxis

Die meisten wichtigen Kulturinstitutionen in der Slowakei wurden schon vor 1989 oder kurz nach 1993 gegründet. Die Regierung Mečiar gründete kaum neue Institutionen. Stattdessen wurden die bestehenden Einrichtungen für politisch-ideologische Zwecke genutzt. Kultur wurde als wichtiger Teil des Staates gesehen und durch historische Narrative wie das großmährische Erbe und die kyrillisch-methodische Tradition begründet. Aus diesem Grund erhielten ausgewählte Institutionen, wie die Matica Slovenská²⁰, eine wichtige Rolle. In dem Regierungsprogramm von 1995 wurden Begriffe wie „geistiger Terrorismus“²¹ oder „moralische Devastation“²² eingearbeitet, wodurch potenzielle Eingriffe in die kulturelle Sphäre gerechtfertigt werden konnten. Kulturpolitik wurde außerdem explizit als Mittel zur „moralischen Erneuerung“²³ der Gesellschaft verstanden. Im Bereich der Medien betonte die Regierung zwar die Sicherung der Informationsfreiheit, gleichzeitig wollte sie jedoch die Medien an nationale Interessen anpassen und dem Staat eine wichtige Rolle im Informationssystem sichern (vgl. *Vláda Slovenskej republiky* 1995: 55–60). Gleich im Jahr 1994 wurden wichtige Aufsichtsposten des öffentlichen Rundfunks politisch neu besetzt. Es kam zu Eingriffen in die Medienfreiheit und kritische Stimmen wurden systematisch eingeschränkt. Zum Beispiel setzte die Regierung drei politische Satireformate ab, was zu starken öffentlichen Protesten führte (vgl. Human Rights Watch 1996).

Die darauffolgenden Jahre brachten keine Veränderung. Auch im Jahr 1998 unterlagen die Medien und unabhängige Journalist*innen dem staatlichen Druck. Dies widerspiegelte sich zum Beispiel in der staatlichen Sabotage der neu gegründeten Nachrichtenagentur SITA, die kurz vor ihrer Eröffnung Opfer eines Einbruchs wurde. Nach diesem Ereignis forderte die

²⁰ Die Matica slovenská ist eine 1863 gegründete Institution zur Förderung der slowakischen Kultur und Identität.

²¹ Terminologie des Regierungsprogramms (1995:56) Der Begriff „geistiger Terrorismus“ ist ein unscharfer Begriff, der zur Delegitimierung abweichender Meinungen dienen kann.

²² Terminologie des Regierungsprogramms (1995:57) Der Begriff „moralische Devastation“ wird hier als Folge von Kommerzialisierung, Gewalt und Pornografie dargestellt.

²³ Terminologie des Regierungsprogramms (1995:59) Der Begriff „nationale Erneuerung“ (*Národná obroda*) ist ein politisch-ideologischer Ausdruck, der insbesondere in populistischen Kontexten verwendet wird.

Regierung die staatlichen Organisationen auf, nicht mit ihr zusammenzuarbeiten. Die Einschüchterungs- und Zensurversuche gegenüber Journalist*innen setzten sich fort, unter anderem, durch Bombenanschläge auf ihre Autos oder durch Maßnahmen wie die vorübergehende Abschaltung des unabhängigen Radiosenders „Radio Twist“ (vgl. Human Rights Watch 1998).

Der Umgang mit nationalen Minderheiten war von einer ähnlichen Dynamik betroffen. Die restriktive Sprachpolitik führte im Jahr 1997 unter anderem dazu, dass die ungarische Sprache im Schulunterricht eingeschränkt wurde und Lehrkräfte wegen Verstößen entlassen wurden. Darüber hinaus gab es Versuche, den Unterricht stärker ethnisch auszurichten. Diese Versuche zeigten sich zum Beispiel in der staatlichen Unterstützung eines Schulbuchs, das die Deportation von Jüdinnen und Juden während des Holocaust relativierte (vgl. Human Rights Watch 1998).

Wie im Kapitel 3 dargestellt, führte der Regierungswechsel zu einer stärkeren Orientierung an demokratischen Prinzipien. Im Regierungsprogramm hat die Dzurinda-Regierung eine klare Neuausrichtung der Kulturpolitik in Richtung demokratischer und liberaler Werte formuliert. Sie wollte die Kultur von ideologischen und politischen Einflüssen befreien und die künstlerische und wissenschaftliche Freiheit sichern. Sie plante die Einführung eines Finanzierungssystems, das regionale und auch private Akteur*innen einbezieht und Transparenz in die Finanzierung bringt. Mehr Transparenz und Pluralismus wollte die Regierung auch in den Medienbereich bringen. Die Neugestaltung des Dialogs mit der Kulturszene, sowie die Dezentralisierung und Unabhängigkeit der kulturellen Institutionen wurden im Programm ebenso stark betont (vgl. Vláda Slovenskej republiky 1998: 33–34).

Im Jahr 2000 informierte der Country Report on Human Rights Practices, dass die systematische Überwachung und Einschüchterung von Journalist*innen durch den Geheimdienst, die teilweise zur Selbstzensur führte, beendet wurde. Außerdem wurde festgestellt, dass der politische Einfluss auf die Medien, bis auf einige Einzelfälle, ebenfalls zurückging (vgl. U.S. Department of State 2000).

Im finanziellen Bereich war die Regierung jedoch weniger erfolgreich. Die Schaffung eines pluralen Finanzierungssystems ist der Regierung nicht gelungen. Im Gegenteil. Es kam zum Zusammenbruch der wichtigsten Filminstitution im Lande, der Koliba-Filmstudios²⁴, und im

²⁴ Die staatlichen Koliba-Filmstudios wurden privatisiert und anschließend von einem privaten Unternehmen vernachlässigt, was zu ihrem Verfall führte.

Rahmen der De-Mečiarisierung zur Einstellung des Förderprogramms „Pro Slovakia“²⁵ (vgl. Révészová 2018: 5).

Der Aufbau neuer Institutionen verlief am Anfang auch nicht erfolgreich. Die Regierung hat zwar im Jahr 2002 die Gründung des neuen audiovisuellen Fonds vorbereitet, die Vertreter*innen der Filmindustrie haben die Bedingungen jedoch nicht akzeptiert. Die Kritik richtete sich gegen die geplante Änderung der Nutzungsrechte an Filmen, die als mögliche Privatisierung des nationalen Kulturerbes verstanden wurde. Aufgrund der Eskalation zwischen der Regierung und der Kulturszene wurde das Gesetz nicht verabschiedet (vgl. Révészová 2018: 5).

Der Zeitraum kurz vor dem EU-Beitritt brachte eine deutliche Verbesserung der kulturellen Lage. Die Regierung versuchte vor allem, die bestehenden Förderinstrumente an die europäischen Standards anzupassen. Als größter Erfolg gilt die erneute Einrichtung des Förderprogramms „Pro Slovakia“, das durch die Einbindung in die staatlichen Mechanismen stabiler und systematischer erschien. Im Gegenteil verlor die *Matica slovenská* ihre dominante Rolle, und somit auch die staatliche Finanzierung (vgl. Denel 2002: 9–10).

Trotz der Reformbemühungen der Regierung blieben jedoch einige strukturelle Probleme im Kulturbereich bestehen. Die Frage der Finanzierung des Kultursektors wurde nur teilweise geklärt. Die Kultur war weiterhin stark zentralisiert, von plötzlichen Kürzungen betroffen und die Programme dienten in erster Linie dazu, Defizite zu decken. Es fehlten langfristige und vor allem stabile Modelle, an die sich die Kultur orientieren konnte. Die Regierung hat zwar versucht, kulturelle Einrichtungen zu dezentralisieren, indem diese in die Verantwortung der Regionen übergingen, hat aber nicht berücksichtigt, dass diese nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Somit konnte keine stabile institutionelle Struktur entstehen. Verglichen mit anderen westeuropäischen Modellen war nicht nur die finanzielle Situation unter dem Niveau, sondern auch die Beteiligung regionaler und lokaler Akteur*innen an der Kulturfinanzierung (vgl. Denel 2002: 9–12, 14).

Besonders deutlich waren die Probleme im Bereich des Films und der audiovisuellen Medien. Zwar wurden auch in diesem Bereich Anpassungen an europäische Standards vorgenommen und institutionelle Reformen eingeleitet, eine Verbesserung der Situation in der Filmproduktion und Distribution wurde dadurch jedoch nicht erreicht (vgl. Denel 2002: 19–20).

²⁵ Das Förderprogramm „Pro Slovakia“ diente in den 1990er Jahren der Unterstützung der nationalen Kultur, geriet jedoch zunehmend wegen mangelnder Transparenz und politischer Einflussnahme in die Kritik. Es gilt als Vorgänger des heutigen Fonds zur Unterstützung der Kunst (FPU).

Die erste Regierung unter der Führung von Robert Fico hat wie in allen Bereichen der Politik von den eingeführten Reformen der Dzurinda-Regierungen profitiert. Das wichtigste kulturpolitische Projekt war die Einrichtung des Audiovisuellen Fonds²⁶. Im Jahr 2009 ist es der Regierung gelungen, diesen umzusetzen. Die Entstehung des Fonds war jedoch weniger die Arbeit der Regierung selbst, sondern eher eine Reaktion auf den öffentlichen Druck. Ursprünglich sollte dieser aus staatlichen Mitteln sowie Mitteln des Rundfunks finanziert werden, in der Praxis setzte sich jedoch die staatliche Finanzierung stärker durch (vgl. Révészová 2018: 6).

Zum größten Problem der Kulturpolitik ist in den nächsten Jahren die langfristige Unterfinanzierung geworden. Das Kulturministerium präsentierte im Dokument „Strategie der Entwicklung der Kultur der Slowakischen Republik für die Jahre 2014–2020“ den schlechten bis teilweise sehr schlechten Zustand der kulturellen Infrastruktur und der denkmalgeschützten Objekte, der durch fehlende Finanzen verursacht wurde. Der Anteil öffentlicher Ausgaben für die Kultur am BIP betrug damals nur 0,4 % und konnte nicht nur den Bereich ausreichend versorgen, sondern auch nicht mit anderen EU-Ländern mithalten. Verglichen mit der Finanzierung der Kulturpolitik der 1990er Jahre, als die Ausgaben bei 1 % lagen, konnte festgestellt werden, dass dieser Bereich stark benachteiligt wurde (vgl. Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky 2014: 6–8).

Trotz dieser Bedingungen sind kulturelle Einrichtungen erhalten geblieben, das Kulturerbe wurde gepflegt und die Produktion sowie die Filmindustrie haben zwar in begrenztem Maße, jedoch weiterhin funktioniert. In diesem Zusammenhang war die Einrichtung des Fonds zur Förderung der Kunst (FPU) im Jahr 2014 ein wichtiger Schritt, der die Finanzierung der Kultur stabilisieren sollte. Gleichzeitig sollte er die Bedürfnisse nach einem transparenten und institutionalisierten Modell der Finanzierung erfüllen (vgl. Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky 2014: 7–8).

4.2 Kulturpolitik in der Slowakei ab 2018: politische Dynamiken und institutionelle Veränderungen

Ab dem Jahr 2018 war der Kulturbereich alles andere als unsichtbar und vernachlässigt. Die Ermordung des Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová im Februar desselben Jahres beendete die Phase.

Wie bereits erwähnt, traten unter starkem öffentlichem Druck viele Regierungsvertreter zurück, darunter auch der Kulturminister Marek Mad'arič (vgl. Školikay 2019: 25–27).

²⁶ Der Audiovisuelle Fonds ist eine öffentliche Institution zur finanziellen Förderung der Film- und audiovisuellen Produktion in der Slowakei.

In seiner Rücktrittserklärung am 28. Februar 2018 erklärte der damalige Kulturminister Marek Maďarič:

Unabhängig vom Motiv dieses Mordes stellt mich allein die Tatsache, dass ein Journalist ermordet wurde, als Kulturminister vor mehrere grundlegende Fragen, die sowohl die Medien selbst betreffen als auch die Bedeutung dieses Ereignisses insgesamt. Da das Kulturministerium den Medien institutionell am nächsten steht, sehe ich mich in besonderer Verantwortung. Nach dem, was geschehen ist, kann ich mir nicht vorstellen, weiterhin ruhig im Amt des Kulturministers zu verbleiben. (eigene Übersetzung; vgl. Marek Maďarič, Pressekonferenz 2018, 01:11)

Nach seinem Rücktritt wurde auf Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten Peter Pellegrini Ľubica Laššáková ernannt. Allein ihre Nominierung auf den Posten der Kulturministerin hat eine Welle von Kritik ausgelöst. Vertreter*innen des zivilgesellschaftlichen Sektors sowie unabhängiger Kulturinstitutionen äußerten in einer gemeinsamen Stellungnahme Bedenken hinsichtlich ihrer öffentlichen Aussagen zur Kultur.²⁷ Besonders problematisch waren die Aussagen, in denen die zukünftige Ministerin den gesamten dritten Sektor als finanziell überversorgt darstellte und Aussagen über seine angebliche ausländische Finanzierung tätigte (vgl. Changenet 2018).

Bereits nach wenigen Tagen im Amt haben Vertreter*innen des Kulturbereichs ihren Rücktritt gefordert. In ihrer Kritik bezeichnete die Kulturszene die Kulturministerin als unkompetent und ungeeignet für den Posten. Es entstand die Petition „Kultúrny reparát“ („Kultur-Reparatur“), die von vielen Akteur*innen aus dem Kulturbereich unterzeichnet wurde (vgl. TA3 2018).

Im Mai 2019 wurde Laššáková erneut der Kritik aus der Kulturszene ausgesetzt. Die Kritik äußerte sich gegen intransparente Budgetkürzungen, von denen einige Bereiche betroffen waren. Betroffen waren die Slowakische Nationalgalerie, die Kunsthalle Bratislava, aber auch die Förderungen für LGBTI+ Projekte. Als Reaktion auf diese Ereignisse entstand die Plattform „Stojíme pri kultúre“ („Wir stehen zur Kultur“). Durch die Plattform wurde die zweite Petition zur Abberufung der Kulturministerin gestartet, die innerhalb weniger Tage von mehreren tausend Personen unterschrieben wurde. Am 22. Mai 2019 versammelten sich Künstler*innen, Vertreter*innen kultureller Institutionen und Personen aus vielen kulturellen Initiativen, kritisierten die fehlende fachliche Kompetenz der Ministerin und forderten ihren sofortigen Rücktritt (vgl. Pravda 2019).

²⁷ Stellungnahme des zivilgesellschaftlichen Sektors und unabhängiger Kulturinstitutionen vom 20.03.2018, unterzeichnet von 33 Vertreter*innen, darunter Kurator*innen, Kulturmanager*innen, Leiter*innen von NGOs, Mitglieder von Regierungsräten sowie Vertreter*innen unabhängiger kultureller Einrichtungen. Mehr dazu: <http://www.changenet.sk/?section=kampane&x=954332>

Ihre gesamte Amtsführung war von anhaltender Kritik aus der Öffentlichkeit und der Kulturszene geprägt. Verschiedene Akteur*innen wiesen immer wieder auf ihre problematischen Entscheidungen hin. Eine wichtige Rolle spielte dabei die bereits erwähnte Plattform „Stojíme pri kultúre“. Sie gründete eine Allianz, die mehr als hundert kulturelle Institutionen und Organisationen vereinte. Im Anschluss an die erwähnte Demonstration übergab die Initiative dem damaligen Ministerpräsidenten Peter Pellegrini einen offenen Brief, der nicht nur die umstrittenen Entscheidungen der Kulturministerin kritisierte, sondern auch die Regierung dazu aufforderte, Verantwortung zu übernehmen und angemessen zu reagieren (vgl. Močková 2019).

Trotz fehlender Finanzierung für die erwähnten Projekte und Institutionen wurden jedoch bestimmte Bereiche stärker als gewöhnlich gefördert. Besondere Aufmerksamkeit bekam während ihrer Amtszeit die traditionelle Volkskultur. Die Kulturministerin gründete die Initiative „Folklór - duša Slovenska“ („Folklore - die Seele der Slowakei“). Für die Initiative wurde nicht nur eine eigene Kommunikationsplattform eingerichtet, das Kulturministerium schuf außerdem für die Antragsteller*innen regionale Koordinatoren sowie Informationsveranstaltungen in allen Regionen, die sie unterstützen sollten (vgl. Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky 2019). Dies bezeichnete die Kulturministerin gemeinsam mit dem damaligen Ministerpräsidenten als „historischen Moment für die Förderung der traditionellen slowakischen Kultur“ und kündigte eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,5 Millionen Euro für folkloristische Aktivitäten an (vgl. Denník N 2019).

Die Parlamentswahlen im Jahr 2020 haben erneut zum personellen Wechsel im Kulturministerium geführt. Zu Kulturministerin wurde Natália Milanová ernannt. Aufgrund der Ereignisse aus dem Jahr 2018 hat sich die neue Ministerin eine umfassende Reform der Mediengesetzgebung²⁸ vorgenommen. Durch diese Reform sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend der veränderten Lage der Medienlandschaft modernisiert werden. Sie brachte mehr Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen der Medien und effektive Vorgehensweisen gegen Medien, die Gewalt oder Hass gegenüber Minderheiten fördern, oder der Propaganda dienen, wie auch bessere rechtliche Bedingungen für die Arbeit der Journalist*innen und eine stärkere Absicherung von journalistischen Quellen (vgl. SITA 2022). Teil der Reform war auch die Novellierung der Finanzierung²⁹ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das neue Modell

²⁸ Die Reform der Mediengesetzgebung umfasste insbesondere die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 264/2022 Z.z. über Mediendienste sowie des Gesetzes Nr. 265/2022 Z.z. über Verleger von Publikationen und das Register im Bereich Medien und Audiovision, wodurch der rechtliche Rahmen für Medien, Transparenz und Regulierung in der Slowakei neugestaltet wurde. Abrufbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2022-264> <https://www.epi.sk/zz/2022-265>

²⁹ Die Gesetze Nr. 242/2023 Z.z. und Nr. 530/2023 Z.z. stellen Novellen des Gesetzes Nr. 532/2010 Z.z. dar und verändern dessen Finanzierungs- und Regelungsstruktur. Abrufbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2023-242/znenie-20230701> <https://www.epi.sk/zz/2023-530/znenie-20240101> <https://www.epi.sk/zz/2010-532>

ersetzte die bisherige Finanzierung aus Rundfunkgebühren und staatlichen Zuschüssen durch einen festgelegten staatlichen Beitrag, der mindestens 0,15 % des BIP betragen sollte. Die Regierung wollte damit den bestehenden „Vertrag mit dem Staat“ abschaffen, der laut Milanová in der Vergangenheit mehr politische Einflussnahmen auf die Institution ermöglichte. Durch die Veränderung der Finanzierung versprach sie nicht nur größere Einnahmen, sondern auch mehr Stabilität und Unabhängigkeit für die Berichterstattung (vgl. Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky 2023).

Die Kulturministerin hat sich nicht nur auf die Medienlandschaft fokussiert. Zu ihren großen Erfolgen gehört auch die Neugestaltung der Besetzungsverfahren³⁰ für Führungspositionen in staatlichen Kulturinstitutionen. Diese Änderung brachte ein transparenteres Verfahren, das auf öffentlichen Ausschreibungen sowie öffentlichen Anhörungen der Kandidat*innen, die auf den Webseiten des Ministeriums veröffentlicht wurden, basierte. Dadurch sollten klientelistische Strukturen und informelle Besetzungspraktiken minimiert werden, und ein leistungs- und kompetenzorientierter Auswahlprozess gefördert werden (vgl. Pravda 2020a).

Im Laufe ihrer Amtszeit kam es auch zu personellen Veränderungen an der Spitze einzelner Kulturinstitutionen. Diese Entscheidungen standen jedoch in Zusammenhang mit konkreten Problemen oder Vorfällen. So wurde nach seinen Aussagen³¹ auf einer Konferenz in Budapest im Oktober 2022 Matej Drlička von seiner Position als Generaldirektor des SND abberufen. Im Nationalen Kulturzentrum (NOC) wurde Michal Bartók als Direktor abberufen. Als Grund dafür nannte Milanová die negativen Ergebnisse des Audits, das sich auf das Finanzmanagement und die Transparenz der Prozesse fokussierte, sowie die Tatsache, dass Bartók als Nominierter von Ľubica Lašáková aus keinem transparenten Verfahren hervorging (vgl. Denník N, 2022; Pravda, 2020b).

Infolge der Ernennung einer Übergangsregierung unter der Leitung von Ľudovít Ódor wurde im Jahr 2023 Natália Milanová durch Silvia Hroncová ersetzt (vgl. Prezidentka Slovenskej republiky 2023). Aufgrund der kurzen Dauer ihres Mandats wird in dieser Arbeit auf diese Phase nicht näher eingegangen.

Das Jahr 2023 brachte erneut eine neue Kulturministerin hervor. Zur Kulturministerin wurde Martina Šimkovičová ernannt. Eine Kandidatin der SNS, die wegen rassistischer Äußerungen³²

³⁰ Die Neugestaltung der Besetzungsverfahren wurde durch das Gesetz Nr. 103/2022 Z.z. zur Änderung des Gesetzes Nr. 189/2015 Z.z. über kulturelle Bildungsarbeit eingeführt. Abrufbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2022-103>

³¹ Drlička äußerte sich während der Konferenz „Kultur und Politik“ in Budapest über Politiker mit den Worten, dass diese „unglücklicherweise noch immer atmen“. Vgl. Pravda, kul, Odvolaný generálny riaditeľ SND Matej Drlička má silnú medzinárodnú podporu. Mehr dazu: <https://kultura.pravda.sk/divadlo/clanok/645878-odvolany-generalny-riaditel-snd-matej-drlicka-ma-silnu-medzinarodnu-podporu/>

³² Die Ministerin verlor im Jahr 2015 ihre Stelle bei TV Markíza, nachdem sie propagandistische Materialien verbreitet hatte, die gegen Geflüchtete gerichtet waren. Vgl. Pravda, Čo má Šimkovičová proti utečencom? Drsné príspevky na

auf der Plattform Facebook vom Fernsehsender TV Markíza entlassen wurde und später Sendungen auf dem internetbasierten Portal TV Slovan moderierte, das als verschwörungsideologisch³³ eingeordnet wird.

Eine der ersten Maßnahmen nach dem Amtsantritt der Kulturministerin war die im Mai 2024 verabschiedete Änderung des Gesetzes über den FPU. Die Reform veränderte die Zusammensetzung des Rates und schränkte die Rechte der Kommission ein, so dass der Rat autonom über die Vergabe von Mitteln entscheiden kann, und die Kommission dabei nur eine beratende Funktion erfüllt.³⁴

Danach wurde im Juni 2024 die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks³⁵ verabschiedet. Die Kulturministerin Martina Šimkovičová warf dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor, hauptsächlich „Mainstream-Positionen“ darzustellen und alternative Stimmen zu marginalisieren. Aus diesem Grund wurde die bestehende Institution RTVS durch eine neue Institution STVR ersetzt (vgl. Le Monde, 2024).

Im Juli 2024 verabschiedete das Parlament eine Novelle des Gesetzes über Museen und Galerien. Diese Reform hob das von der Ministerin Milanová eingeführte transparente Besetzungsverfahren auf. Das Kulturministerium kann laut der neuen Regelung Direktor*innen direkt ohne Auswahlverfahren ernennen, und ist zur zu keinen öffentlichen Ausschreibungen und Anhörungen verpflichtet. Ebenso können diese Personen jederzeit und ohne Angabe von Gründen abberufen werden. Die Dauer der Funktion hängt somit vollständig von der Entscheidung des Kulturministeriums ab.³⁶

Kurz nach der Anpassung der Gesetzeslage erfolgte eine Welle von Abberufungen. Unter anderem wurden die Generaldirektorin des Slowakischen Technischen Museums (STM), Zuzana Šullová, sowie die Direktorin der Staatlichen Wissenschaftlichen Bibliothek (ŠVK) Darina Kožuchová abberufen. Ebenso wurde Gustáv Murín von seiner Funktion als Direktor des Slowakischen Literaturzentrums (SLC) entbunden. Weitere personelle Veränderungen betrafen die Direktorin des Internationalen Hauses der Kunst für Kinder BIBIANA, Zuzana Liptáková, sowie die Generaldirektorin der Slowakischen Nationalbibliothek (SNK), Katarína Krištofová.

Facebooku! Abrufbar unter: <https://www.cas.sk/prominenti/prominenti-domaci/co-ma-simkovicova-proti-utecencom-drsne-prispevky-na-facebooku>

³³ Die Plattform Konspiratori.sk, die sich mit der Bewertung von Inhalten internetbasierter Medienportale beschäftigt, stufte TV Slovan mit 7,7 von 10 Punkten als verschwörungstheoretisches Medium ein. Abrufbar unter: <https://konspiratori.sk/stranka/1218>

³⁴ Gesetz Nr. 169/2024 Z.z. zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes Nr. 284/2014 Z.z. über den Kunstförderungsfonds sowie zur Änderung weiterer Gesetze. Abrufbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-169>

³⁵ Gesetz Nr. 157/2024 Z.z. über die Slowakische Fernsehen und Rundfunkanstalt sowie zur Änderung weiterer Gesetze. Abrufbar unter: <https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2024/157/>

³⁶ Gesetz Nr. 168/2024 § 3a-3b Z.z. zur Änderung des Gesetzes über Museen und Galerien, Abrufbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-168>

Von dem Posten des Generaldirektors des Slowakischen Nationaltheaters (SND) wurde Branislav Drlička abberufen. Auch die Generaldirektorin der Slowakischen Nationalgalerie (SNG), Alexandra Kusá, wurde ihres Amtes enthoben (vgl. Aktuality.sk, 2026a).

Die Kunsthalle Bratislava war eine der Institutionen, die die institutionellen Veränderungen nicht überlebt haben. Zunächst wurde für die Institution kein Budget für das Jahr 2024 genehmigt, anschließend wurde die Kunsthalle Bratislava durch ihre Eingliederung in die SNG aufgelöst (vgl. Pravda, 2024a).

Die ideologische Ausrichtung des Kulturministeriums hat sich auch geändert. Die Kulturministerin erklärte, dass das Ministerium künftig keine finanziellen Mittel mehr für LGBTI+ NGOs bereitstellen wird. In Bezug auf das Thema veröffentlichte das Ministerium auf seiner offiziellen Facebook-Seite eine Umfrage, in der die Öffentlichkeit zwischen der Unterstützung von Kulturdenkmälern und der Förderung von LGBTI+ Aktivitäten wählen konnte (vgl. Klubučníková, 2024a).

Der negative Einfluss dieser Schritte lässt sich gut in folgenden V-Dem Indikatoren erkennen.

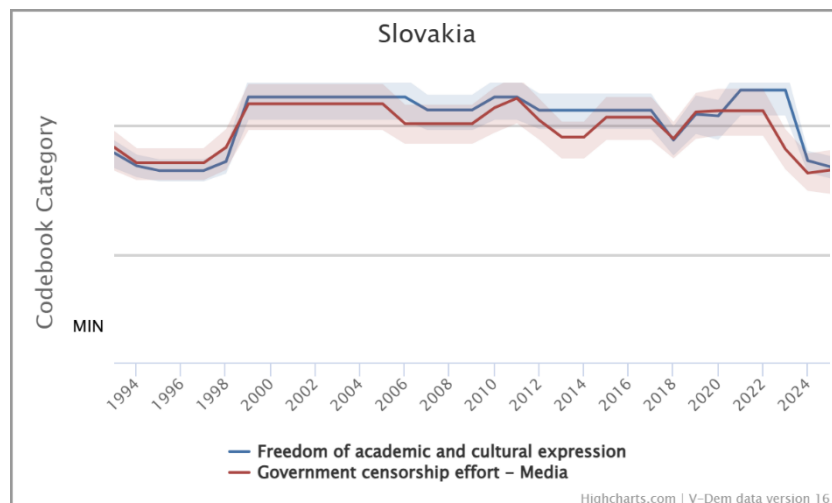


Abbildung 3: Entwicklung der akademischen und kulturellen Ausdrucksfreiheit sowie staatlicher Eingriffe in die Medien in der Slowakei 1993–2025; Quelle: V-Dem Institute (2026)

Abbildung 3 verdeutlicht, dass die akademische und kulturelle Freiheit aktuell bei etwa 0,85 liegt. Der niedrigste Wert in der Geschichte der Slowakei wurde in den 1990er-Jahren unter der Regierung Mečiar mit etwa 0,75 erreicht. Die staatliche Medienzensur befindet sich sogar auf einem schlechteren Niveau als in den 1990er-Jahren. Mit 0,81 erreichte der Wert im Jahr 2024 seinen historischen Tiefstand. Aktuell liegt der Wert bei etwa 0,88 und befindet sich immer noch unter dem Niveau der Mečiar-Ära, in der der Wert bei etwa 1,04 lag.

Die beschriebenen Entwicklungen blieben natürlich nicht ohne gesellschaftliche Reaktionen. Noch im Jahr 2023 entstand eine Petition³⁷, die den Rücktritt der Kulturministerin Martina Šimkovičová forderte und von über 189.000 Personen unterzeichnet wurde (vgl. Klobučníková, 2024b). Die Entscheidungen des Kulturministeriums wurden außerdem regelmäßig von großen Protesten begleitet. Im August 2024 versammelten sich 9.000 Personen zu einem Protestmarsch (vgl. Pravda, 2024b). Am darauffolgenden Tag fand eine weitere Demonstration statt, an der etwa 18.000 Personen teilnahmen. Beide Proteste umfassten Forderungen nach dem Rücktritt der Kulturministerin sowie weiterer Vertreter*innen des Ministeriums (vgl. Hajčáková & Terezani, 2024). Am 19. September fanden Demonstrationen in insgesamt vierzehn Städten in der Slowakei statt. Die Proteste wurden im Rahmen eines sogenannten „Kulturstreiks“ organisiert und vereinten Akteur*innen aus verschiedenen Regionen des Landes (vgl. Rehák, 2024).

Mit der Zeit entwickelte sich die gesellschaftliche Mobilisierung zu einem längerfristigen Phänomen. Seit dem Jahr 2023 gibt es immer wieder unterschiedliche Formen von Protesten, die sich gegen dem Kulturministerium richten. Dazu gehörten zum Beispiel Initiativen wie „Postavme sa za FPU!“ („Lasst uns für den Fonds zur Unterstützung der Kunst eintreten!“) oder „Slovensko stojí za kultúrou!“ („Die Slowakei steht hinter der Kultur!“) (vgl. protestuj.sk). Bei der letzten Demonstration März 2026 versammelten sich rund um 14.000 Personen zu einem Protestmarsch und forderten erneut die Abberufung der Kulturministerin Martina Šimkovičová (vgl. Orviská et al., 2026).

Trotz der anhaltenden gesellschaftlichen und politischen Kritik blieb die Position der Kulturministerin Martina Šimkovičová stabil. Auch die Versuche der Opposition, die Kulturministerin im Parlament abzuwählen, scheiterten jedes Mal. Beim ersten Versuch am 30. Oktober 2024 stimmte die Koalition, die eine Mehrheit im Parlament besitzt, gegen die Abberufung. Ein weiterer Versuch im Februar 2025 scheiterte ebenfalls, da die Koalition die Parlamentssitzung boykottierte (vgl. TA3, 2025b; HN Online, 2024).

Wie am Anfang des Kapitels erwähnt, zeigen die Entwicklungen ab dem Jahr 2018, dass sich die slowakische Kulturlandschaft von einem marginalisierten Bereich zu einem zentralen Konfliktfeld entwickelte. Wie diese Veränderungen konkret analysiert werden, wird im nächsten Kapitel dargestellt.

³⁷ Vgl. „Otvorená výzva na odstúpenie ministerky Martiny Šimkovičovej“, Online-Petition mit 189.379 Unterschriften. Verfügbar unter: https://www.peticie.com/otvorena_vyzva_na_odstupenie_ministerky_martiny_inkoviovej

5. Methodik

Im folgenden Kapitel werden die methodischen Grundlagen sowie analytische Vorgehensweisen, die dazu verwendet wurden, den democratic backsliding im Bereich der slowakischen Kulturpolitik systematisch zu untersuchen, vorgestellt.

5.1 Forschungsansatz

Die vorliegende Arbeit basiert auf einem qualitativen Forschungsansatz und ist als qualitative Einzelfallstudie konzipiert. Sie beschäftigt sich mit der Untersuchung der slowakischen Kulturpolitik als konkretem Beispiel für Prozesse des democratic backsliding. Dabei liegt der Fokus auf konkreten politischen Maßnahmen sowie auf öffentlichen Aussagen politischer Akteur*innen. Die Entscheidung, diese Arbeit als eine Einzelfallstudie zu konzipieren, ergab sich aus dem Ziel, komplexe soziale und politische Prozesse in ihrem realen Kontext zu verstehen. Wie Yin betont, ermöglicht die Fallstudie eine vertiefte Analyse eines einzelnen Falles und erlaubt es, soziale Phänomene in ihrer Gesamtheit und unter realen Bedingungen zu erfassen (vgl. Yin 2018: 36). Dieser Ansatz eignet sich somit dafür, die Dynamiken des democratic backsliding im konkreten politischen Kontext des Kulturministeriums in der Slowakei zu untersuchen.

5.2 Methodisches Vorgehen

In dieser Arbeit wird ein Mixed-Methods-Ansatz verwendet, der zwei unterschiedliche methodische Zugänge kombiniert.

Für den ersten Teil der Analyse, in dem die diskursive Dimension der Kulturpolitik untersucht wird, wird die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring als Methode angewendet. Konkret wird eine strukturierende Inhaltsanalyse verwendet. Ziel dieses Ansatzes ist es, „bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern“ und das Material anhand festgelegter Kriterien systematisch auszuwerten (Mayring 1991: 213). Diese Methode ist für die vorliegende Untersuchung besonders geeignet, da sie ermöglicht, das Material anhand theoretisch entwickelter Dimensionen auszuwerten und in einzelne Kategorien zu gliedern. Ein wichtiger Bestandteil dieses Ansatzes ist die Entwicklung klar definierter Kategorien, die durch Textbeispiele sowie eindeutige Kodierregeln ergänzt werden. Dadurch entsteht ein strukturierter Kodierleitfaden, der die Auswertung genauer und nachvollziehbar macht (vgl. Mayring 1991: 213).

In der zweiten Analysephase wird eine Analyse konkreter kulturpolitischer Maßnahmen auf Grundlage schriftlicher Quellen durchgeführt. Dabei wird der Pattern-Matching-Ansatz nach

Robert K. Yin (2018) angewendet. Dieser Ansatz gehört zu den zentralen Analysetechniken in Fallstudien und basiert auf der Logik, empirisch beobachtete Entwicklungen systematisch mit zuvor definierten theoretischen Erwartungen zu vergleichen (vgl. Yin 2018: 251). Der Ansatz eignet sich sowohl für erklärende als auch für deskriptive Fallstudien, sofern die erwarteten Muster vor der eigentlichen Analyse klar definiert wurden (vgl. Yin 2018: 251). Methodisch erfolgt die Analyse in mehreren Schritten. Zuerst werden auf Grundlage der Theorie erwartete Muster formuliert, die als analytischer Referenzrahmen dienen. Danach werden diese mit den empirischen Fällen verglichen, um Übereinstimmungen oder Abweichungen festzustellen. Abschließend werden die Ergebnisse interpretiert und im Hinblick die Theorie eingeordnet (vgl. Vargas-Bianchi 2025: 70). Die theoretisch erwarteten Muster werden in dieser Arbeit als Kategorien bezeichnet. Wie diese Kategorien gebildet wurden, wird im folgenden Abschnitt dargestellt.

5.3 Kategorienbildung

Die Kategorien wurden in dieser Arbeit deduktiv-induktiv entwickelt. Zuerst wurden auf Grundlage der theoretischen Ansätze zum democratic backsliding zentrale Kategorien identifiziert. Im nächsten Schritt wurden verschiedene Berichterstattungen zur aktuellen Kulturpolitik in der Slowakei sowie relevante Entscheidungen der Regierung analysiert und mit den bereits gebildeten Kategorien verglichen. Dabei lag der Fokus besonders auf Themen, die verstärkt medial aufgegriffen wurden. In Fällen, in denen sich bestimmte Schwerpunkte nicht eindeutig der Literatur zuordnen ließen, wurde zusätzlich weitere Literatur herangezogen. Dieses Vorgehen war vor allem für die erste Kategorie der „Manipulation und Delegitimierung im öffentlichen Diskurs“ relevant. Diese Kategorie wird in der Literatur zu democratic backsliding weniger behandelt, taucht jedoch in Ansätzen von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018) auf sowie stärker ausgearbeitet bei Stephan Haggard und Robert R. Kaufman (2021).

Die übrigen drei Kategorien „institutionelle Umstrukturierung und Governance-Eingriffe“, „personelle Politisierung kultureller Institutionen“ und „finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung“ wurden ebenfalls deduktiv-induktiv entwickelt. Auch wenn diese Kategorien in der Literatur leichter zu finden sind, wurden sie im Rahmen dieser Arbeit nicht einfach übernommen, sondern reflektiert, angepasst und weiter konkretisiert. Dabei diente vor allem das Buch „How Democracies Die“ von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018) als zentrale, aber nicht einzige Orientierung. Insgesamt wurden also vier Kategorien ausgearbeitet.

1. Manipulation und Delegitimierung im öffentlichen Diskurs

Diese Kategorie umfasst öffentliche Aussagen der Kulturministerin, die bestimmte kulturelle Praktiken, zivilgesellschaftliche, gesellschaftliche oder politische Akteur*innen abwerten oder sie als illegitim darstellen. Dabei wird besonders auf Formulierungen geachtet, die zur Polarisierung beitragen oder bestimmte Gruppen direkt als Gegner darstellen. Ebenso werden Aussagen berücksichtigt, durch die politische Positionen gerechtfertigt werden.

Folgende Kategorien werden in der zweiten Analysephase auf konkrete kulturpolitische Maßnahmen angewendet:

2. Institutionelle Umstrukturierung und Governance-Eingriffe

Diese Kategorie analysiert Maßnahmen, die die Struktur kultureller Institutionen verändern und dadurch ihre Arbeitsweise und ihre Unabhängigkeit beeinflussen. Dazu gehören zum Beispiel Änderungen von Entscheidungsprozessen oder Eingriffe in bestehende Governance-Strukturen.

3. Personelle Politisierung kultureller Institutionen

Diese Kategorie sucht nach problematischen Besetzungen wichtiger Positionen innerhalb kultureller Institutionen. Dazu gehören vor allem intransparente Ernennung und Abberufung von Leitungspersonen, sowie gezielte Besetzungen von Schlüsselpositionen mit politisch loyalen Personen.

4. Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung

Diese Kategorie fokussiert sich auf willkürliche Budgetkürzungen, Nichtvergabe von Fördermitteln oder andere Formen von finanziellem Druck auf kulturelle Akteur*innen.

5.4 Datenmaterial

Die empirische Grundlage dieser Arbeit bilden zwei unterschiedliche Datentypen.

1. Manipulation und Delegitimierung im öffentlichen Diskurs

Für die Analyse dieser Kategorie werden drei ausgewählte Videoaufnahmen der slowakischen Kulturministerin Martina Šimkovičová verwendet. Diese bilden die Grundlage für die Inhaltsanalyse und befinden sich in transkribierter Form im Anhang A. Es handelt sich dabei um folgende Materialien:

Transkript 1: Pressekonferenz des Premierministers zur Kulturpolitik anlässlich der Amtseinführung der Kulturministerin Martina Šimkovičová (06.11.2023).

Transkript 2: Stellungnahme der Kulturministerin Martina Šimkovičová zur Aufhebung des Förderprogramms 5 (21.12.2023).

Transkript 3: Stellungnahme der Kulturministerin Martina Šimkovičová zur Einstellung der Förderung von LGBTI+ Organisationen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (12.01.2024)

Bei der Auswahl wurde nur Videomaterial berücksichtigt, das über offizielle Kanäle des Kulturministeriums oder über die staatliche Nachrichtenagentur TASR veröffentlicht wurde. Persönliche Social-Media Auftritte der Kulturministerin wurden gezielt ausgeschlossen, da hier argumentiert werden kann, dass diese Inhalte nur ihre persönliche Meinung widerspiegeln. Des Weiteren sollte das Videomaterial unterschiedliche Dimensionen abdecken und nicht wiederholte Aussagen zum selben Thema beinhalten.

Für den zweiten Analyseteil wird das Datenmaterial nach den einzelnen Analysekategorien dargestellt. Dabei wird zwischen primärem und sekundärem Material unterschieden. Im Folgenden wird das Datenmaterial teilweise dargestellt. Der vollständige Überblick über alle verwendeten Quellen befindet sich im Anhang B.

2. Institutionelle Umstrukturierung und Governance-Eingriffe

In dieser Kategorie werden vor allem gesetzliche Änderungen berücksichtigt. Das primäre Material bildet die Grundlage der Analyse, während das sekundäre Material zur Kontextualisierung der institutionellen Veränderungen dient.

Primäres Material	Sekundäres Material
Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.: Zákon o RTVS...	Regierung SR (2024): Návrh zákona o STVR...
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.: Zákon o STVR...	Verfassungsgericht SR (2026): Beschluss PL. ÚS 10/2024...
Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.: Zákon o FPU...	
Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.: Novelle FPU...	

Tabelle 1 Übersicht des Datenmaterials: Institutionelle Umstrukturierung und Governance-Eingriffe Quelle: Eigene Darstellung

3. Personelle Politisierung kultureller Institutionen

In dieser Kategorie war es nicht möglich, den Entscheidungsprozess des Ministeriums nur auf Grundlage primärer Quellen zu rekonstruieren, da das Ministerium in einigen Fällen seine Schritte nur teilweise öffentlich kommunizierte. Das sekundäre Material ist hier besonders wichtig, da es hilft, Lücken in der offiziellen Kommunikation zu schließen.

Primäres Material	Sekundäres Material
STVR (2025): Novou generálnou riaditeľkou...	Transparex (2023, 2024): Obstarávateľ roka...
Kulturministerium SR (2024): Audit BIBIANA...	Auswahlprotokoll BIBIANA...
Kulturministerium SR (2024): Novou riaditeľkou Bibiany...	Čaranová (2024): Kto je nová riaditeľka...
	Močková (2024): Odvolaná riaditeľka Bibiany...
	Denník N (2025): Riaditeľka pripustila pochybenie...
	Slovak Spectator (2026): News digest...
	Council of Europe (2025): Governance Structure...
	Council of Europe (2025): STVR Halts Investigation...
	STVR (2026): Withholds Awards Ceremony...
	Rehák (2025): STVR neodvysiela...

Tabelle 2 Übersicht des Datenmaterials: Personelle Politisierung kultureller Institutionen Quelle: Eigene Darstellung

4. Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung

In dieser Kategorie werden Entscheidungen über die Vergabe öffentlicher Fördermittel sowie Eingriffe in bestehende Finanzierungsstrukturen berücksichtigt. Auch in dieser Kategorie erfolgt die Analyse in erster Linie auf Grundlage primärer Quellen. Das sekundäre Material wird ergänzend verwendet, um die identifizierten Maßnahmen zu kontextualisieren und in einen breiteren Zusammenhang einzuordnen.

Primäres Material	Sekundäres Material
SNG (2024): Vyhlásenie k presunu Kunsthalle...	Hládeková (2025): Ex-tím Kunsthalle...
Kunsthalle (2024): Stanovisko...	Pravda (2026): Zrušené zmluvy...
Rat FPU (2026): Protokoll...	Pravda (2026): Podnet na prokuratúru...

FPU (2026): Rozhodnutie... Program 1.5...	Pravda (2026): Trestné oznámenie...
FPU (2026): Rozhodnutie... Program 2.2...	TA3 (2026): Zrušenie zmlúv...
	SME (2026): Protest...
	Chlebovec (2026): Zmluvy pozastavené...
	Otvorená kultúra (2024): Správa o zlyhaniach...

Tabelle 3 Übersicht des Datenmaterials: Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung Quelle: Eigene Darstellung

5.5 Analyseverfahren

Manipulation und Delegitimierung im öffentlichen Diskurs

Im ersten Teil der Analyse wird der strukturierende Ansatz nach Philipp Mayring als Methode verwendet, der in mehreren Schritten erfolgt. Nach dem vollständigen Transkribieren des Videomaterials wurden die Transkripte mehrmals gelesen. Die Transkripte wurden Satz für Satz analysiert und relevante Textstellen wurden markiert. Die Codes, die dabei entwickelt wurden, haben sich direkt aus dem Material ergeben. Um die Daten systematisch und strukturiert auswerten und am Ende graphisch darstellen zu können, erfolgte die Kodierung mithilfe der Software MAXQDA. Folgende Kodierung hat sich aus dem Material ergeben:

Für die Entwicklung der Kategorie „historische Legitimation“ wurden Aussagen verwendet, in denen kulturpolitische Positionen durch historische Bezüge begründet oder legitimiert werden. Zum Beispiel durch den Bezug auf historische Ereignisse, Persönlichkeiten oder symbolische Dokumente, wie etwa das „Großmährische Reich“, den „König Svätopluk“ oder den „Geist der Verfassung“ (eigene Übersetzung; vgl. Fico 2023, Transkript 1, 04:28-04:51).

Die Kategorie „normative Konstruktion von Kultur“ entwickelte sich auf Grundlage von Textstellen, in denen es zu einer aktiven Definition von Kultur kommt. Dazu gehören Aussagen, die bestimmen, was zur Kultur gehört und was nicht, und wie sie aussehen soll. Typische Beispiele sind Äußerungen wie: „Die Kultur des slowakischen Volkes soll slowakisch sein, slowakisch und keine andere.“ oder „Unsere Kultur ist keine Vermischung anderer Kulturen“. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2023, Transkript 1, 09:30-10:30).

Bei der „kulturellen Exklusion“ wurden Formulierungen in Betracht gezogen, die bestimmte kulturelle Ausdrucksformen oder Praktiken aus dem Bereich der Kultur ausschließen. Zum Beispiel durch die Verneinung von kultureller Anerkennung oder durch die Einschränkung des

Zugangs zu staatlicher Förderung. Typisch sind Aussagen wie: „(...) für diese Art von Schulungen für Jugendliche, für sexualisierte Shows (...) wird das Kulturministerium kein Geld der Steuerzahler mehr ausgeben“ oder „(...) bei der Produktion von PRIDE-Veranstaltungen (...) wird das Kulturministerium sparen“ (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2024, Transkript 3, 01:59-02:22)

Im Unterschied zur Delegitimierung fokussiert sich diese Kategorie auf die konkrete oder angekündigte Einschränkung oder Ablehnung von Förderung oder Anerkennung, nicht auf die sprachliche Abwertung.

Die Kategorie der „Delegitimierung“ bezieht sich auf Aussagen, in denen bestimmte Akteusprachlich abwertend oder infrage gestellt werden. Da diese Form von Aussagen im analysierten Material am häufigsten vorkommt, wurde sie in mehrere Subkategorien unterteilt.

Die Subkategorie der „Delegitimierung gesellschaftlicher Akteur*innen“ beinhaltet Aussagen, in denen gesellschaftliche Gruppen oder Lebensweisen negativ, problematisch oder abwertend dargestellt werden. Ein Beispiel dafür ist folgende Aussage, die sich gegen progressive Menschen richtet: „Zwingen sie der slowakischen Gesellschaft nicht ihren düsteren Lebensstil auf (...)“ (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová, 2024, Transkript 3, 03:04-03:30).

Die Subkategorie der „Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Gruppen“ konzentriert sich auf Formulierungen, in denen NGOs oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen als nicht vertrauenswürdig, als voreingenommen, als antidemokratisch oder als korrupt dargestellt werden. Wie zum Beispiel in der Aussage: „Es handelte sich lediglich um eine Verschiebung von Geldern an ausgewählte Nichtregierungsorganisationen (...)“. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová, 2024, Transkript, 00:28-00:43).

Die Subkategorie der „Delegitimierung politischer Akteur*innen“ umfasst Äußerungen, die politische Akteur*innen negativ, abwertend, als korrupt, einschränkend, bevormundend oder als nicht unabhängig darstellen. Wie zum Beispiel in der Aussage, die sich auf die Partei Progressives Slowakei und ihre Wähler bezieht: „Liberales und Progressives sind Menschen, die wollen, dass alle wie sie denken, regenbogenhaft (...)“. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová, 2024, Transkript 3, 03:04-03:30)

Die Subkategorie der „Delegitimierung von Medien“ besteht aus Aussagen, die die Medien als nicht vertrauenswürdig, manipulativ oder voreingenommen darstellen. Wie zum Beispiel die Aussage: „Diese Informationen werden Sie in den sogenannten meinungsbildenden Medien sicher nicht lesen“ (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2023, Transkript 2, 00:00-00:10).

Nachdem die Kodierung aller Transkripte abgeschlossen war, wurden alle Texte mit Hilfe des Softwares MAXQDA zusammengeführt und die Ergebnisse prozentuell und graphisch

dargestellt. Durch die graphische Darstellung wurden wiederkehrende Muster im Material leichter erkennbar.

Im zweiten Teil der Analyse wird der Pattern-Matching-Ansatz nach Robert K. Yin als Methode angewendet. Um diese Methode anzuwenden, müssen zuerst erwartete Muster ausgearbeitet werden. Diese wurden auf Grundlage, der in Kapitel 2.3 entwickelten Kategorien formuliert. In der Praxis bedeutet dies, dass für jede Kategorie festgelegt wurde, wie sich die jeweiligen Phänomene laut Theorie typischerweise äußern. Danach wurden konkrete empirische Beispiele ausgewählt, die dafür geeignet waren, die erwarteten Muster sichtbar zu machen. Für die Analyse wurden in erster Linie primäre Quellen ausgewählt. In Situationen, in denen einzelne Aspekte nicht vollständig durch primäre Quellen rekonstruiert werden konnten, wurden auch sekundäre Quellen genutzt.

Institutionelle Umstrukturierung und Governance-Eingriffe

Theoretisches Erwartungsmuster:

Auf Grundlage der Literatur wird erwartet, dass institutionelle Reformen dazu genutzt werden, bestehende Kontrollmechanismen zu schwächen und die Funktionsweise von Institutionen zu verändern (vgl. Huq & Ginsburg 2018; Levitsky & Ziblatt 2018).

Fall 1: Transformation von RTVS zu STVR

Fall 2: Reform des FPU

Personelle Politisierung kultureller Institutionen

Theoretisches Erwartungsmuster:

Die Literatur geht davon aus, dass politische Einflussnahme durch die gezielte Besetzung von Schlüsselpositionen erfolgt, wodurch die institutionelle Unabhängigkeit geschwächt wird (vgl. Huq & Ginsburg 2018).

Fall 1: Wechsel der Direktorin von BIBIANA

Fall 2: Besetzung von Schlüsselpositionen im STVR

Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung

Theoretisches Erwartungsmuster:

Es wird erwartet, dass finanzielle Ressourcen selektiv eingesetzt werden, um politischen Druck auszuüben oder loyale Akteure zu fördern (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018).

Fall 1: Auflösung der Kunsthalle Bratislava

Fall 2: Verteilung der Fördermittel durch den FPU

Durch den Vergleich der ausgewählten Fälle und den erwarteten Mustern wird festgestellt, ob die Empirie der Theorie zu democratic backsliding entspricht. Ziel dieser Analyse war nicht,

eine große Anzahl von Fällen zu untersuchen, sondern anhand ausgewählter Beispiele zu zeigen, ob die beobachtete Handlungslogik mit den theoretischen Erwartungen übereinstimmt.

6. Analyse

Im folgenden Abschnitt fokussiert sich die Analyse zuerst auf den diskursiven Teil und anschließend werden konkrete politische Maßnahmen betrachtet.

6.1 Manipulation und Delegitimierung im öffentlichen Diskurs

In diesem Teil wird analysiert, wie die Kulturministerin Manipulation von Informationen und Delegitimierung bestimmter Akteur*innen im öffentlichen Diskurs, als Strategien der gesellschaftlichen Polarisierung verwendet und wie dieses Verhalten mit democratic backsliding zusammenhängt.

Wie in Abbildung 4 erkennbar ist, dominieren die delegitimierenden Aussagen den Diskurs. Diese machen 54 % der kodierten Segmente aus und sind damit deutlich häufiger als die anderen Kategorien vertreten. Die normative Konstruktion von Kultur macht 20 % aus, kulturelle Exklusion 15 % und historische Legitimation 11 %.

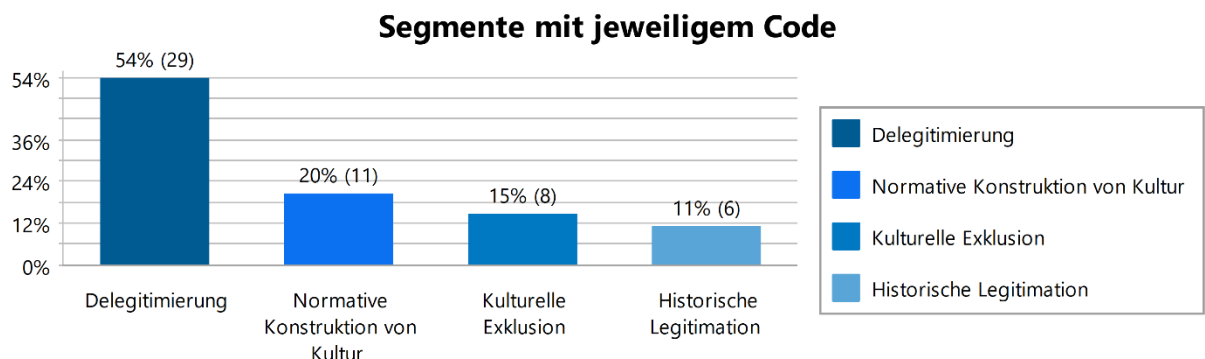


Abbildung 4: Verteilung der kodierten Segmente nach Kategorien Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der qualitativen Inhaltsanalyse mit MAXQDA

Durch eine genauere Betrachtung von Abbildung 5 wird deutlich, dass die delegitimierenden Aussagen sich am häufigsten gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen mit 34 % richten, gefolgt von gesellschaftlichen Gruppen mit 31 %, während politische Akteur*innen 24 % ausmachen und Medien mit 10 % am seltensten betroffen sind.

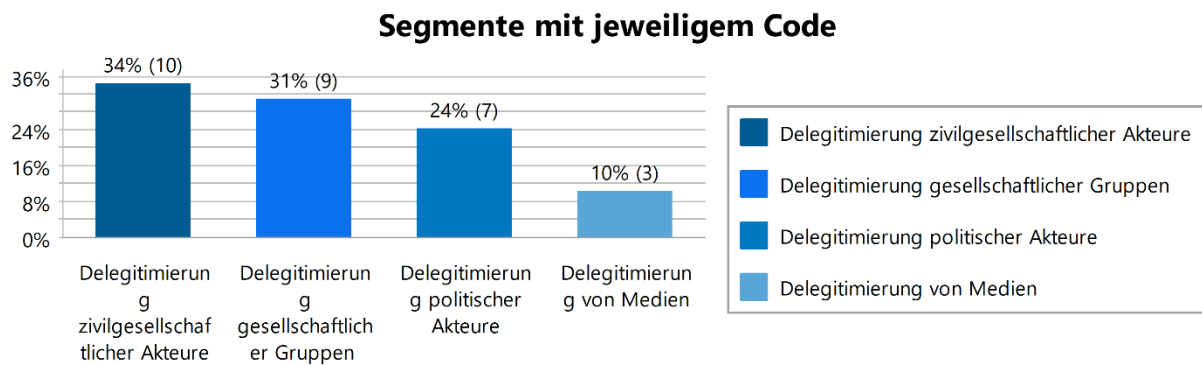


Abbildung 5: Verteilung der Delegitimierung nach Akteursgruppen Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der qualitativen Inhaltsanalyse mit MAXQDA

Bevor hier jedoch auf die am häufigsten vertretene Kategorie eingegangen wird, möchte ich in der gleichen Reihenfolge anfangen, wie die Kulturministerin ihr Mandat begonnen hat, zwar mit der Festlegung einer Norm für die Kultur.

Diese spiegelt sich in folgender Aussage wider, die aus ihrer ersten Pressekonferenz nach Amtsantritt am 06.11.2023 stammt. In dieser formuliert sie ein Verständnis von Kultur, das an die nationale Zugehörigkeit gebunden ist und sich von anderen kulturellen Einflüssen abgrenzt:

Die Kultur des slowakischen Volkes soll slowakisch sein und keine andere. Wir tolerieren andere nationale Kulturen, aber unsere Kultur ist keine Vermischung anderer Kulturen. Wenn wir als Nation mit einer eigenen Kultur anerkannt werden wollen, müssen wir unsere Traditionen, Bräuche und unsere Geschichte in den Vordergrund stellen. Die Achtung anderer Kulturen bedeutet nicht, sie mit unserer eigenen Kultur zu vermischen. Dies ist meine Vision, die Kultur auf dem slowakischen Kulturerbe aufzubauen. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2023, Transkript 1, 09:30-10:30)

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz wird diese Thematik erneut aufgegriffen:

Wenn wir als Nation mit einer eigenen Kultur anerkannt werden wollen, sollen wir unsere nationalen Persönlichkeiten, unsere Bräuche, unsere Traditionen und unsere Geschichte in den Vordergrund stellen. Dann wird uns die Welt anerkennen und sagen, dass die Slowaken eine eigene Kultur, eine eigene Geschichte haben und ein kultiviertes Volk sind, weil sie die Kulturen anderer souveräner Nationen respektieren. Die Achtung anderer Kulturen bedeutet jedoch nicht, die slowakische Kultur mit anderen zu vermischen. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2023, Anhang 1, 09:47-10:02)

In beiden Aussagen übermittelt die Kulturministerin ein klares Verständnis davon, was unter slowakischer Kultur verstanden werden soll. Die Gegenüberstellung von „eigener“ und „anderer“ Kultur vermittelt den Eindruck, dass alle kulturellen Formen, die nicht auf dem Erbe der slowakischen Nation aufgebaut sind, als nicht erwünscht gelten.

Mit anderen Worten hängt die kulturelle Anerkennung von bestimmten Bedingungen ab. Sie soll an Traditionen, Geschichte und nationale Werte gebunden sein. Dadurch vermittelt die Kulturministerin einen normativen Rahmen, der festlegt, welche kulturellen Ausdrucksformen als

legitim gelten. Beide Aussagen werden somit der Kategorie „normative Konstruktion von Kultur“ zugeordnet. Die Abgrenzung zwischen „eigener“ und „anderer“ Kultur kann auch als Teil eines Polarisierungsprozesses verstanden werden. In der Literatur wird beschrieben, dass solche „Wir-gegen-Sie“ Dynamiken zentrale Mechanismen politischer Polarisierung darstellen, die unter bestimmten Bedingungen zu democratic backsliding beitragen können (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 6).

Im folgenden Abschnitt wird sichtbar, dass die Kulturministerin nicht nur eine bestimmte Vorstellung von Kultur festlegt, sondern auch zentrale Akteur*innen im öffentlichen Diskurs infrage stellt. Dies wird in einem Videostatement auf dem offiziellen YouTube-Kanal des Kulturministeriums deutlich, in dem sie ihre Entscheidung begründet, den Förderprogrammpunkt „Förderung und Entwicklung der Medienkompetenz sowie Bekämpfung von Desinformation“ zu streichen und die vorgesehenen Mittel anderweitig zu verwenden. Das Statement beginnt mit folgender Aussage:

Ich muss feststellen, dass sie die weiteren Informationen, die ich der Öffentlichkeit jetzt zur Verfügung stelle, sicherlich nicht in den sogenannten meinungsbildenden Medien lesen werden. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2023, Transkript 2, 00:00-00:10)

In dieser Formulierung werden die sogenannten meinungsbildenden Medien als unzuverlässige Informationsquelle dargestellt. Gleichzeitig präsentiert die Kulturministerin die eigene Position als alternative und vertrauenswürdige Quelle. Dadurch entsteht eine klare Gegenüberstellung zwischen „den Medien“ und der eigenen Perspektive, die als korrigierend oder aufklärend dargestellt wird, was dazu führen kann, dass Menschen das Vertrauen in etablierte Informationsquellen verlieren und sich alternativen Quellen³⁸ zuwenden. Das kann bestehende gesellschaftliche Spaltungen verstärken und die Polarisierung fördern. Außerdem wird in der Literatur darauf hingewiesen, dass eine wiederholte Infragestellung der Medien deren Verhalten negativ beeinflussen kann. Wenn sich Medien bedroht fühlen, können sie im Versuch, die Regierung zu schwächen, von professionellen Standards abweichen (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 76). Solche Dynamiken können somit nicht nur den politischen Diskurs weiter verschärfen, sondern auch zu problematischen oder sogar antidemokratischen Handlungen führen.

Im weiteren Verlauf richtet sich die Argumentation verstärkt gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen:

Diese Informationen bestätigen, dass die Entscheidung, den Förderprogrammpunkt (...) zu streichen und 300.000 Euro (...) zu verwenden, nicht nur richtig, sondern auch gerechtfertigt war. Es handelte

³⁸ Mit alternativen Quellen sind in diesem Zusammenhang vor allem Online-Medien und Kommunikationskanäle gemeint, in denen Informationen häufig ohne klare Quellenangaben oder Überprüfung der Richtigkeit verbreitet werden und die sich oft auf emotionalisierende oder sensationelle Inhalte konzentrieren. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Kulturministerin selbst in der Vergangenheit ein solches Medium moderiert hat.

sich lediglich um eine Umverteilung von Mitteln (...) an ausgewählte Nichtregierungsorganisationen unter der Kontrolle von Personen aus Progressiven Slowakei für vorwahlpolitische Aktivitäten. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2023, Transkript 2, 00:10-00:37)

In dieser Aussage werden zivilgesellschaftliche Organisationen, die im Rahmen dieses Förderprogramms Mittel erhalten haben sollen, als politisch gesteuert dargestellt und mit vorwahlpolitischen Aktivitäten in Verbindung gebracht. Dadurch entsteht der Eindruck, dass diese nicht unabhängig handeln, sondern Teil eines politischen Netzwerks sind. Besonders problematisch ist dabei die implizite Unterstellung, dass die bereitgestellten Mittel nicht für den ursprünglichen Zweck, sondern für andere politische Aktivitäten genutzt werden sollten. Die eigene Position wird hier als legitim dargestellt, da angeblich undemokratisches Verhalten aufgedeckt worden sein soll, während andere Akteur*innen delegitimiert werden.

Im weiteren Verlauf erklärt die Kulturministerin, wie die Fördermittel vergeben wurden, die ihrer Darstellung nach missbräuchlich verwendet wurden, und äußert dabei konkrete Vorwürfe gegenüber einzelnen Personen:

Die frühere Leitung des Ressorts hat entgegen den internen Vorschriften gezielt fünf Personen außerhalb des Kulturressorts in die sogenannte Bewertungskommission nominiert, darunter beispielsweise Herrn Jakub Goda, der im Büro der Präsidentin Čaputová tätig ist. Und nicht zufällig hat eine von der Präsidentin unterstützte Organisation 27.700 Euro erhalten, die ihr von der Kommission ohne Zögern zuerkannt wurden. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2023, Transkript 2, 00:54-01:27)

In dieser Aussage werden konkrete politische Akteure und NGOs miteinander in Verbindung gebracht, wodurch der Eindruck entsteht, dass der Auswahlprozess nicht neutral, sondern politisch beeinflusst war und dass diese Beziehungen eine entscheidende Rolle bei der Vergabe von Fördermitteln spielten. Diese Behauptung erfolgt jedoch ohne klare empirische Belege. Die öffentlich zugänglichen Informationen des Kulturministeriums zur Zusammensetzung der Bewertungskommission³⁹ sowie zu den Auswahlkriterien der Ausschreibungen⁴⁰ deuten auf formalisierte und fachlich begründete Entscheidungsprozesse hin. Durch die Betonung einzelner Verbindungen und das gezielte Weglassen von Kontextteilen erscheinen nicht nur zivilgesellschaftliche Organisationen, sondern auch das gesamte Förderprogramm als politisch gesteuert.

Im weiteren Verlauf ihres Statements nennt die Kulturministerin mehrere Organisationen, die ihrer Darstellung nach Fördermittel erhalten haben:

27.700 Euro erhielt die Organisation „Post Bellum“ (...). Auch „Živica“ erhielt fast 8.000 Euro, ebenso wie das „Institut für gut verwaltete Gesellschaft“ (...). Erfolgreich waren auch die NGO

³⁹ Die Zusammensetzung der Bewertungskommission sowie die fachliche Begründung ihrer Eignung wurden im Rahmen der Ausschreibung auf der Website des Ministeriums für Kultur der Slowakischen Republik veröffentlicht. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Nominierung der Kommission rechtswidrig war. Mehr dazu unter: https://www.culture.gov.sk/wp-content/uploads/2023/08/Komisia_Program_5.pdf

⁴⁰ Der Bewertungsbogen, der die Kriterien und den Ablauf der Mittelvergabe dokumentiert, ist ebenfalls öffentlich zugänglich auf der Website des Ministeriums für Kultur der Slowakischen Republik. Mehr dazu: https://www.culture.gov.sk/wp-content/uploads/2023/08/Priloha_HH_program_5.pdf

„SYTEV“ sowie das „Zentrum für Gemeinschaftsorganisation“ (...) (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2023, Transkript 2, 01:10–02:30)

Die konkrete Nennung von Organisationen und Geldbeträgen erzeugt den Eindruck, dass diese Mittel tatsächlich vergeben wurden. Die öffentlich zugänglichen Informationen des Kulturministeriums belegen jedoch, dass diese Beträge zwar beantragt, aber nicht bewilligt wurden. Zudem ist eine der genannten Organisationen in den offiziellen Listen gar nicht aufgeführt.⁴¹ Es wird somit durch eine selektive Darstellung von Informationen ein bestimmtes Bild erzeugt, das nicht vollständig mit den verfügbaren Daten übereinstimmt. Dadurch werden zivilgesellschaftliche Organisationen, als politisch motivierte Akteur*innen, die das staatliche Budget missbrauchen dargestellt und öffentlich delegitimiert. Dies passt in die Argumentation von Levitsky & Ziblatt (2018) die darauf hinweisen, dass politische Akteur*innen, besonders demagogische Führungspersonen, ihre Kritiker oder Personen, die nicht in ihr Bild passen, oft als Feinde, Verräter oder Korrupte darstellen (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 75).

Die zweitgrößte Gruppe, die delegitimierenden Aussagen ausgesetzt ist, sind gesellschaftliche Akteur*innen. Diese zeigen sich in Verbindung mit einem konkreten Projekt, dem internationalen Jugendprojekt „Dragtivism“, das im Rahmen des Erasmus+ Programms der EU finanziert wird und im Jahr 2024 in der slowakischen Stadt Košice stattgefunden hat. Am 12. Januar 2024 veröffentlichte die Kulturministerin auf dem offiziellen YouTube-Kanal des Kulturministeriums ein weiteres Videostatement mit dem Titel: „LGBTI+ Nichtregierungsorganisationen werden vom Kulturministerium keinen Cent mehr erhalten“. In diesem Statement sagt sie:

(...) Jungen in Make-up und Frauenkleidung, die vor Publikum eine sexualisierte Show aufführen (...) Mädchen tun dasselbe. Das wird als Drag-Workshop bezeichnet. (...) Es soll angeblich Kunst sein, die meist in Bars aufgeführt wird. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2024, Transkript 3, 00:04–00:22)

In dieser Aussage werden Jugendliche und sexualisierte Inhalte miteinander in Verbindung gebracht, wodurch bewusst Empörung hervorgerufen werden soll. Drag wird nicht als komplexe Kunstform dargestellt, sondern auf einen sexuellen Aspekt reduziert, wodurch der Eindruck entsteht, dass Jugendliche durch solche Inhalte gefährdet sind.

Darauf aufbauend führt die Kulturministerin weiter aus:

Vielleicht würde ich eine solche Aktion, die mir gegen den Strich ist, ohne Beachtung übergehen, jedoch hat sich gezeigt, dass an dem Projekt auch eine slowakische LGBTI-NGO Sapling teilnimmt, die im vergangenen Jahr eine Förderung aus dem Kulturministerium erhalten hat. (...) 10.000 €, 1.000 €, dann 8.000 und 5.000 €, (...) zwei finanzielle Tranchen zusammen in der Höhe von 336.000€. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová, 2024, Transkript 3, 00:40–01:02)

⁴¹ Die genannten Organisationen haben im Jahr 2023 Fördermittel im Rahmen des Programms „5.2 Förderung der Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation“ beantragt, diese jedoch nicht erhalten, siehe Kulturministerium der Slowakischen Republik: Schema der Anträge und Auszahlungen. Verfügbar unter: <https://ds.culture.gov.sk/Default.aspx#9f447087-2c9a-428f-b72a-b24d1369476c;30e1f64d-913a-7888-15f6-18530857c3b8>

Bereits die Formulierung, dass das Projekt der Ministerin „gegen den Strich geht“, stellt eine klare ablehnende Bewertung dar. Durch die Nennung konkreter Geldbeträge entsteht der Eindruck, dass hohe Summen für ein jugendgefährdendes Projekt verwendet wurden.

Ähnlich wie in den vorherigen Aussagen zur Finanzierung des „Programms zu Förderung der Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation“ zeigen sich auch hier Unstimmigkeiten zwischen der dargestellten und der tatsächlichen Situation. Die NGO Saplinq bestätigte, dass es sich bei der genannten Summe von 336.000 € nicht um eine projektbezogene Einzelförderung handelt, sondern um eine mehrjährige Finanzierung im Rahmen eines europäischen Programms, das verschiedene Aktivitäten umfasst. Zudem wurde das Projekt Dragtivism, wie bereits am Anfang erwähnt, laut Angaben der Organisation durch die österreichische Nationalagentur des Erasmus+ Programms finanziert und nicht durch die Slowakische Republik.⁴² Zusätzlich wird durch den Verweis auf die finanzielle Situation der Stadt Košice auch ein Bild von Knappheit und Krise erzeugt:

Mich würde interessieren, was die Einwohner von Košice zur Unterstützung dieser Nichtregierungsorganisation sagen. Die Stadt Košice hat ihr 5.000 Euro zur Verfügung gestellt, obwohl sie bereits am 1. Dezember aufgrund eines akuten Finanzmangels offiziell in den Krisenmodus eingetreten ist (...). (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2024, Transkript 3, 01:02-01:20)

Durch den Vergleich eines als problematisch dargestellten Projekts mit der angespannten finanziellen Lage der Stadt Košice erzeugt die Kulturministerin ein weiteres emotionales Argument, das den Eindruck einer ungerechten Verteilung staatlicher Mittel verstärkt.

Die Delegitimierung beschränkt sich dabei nicht nur auf die LGBTI-Community. Sie wird auf ein breiteres Spektrum gesellschaftlicher Akteur*innen ausgeweitet. Dies wird besonders im Schlussteil des Statements deutlich:

Immer mehr zeigt sich, dass die gegenwärtigen Liberalen und Progressiven meist Menschen sind, die wollen, dass alle so denken und handeln wie sie, regenbogenhaft (...). Drängen sie der slowakischen Gesellschaft nicht ihren düsteren Lebensstil auf. Und wenn sich Menschen mit einer anderen Meinung widersetzen, versuchen Sie nicht, sie einzuschüchtern oder sie zu ihrer Sicht der Welt und Moral zu zwingen. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová, 2024, Transkript 3, 03:04-03:30)

In diesem Ausschnitt werden „Liberalen und Progressive“ als eine Gruppe dargestellt, die ihre Lebensweise der gesamten Gesellschaft aufzwingen möchte. Generell wird in beiden Aussagen versucht, bestimmte gesellschaftliche Gruppen als potenzielle Bedrohung für die Gesellschaft sowie für den Staatshaushalt darzustellen. In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass solche

⁴² Für die Medien erklärte Róbert Furiel, Vertreter der NGO Saplinq, dass sich die Summe von 336 000 Euro, auf die im Rahmen der Akkreditierung im Programm des Europäischen Solidaritätskorps gewährte Vorfinanzierung für eine festgelegte Anzahl von Aktivitäten bzw. Freiwilligenprojekten in den Jahren 2024 und 2025 bezog. Mehr dazu: <https://www.sme.sk/kultura/c/sef-organizacie-saplinq-aj-napriek-utokom-ministerky-kultury-vydrzime-a-nie-sme-jedini>

Darstellungen von Bedrohung politische Einstellungen in der Gesellschaft beeinflussen können. Levitsky & Ziblatt (2018) argumentieren, dass „citizens are more likely to tolerate - and even support - authoritarian measures during security crises, especially when they fear for their own safety“ (Levitsky & Ziblatt 2018: 94). Solche Argumentationsmuster können daher nicht nur zur weiteren Polarisierung beitragen, sondern auch in konkrete, möglicherweise antidemokratische Handlungen übergehen.

Im nächsten Schritt wird deutlich, dass auch Elemente kultureller Exklusion in den Aussagen der Kulturministerin erkennbar sind. Diese treten zwar seltener auf, sind jedoch klar identifizierbar. Zwei Beispiele dafür finden sich im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Projekt, in den die Kulturministerin erklärt:

(...) für diese Art der Schulung von Jugendlichen, für eine sexualisierte LGBTI-Show, die von einer Nichtregierungsorganisation organisiert wird, wird das Kulturministerium keine Steuergelder mehr ausgeben. Damit dies im Voraus bekannt ist. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2024, Transkript 3, 01:59-02:22)

Vielleicht wird diese Art von in Anführungszeichen Kunst auch ohne staatliche Subventionen überleben. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2024, Anhang 3, 02:24-02:30)

Diese Form der Argumentation kann als kulturelle Exklusion interpretiert werden, da bestimmte Gruppen und ihre Ausdrucksformen gezielt von öffentlicher Unterstützung ausgeschlossen werden. Diese Form des Ausschlusses kann im Zusammenhang mit Strategien in Verbindung gebracht werden, die eingesetzt werden, um kritische Akteur*innen wie Künstler*innen oder Intellektuelle, die von der staatlichen Finanzierung abhängig sind, zu schwächen (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 86).

Im letzten Schritt lassen sich auch Elemente historischer Legitimation in den Aussagen der Kulturministerin erkennen. Ein Beispiel dafür sind folgende Aussagen:

Kultur ist das Handeln einer Nation. Die heutige Kultur ist das Ergebnis des Charakters der Nation in den vergangenen Jahren. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2024, Transkript 1, 09:04-09:12)

Wenn wir als Nation mit einer eigenen Kultur anerkannt werden wollen, stellen wir unsere nationalen Persönlichkeiten, unsere Bräuche, unsere Traditionen und unsere Geschichte in den Vordergrund. (eigene Übersetzung; vgl. Šimkovičová 2024, Transkript 1, 09:47-09:55)

In diesen Aussagen wird Kultur direkt mit der Vergangenheit und der Entwicklung der Nation verbunden. Traditionen, Geschichte und nationale Persönlichkeiten sollen im Zentrum der Kultur stehen. Politische Positionen der Kulturministerin erscheinen somit als natürliche Fortsetzung der Vergangenheit.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Martina Šimkovičová in ihren Aussagen gezielt auf populistische Narrative zurückgreift. Mithilfe der Verzerrung von Informationen oder durch die

selektive Darstellung des Diskurses, erzeugt sie den Eindruck, dass bestimmte Akteur*innen nicht nur die Gesellschaft, sondern auch den Staatshaushalt und somit die demokratischen Strukturen gefährden. Durch diese Narrative schafft sie ein starkes „Wir-gegen-sie“ Denken (vgl. Martini 2024: 5), dass die Gesellschaft polarisiert. Solche Darstellungen können in konkrete Handlungen übergehen und demokratische Prinzipien schwächen oder im Extremfall auch grundlegende Rechte einschränken (vgl. Martini 2024: 5–6). Für diese Arbeit ist jedoch besonders entscheidend, dass diese Polarisierung gezielt genutzt wird, um Unterstützung für bestimmte Maßnahmen zu gewinnen (vgl. Martini 2024: 5). Welche konkreten Maßnahmen damit verbunden sind, wird in den folgenden Kapiteln näher analysiert.

6.2 Institutionelle Umstrukturierung und Governance Eingriffe

In diesem Unterkapitel werden gesetzliche und organisatorische Veränderungen betrachtet, die die Struktur und Entscheidungsprozesse innerhalb der Kulturinstitutionen betreffen. Die Analyse erfolgt anhand von zwei ausgewählten Fallbeispielen, nämlich der Transformation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (RTVS) sowie der Novellierung des Fonds zur Unterstützung der Kunst (FPU).

Am 24. April 2024 wurde im Rahmen der 29. Regierungssitzung das Gesetz zur Errichtung des Slowakischen Fernsehens und Rundfunks (STVR) beschlossen.⁴³ Dadurch wurde die bisherige Institution RTVS aufgelöst. Mit diesem Schritt endeten auch die Mandate des damaligen Generaldirektors sowie der Mitglieder des ursprünglichen Rundfunkrats.⁴⁴ Die größten Veränderungen fanden auf der Ebene der Generaldirektor*innen und des Rundfunkrats statt. Zusätzlich wurde eine Ethikkommission eingeführt. Im Rahmen der RTVS bestand der Rundfunkrat aus neun Mitgliedern. Alle Mitglieder wurden vom Parlament gewählt und abberufen und wurden aus Kandidat*innen ausgewählt, die von einem Ausschuss des Parlaments vorgeschlagen wurden. Dabei musste der Rat aus drei Expert*innen im Bereich Radio, drei Expert*innen im Bereich Fernsehen, zwei Expert*innen im Bereich Wirtschaft und einer Expert*in im Bereich Recht bestehen. Als Expert*in galt eine Person mit Hochschulabschluss, mindestens fünf Jahren Berufserfahrung und zusätzlich drei Jahren Führungserfahrung, außer im Bereich Recht.⁴⁵ Von besonderer Bedeutung waren zudem die Unvereinbarkeitsregeln. Diese Funktion war mit hochrangigen Funktionen der Exekutive, staatlichen Verwaltung und Justiz unvereinbar.

⁴³ Vláda Slovenskej republiky: Návrh zákona o Slovenskej televízii a rozhlase, 2024, verfügbar unter: <https://www.rokovan-ia.gov.sk>

⁴⁴ Vgl. Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.: Zákon o Slovenskej televízii a rozhlase a o zmene niektorých zákonov, 20. Juni 2024, verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk>

⁴⁵ Vgl. Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.: Zákon o Rozhlase a televízii Slovenska a o zmene a doplnení niektorých zákonov, 2010, § 9 Abs. 1–2, verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2010-532>

Außerdem durften die Mitglieder keine Funktionen in politischen Parteien ausüben und keine leitenden oder kontrollierenden Funktionen innerhalb der Medienbranche innehaben.⁴⁶

Im neuen Gesetz zur STVR besteht der Rat ebenfalls aus neun Mitglieder, aber die Zusammensetzung ändert sich. Vier Mitglieder werden direkt von Kulturminister*innen ernannt und abberufen, während fünf Mitglieder weiterhin vom Parlament gewählt werden. Auch die Verteilung der Expert*innen wurde verändert. Im neuen Rat ist jeweils nur noch eine Expert*in für Fernsehen, Radio, Wirtschaft und Recht vorgesehen, zusätzlich kommt eine Expert*in im Bereich Informationstechnologie dazu. Außerdem wurden die Anforderungen an die Expert*innen geändert, da keine Führungserfahrung mehr notwendig ist.⁴⁷ Durch diese Änderungen verändert sich somit die Zusammensetzung und Qualität des zentralen Entscheidungsgremiums, und die Zuständigkeit für dessen Besetzung wird teilweise von der Legislative auf die Exekutive verlagert. Was die Unvereinbarkeit von Funktionen betrifft, wurden im neuen Gesetz die bisherigen Regelungen auch verändert. Besonders auffällig ist dabei die Streichung der Funktion des Leiters des Dienstamtes eines Ministeriums sowie allgemein von Funktionen innerhalb der staatlichen Verwaltung aus den Unvereinbarkeitsbestimmungen.⁴⁸ Warum die Streichung genau dieser Position so problematisch ist, wird im Unterkapitel 6.3 erklärt.

Weiterhin veränderte sich die Zuständigkeit für die Wahl der Generaldirektor*innen. Während bei der RTVS die Generaldirektor*innen vom Parlament in öffentlicher Abstimmung auf Vorschlag eines Parlamentsausschusses gewählt wurden und die öffentliche Anhörung der Kandidat*innen live auf der Website der Nationalversammlung übertragen wurde,⁴⁹ werden im Falle der STVR die Generaldirektor*innen vom Rundfunkrat in geheimer Abstimmung gewählt. Auch die öffentliche Anhörung der Kandidat*innen wird nun vom Rundfunkrat organisiert.⁵⁰

Eine weitere Neuerung stellt die Einführung einer Ethikkommission dar. Diese fungiert als beratendes Organ des Rundfunkrats und beschäftigt sich mit der Einhaltung ethischer Standards innerhalb der Institution. Die Ethikkommission besteht aus neun Mitgliedern. Dazu gehören ein Mitglied, nominiert von registrierten Kirchen und Religionsgemeinschaften, ein Mitglied für den Bereich des Schutzes nationaler Minderheiten und ethnischer Gruppen, nominiert von

⁴⁶ Vgl. Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.: Zákon o Rozhlase a televízii Slovenska a o zmene a doplnení niektorých zákonov, 2010, § 10 Abs. 3-5, verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2010-532>

⁴⁷ Vgl. Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.: Zákon o Slovenskej televízii a rozhlase a o zmene niektorých zákonov, 20. Juni 2024, § 11 Abs. 1-4, verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2024/157/>

⁴⁸ Vgl. Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.: Zákon o Slovenskej televízii a rozhlase a o zmene niektorých zákonov, 20. Juni 2024, § 12 Abs. 3, verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2024/157/>

⁴⁹ Vgl. Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.: Zákon o Rozhlase a televízii Slovenska a o zmene a doplnení niektorých zákonov, 2010, § 17 Abs. 1, verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2010-532>

⁵⁰ Vgl. Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.: Zákon o Slovenskej televízii a rozhlase a o zmene niektorých zákonov, 20. Juni 2024, § 19 Abs. 1, verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2024/157/>

einem beratenden Organ der Regierung, ein Mitglied für den Bereich der Interessen von Menschen mit Behinderungen, nominiert vom Kommissar für Menschen mit Behinderungen, ein Mitglied, nominiert vom Slowakischen Olympischen und Sportkomitee, ein Mitglied, nominiert von landesweiten Interessenverbänden der Selbstverwaltung, ein Mitglied, nominiert von der Matica slovenská, ein Mitglied, nominiert von der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, ein Mitglied, nominiert von einer landesweit tätigen Organisation der Kinder- und Jugendverbände, sowie ein Mitglied, das die journalistische Profession repräsentiert und von einem landesweiten Selbstregulierungsorgan für journalistische Ethik nominiert wird.⁵¹

Die beschriebenen Eingriffe in die Struktur des Rundfunkrats, in die Wahl der Generaldirektor*innen, sowie die Einführung der Ethikkommission lassen sich als ein Beispiel für das verstehen, was Bermeo als schrittweise Machtausweitung der Exekutive beschreibt. Dabei erfolgt die Ausweitung nicht abrupt, sondern graduell, indem gewählte Regierungen ihre Macht ausbauen und gleichzeitig bestehende Kontrollmechanismen und Institutionen schwächen (vgl. Bermeo 2016: 10). Die Tatsache, dass ein Teil des Rundfunkrats direkt von den Kulturminister*innen ernannt wird, während das gleiche Organ dann für die Wahl der Generaldirektor*innen zuständig ist, deutet auf eine Verstärkung von Einflussmöglichkeiten hin. Im Vergleich zum vorherigen Verfahren, in dem das Parlament eine zentrale Rolle spielte, lässt sich hier keine Stärkung demokratischer Kontrolle erkennen, sondern, wie bereits angedeutet, eine Veränderung zugunsten der Exekutive. Auch die Einführung einer geheimen Abstimmung bei der Wahl der Generaldirektor*innen kann als Reduktion von Transparenz interpretiert werden. Ähnlich kritisch lässt sich die Zusammensetzung der Ethikkommission betrachten. Acht der neun Mitglieder stammen nicht aus dem Bereich des Journalismus, sondern aus Organisationen, die keine direkte Erfahrung mit journalistischer Ethik aufweisen. Dies wirft die Frage auf, ob ein solches Gremium tatsächlich in der Lage ist, professionelle journalistische Arbeit fachlich zu bewerten, oder ob es vielmehr als Instrument zur Einflussnahme auf die Inhalte dienen soll.

Die Problematik der STVR wurde auch vom Verfassungsgericht der Slowakischen Republik aufgegriffen. In seinem Beschluss vom 11. Februar 2026 setzte das Gericht das Verfahren zur Transparenz der STVR aus und legte dem Europäischen Gerichtshof mehrere Fragen vor. Dabei geht es unter anderem um die Auswahlverfahren der Generaldirektor*innen und der Mitglieder des Rundfunkrats, die Anforderungen an die Kandidat*innen, sowie um die Begründungen von Ernennungen und Abberufungen. Außerdem wird gefragt, ob die gesetzliche Ausgestaltung des Rundfunkrats die Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive ausreichend garantiert. Weitere

⁵¹ Vgl. Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.: Zákon o Slovenskej televízii a rozhlas a o zmene niektorých zákonov, 20. Juni 2024, § 21 Abs. 1 und § 22 Abs. 1–2, verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2024/157/>

Fragen betreffen die Regelungen zur Ethikkommission und die Sicherstellung redaktioneller Unabhängigkeit.⁵²

Auch im Fall des FPU lassen sich im Zuge seiner Novellierung⁵³ einige Veränderungen beobachten. Die Struktur des Fonds bestand vor der Gesetzesänderung aus einem Rat und zwei Kommissionen, nämlich der Aufsichtskommission und der Fachkommission. Diese Organe bestehen weiterhin, aber ihre Funktionen und auch die Anzahl der Mitglieder haben sich geändert. Vor der Novellierung lag die Entscheidung über die Vergabe von Fördermitteln im Wesentlichen bei der Fachkommission, während der Rat eher als formales Organ fungierte.⁵⁴ Nach der Novellierung wurde die zentrale Entscheidungsfunktion auf den Rat übertragen. Dieser entscheidet nun über die Vergabe der finanziellen Mittel, wobei die Stellungnahmen der Fachkommission nur noch eine beratende Funktion haben und für den Rat nicht verbindlich sind.⁵⁵

Auch die Anzahl der Mitglieder und die Zusammensetzung des Rates hat sich verändert. Im ursprünglichen Modell hatte der Rat neun Mitglieder. Vier Mitglieder wurden direkt vom Kulturminister*innen ernannt. Fünf weitere Mitglieder wurden von Kulturminister*innen auf Vorschlag von professionellen Organisationen aus dem Bereich Kunst, Kultur oder Kreativwirtschaft ernannt.⁵⁶ Nach der Novellierung wurde der Rat auf 13 Mitglieder erweitert. Acht Mitglieder werden nun direkt vom Kulturminister*innen ernannt. Weitere fünf Mitglieder werden weiterhin auf Vorschlag von professionellen Organisationen ernannt, darunter auch ein Mitglied auf Vorschlag von Vertreter*innen der Gemeinden und Regionen.⁵⁷

Was die Aufsichtskommission betrifft, besteht ihre Aufgabe weiterhin darin, die Tätigkeit des Fonds zu kontrollieren. Im ursprünglichen Modell hatte die Aufsichtskommission drei Mitglieder. Zwei Mitglieder wurden direkt von Kulturminister*innen ernannt und abberufen, ein weiteres Mitglied wurde auf Vorschlag der Finanzminister*innen ernannt.⁵⁸ Nach der

⁵² Ústavný súd Slovenskej republiky: Uznesenie č. PL. ÚS 10/2024; 11. Februar 2026, verfügbar unter: https://www.ustavnysud.sk/rozhodovacia_cinnost/rozhodnutia

⁵³ Vgl. Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.: Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 284/2014 Z. z. o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 2024, § 6 Abs. 3, verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-169>

⁵⁴ Vgl. Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.: Zákon o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 12. September 2014, § 17 Abs. 1-8, verfügbar unter: https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2014/284/vyhlasene_znenie.html

⁵⁵ Vgl. Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.: Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 284/2014 Z. z. o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 2024, § 6 Abs. 3, verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-169>

⁵⁶ Vgl. Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.: Zákon o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 12. September 2014, § 5 Abs. 1, verfügbar unter: https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2014/284/vyhlasene_znenie.html

⁵⁷ Vgl. Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.: Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 284/2014 Z. z. o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 2024, § 5 Abs. 1, verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-169>

⁵⁸ Vgl. Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.: Zákon o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 12. September 2014, § 10 Abs. 1, verfügbar unter: https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2014/284/vyhlasene_znenie.html

Novellierung wurde die Aufsichtskommission auf fünf Mitglieder erweitert. Zwei Mitglieder werden nun vom Rat gewählt und abberufen, während drei Mitglieder weiterhin vom Kulturminister*innen ernannt werden, darunter ein Mitglied auf Vorschlag der Finanzminister*innen.⁵⁹

Somit lässt sich sagen, dass die Exekutive durch die Ernennung von acht der dreizehn Mitglieder des Rates faktisch über dieses Organ verfügt. Die Fachkommission hatte früher eine zentrale Rolle bei der Bewertung von Förderanträgen. Im neuen Gesetz wurde ihre Funktion auf eine beratende reduziert. Ähnlich ist es bei der Aufsichtskommission. Drei ihrer Mitglieder wurden von den Kulturminister*innen ernannt. Zwei weitere wurden vom Rat bestimmt, der unter starkem Einfluss der Exekutive steht.

Diese Entwicklungen entsprechen dem von Bermeo beschriebenen Muster, wonach gewählte Regierungen schrittweise „checks on executive power“ schwächen und ihre Macht durch eine Reihe institutioneller Veränderungen ausbauen (vgl. Bermeo 2016: 10).

6.3 Personelle Politisierung kultureller Institutionen

In diesem Unterkapitel wird die personelle Politisierung kultureller Institutionen untersucht. Im Fokus stehen dabei konkrete Abberufungen und Ernennungen von Leitungspersonen.

Zu den am meisten medialisierten personellen Veränderungen gehört die Abberufung der Direktorin des internationalen Hauses der Kunst für Kinder BIBIANA. Die Direktorin Zuzana Liptáková, die aus einem regulären und transparenten Auswahlverfahren hervorging und im Jahr 2022 von einer Fachkommission als beste Kandidatin empfohlen wurde⁶⁰, wurde am 25.03.2024 aus ihrer Position abberufen. Die Öffentlichkeit erfuhr von dieser Entscheidung aus den Medien, während das Kulturministerium weder der ehemaligen Direktorin noch der Öffentlichkeit eine Begründung mitteilte. Nach eigenen Angaben wurde Liptáková zu einem Gespräch eingeladen, an dem die Kulturministerin und Lukáš Machala, Leiter des Dienstamtes des Kulturministeriums, teilnahmen. Das Gespräch dauerte laut Liptáková nur wenige Minuten. Dabei wurde ihr mitgeteilt, dass sie „mit sofortiger Wirkung nicht mehr als Leiterin der Institution tätig ist“ und dass man „nicht verpflichtet sei, den Grund für diese Entscheidung zu nennen“ (vgl. Močková, 2024).

⁵⁹ Vgl. Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.: Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 284/2014 Z. z. o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 2024, § 10 Abs. 1, verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-169>

⁶⁰ Protokoll des Auswahlverfahrens für die Position der Direktorin / des Direktors von BIBIANA, dem Internationalen Haus der Kunst für Kinder verfügbar unter: <https://www.culture.gov.sk/wp-content/uploads/2022/02/Zapisnica-z-vyberoveho-konania-na-post-R-BIBIANY-.pdf>

Bereits am folgenden Tag wurde Petra Flach vorübergehend mit der Leitung der Institution betraut. In Medienberichten wurde sie als Nachbarin und enge Vertraute⁶¹ der Ministerin beschrieben. Zur neuen Direktorin von BIBIANA wurde sie offiziell im Juli 2024 ernannt. Das Ministerium informierte, dass sie aus dem Auswahlverfahren als erfolgreichste Kandidatin hervorging. Das Auswahlverfahren fand am 19. Juli statt. Aus zwei Kandidatinnen, die sich bewarben, nahm nur eine am Auswahlverfahren teil: Petra Flach (vgl. Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky 2024a).

Kurz nach ihrer offiziellen Ernennung kam es zu weiteren personellen und institutionellen Entwicklungen. So trat der gesamte wissenschaftliche Rat der Zeitschrift Bibiana Revue zurück, die seit dreißig Jahren unter BIBIANA erscheint. Im offenen Brief begründeten die Mitglieder ihren Rücktritt damit, dass zwei Beiträge⁶² aus der Ausgabe 1-2/2024 ohne ihr Wissen und ohne ausreichende Begründung entfernt worden seien. Dieser Eingriff wurde von ihnen als politisch oder ideologisch motiviert bewertet und als Hauptgrund für die Beendigung ihrer Tätigkeit genannt. Darüber hinaus wurde dieser Schritt in dem Schreiben als eine Form der Zensur beschrieben, die nach Ansicht des Rats die Unabhängigkeit der Zeitschrift, ihre fachliche Objektivität sowie die Funktion des wissenschaftlichen Rates an sich infrage stellt.⁶³

Eine offizielle Begründung für die Abberufung der ehemaligen Direktorin wurde vom Ministerium erst mehrere Monate später im Rahmen einer Pressemitteilung auf der Homepage des Kulturministeriums zum Audit in BIBIANA öffentlich gemacht. Dabei wurde auf angebliche Unregelmäßigkeiten im Bereich der öffentlichen Beschaffung, bei der Abrechnung von Reisekosten sowie bei der finanziellen Kontrolle hingewiesen. Auch im Bereich der Arbeitsverträge wurden Probleme genannt (vgl. Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky 2024b). Der Inhalt des Audits wurde der Öffentlichkeit jedoch nicht zugänglich gemacht. Auffällig ist zudem, dass BIBIANA für das Jahr 2024 von der Organisation Transparex⁶⁴ mit dem Preis „Öffentlicher Auftraggeber des Jahres“ ausgezeichnet wurde. In diesem Zusammenhang erklärte die Kulturministerin Martina Šimkovičová:

BIBIANA ist ein Beispiel dafür, dass Fachkompetenz, systematische Arbeit und klare Werte konkrete Ergebnisse bringen. Ich schätze es sehr, dass die Institution unter der Leitung von Direktorin Petra Flach nicht nur die Kultur für Kinder weiterentwickelt, sondern auch im Bereich Transparenz und verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln als Vorbild dient. (eigene Übersetzung; Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky, Pressemitteilung vom 15. Dezember 2025a)

⁶¹ In einigen slowakischen Medien wurde Petra Flach als „Freundin aus Kittsee“ beschrieben. Vgl. z. B.: Čaranová, B. (2024, 26. März): Kto je nová riaditeľka Bibiany? Kamarátka ministerky kultúry z Kittsee, verfügbar unter: <https://www.bratislavak.sk/clanky/1826/kto-je-nova-riaditelka-bibiany-kamaratka-ministerky-kultury-z-kittsee>

⁶² Es handelte sich dabei um eine Rezension von Milena Šubrtová zum Buch Ani holka, ani kluk sowie um einen Bericht von Eva Andrejčáková über den Wettbewerb Najkrajšie knihy Slovenska 2023.

⁶³ Das vollständige Schreiben des wissenschaftlichen Rates ist verfügbar unter: <https://www.plan.art/st-art/odstupila-vedcka-rada-casopis>

⁶⁴ Transparex (2024): Obstarávateľ roka 2024, verfügbar unter <https://www.transparex.sk/hodnotenie-obstaravatelov>

Die Institution erhielt diese Auszeichnung jedoch bereits im Jahr 2023, also noch unter der vorherigen Leitung, und mit der gleichen Punktzahl wie im Jahr 2024.⁶⁵ Hier stellt sich die Frage, wie es möglich ist, dass in einem Audit, dessen Inhalt der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurde, so viele Mängel festgestellt wurden, dass die Direktorin abberufen werden musste, während BIBIANA gleichzeitig noch während ihrer Amtszeit eine Auszeichnung für Transparenz erhielt.

Weiterhin kam es unter der neuen Leitung zu weiteren Entwicklungen im Bereich des Zugangs zu Informationen. Im November 2024 stellte die Abgeordnete Kleinert eine Anfrage an BIBIANA zu einem neu geschaffenen Bereich für Marketing und Strategie, wo sie einen möglichen Interessenkonflikt vermutete. Nach ihren Angaben erhielt sie die Informationen nicht, und es wurde auch keine formale Entscheidung veröffentlicht. Sie wandte sich daraufhin an das Bezirksamt in Bratislava. Dieses stellte fest, dass Petra Flach und eine weitere Mitarbeiterin im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen das Infogesetz verstoßen haben (vgl. Denník N, 2025).

Wie Huq und Ginsburg betonen, braucht eine funktionierende Demokratie eine unabhängige und autonome Verwaltung (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 128). Im Fall von BIBIANA kann man jedoch weder von Autonomie noch von Unabhängigkeit sprechen. Die Ernennung einer der Ministerin nahestehenden Person zur vorübergehenden Direktorin und ihr späterer Erfolg im Auswahlverfahren, an dem sie als einzige Kandidatin teilnahm, können kaum als demokratischer Fortschritt betrachtet werden. Auch die nachfolgenden Entwicklungen, insbesondere die Eingriffe in die Inhalte der Zeitschrift sowie Verstöße gegen das Recht auf Zugang zu Informationen seitens der neuen Direktorin, tragen nicht zur Stärkung der Institution bei, sondern eher zu ihrer Schwächung. Zur Schwächung der Institution trug auch der Rücktritt des wissenschaftlichen Rates der Zeitschrift Bibiana Revue bei. Dadurch verlor die Institution ein unabhängiges fachliches Gremium, das die Qualität und Unabhängigkeit der Beiträge gewährleistete.

Auch im Zusammenhang mit der Transformation von RTVS zu STVR kam es zu personellen Veränderungen in zentralen Positionen. Am 1. August 2024 ernannte die Kulturministerin vier neue Mitglieder des Rates der STVR. Darunter waren Lukáš Machala, der als Leiter des Dienstamtes des Kulturministeriums tätig ist, und Peter Benčurík, der die Sektion für Kunst, Medien und Urheberrecht im Kulturministerium leitet. Ein weiteres Mitglied war Jozef Krošlák, der

⁶⁵ Transparex (2023): Obstarávatel' roka 2023, verfügbar unter <https://www.transparex.sk/hodnotenie-obstaravatelov?page=1>

früher als Sprecher⁶⁶ von Vladimír Mečiar tätig war. Laut der Pressemitteilung des Kulturministeriums hat die Kommission neunzehn Kandidat*innen angehört, die die formalen Anforderungen erfüllt haben, und danach die besten Kandidat*innen ausgewählt. Eine öffentliche Anhörung war nicht zugänglich (vgl. Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky 2024c). Der Rat wählte seine erste Leitung am 1. April 2025. Zum Vorsitzenden wurde Jozef Krošlák gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Lukáš Machala (vgl. Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky 2025b). Wie die STVR mitteilte, verstarb der Vorsitzende des Rates der STVR am 5. Juli 2025 (vgl. STVR 2025). Mit dem Tod von Jozef Krošlák gingen die Kompetenzen auf den stellvertretenden Vorsitzenden Lukáš Machala über, der den Rat der STVR faktisch leitete, bis im April 2026 schließlich Peter Benčurík vom Rat zum Vorsitzenden gewählt wurde (vgl. The Slovak Spectator 2026). In diesem Zeitraum könnte der Rat der STVR gegen seine eigene Geschäftsordnung⁶⁷ verstoßen haben. Zu einem weiteren kontroversen Verstoß kam es am 27. Februar 2026, als mehrere Mitglieder des Rates das Gremium als zu stark politisiert kritisierten. Während dieser Konfrontation ordnete Lukáš Machala an, die Kameras auszuschalten (vgl. Aktuality.sk, 2026b). Die Sitzung war somit nicht öffentlich, und eine Aufzeichnung wurde nie veröffentlicht, obwohl die Sitzungen laut Gesetz strengen Transparenz- und Veröffentlichungspflichten unterliegen.⁶⁸

Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, wurden auch die Bedingungen für die Wahl der Generaldirektor*innen geändert. Nach einer nicht öffentlichen Anhörung, die später auf der Website der STVR veröffentlicht wurde, und einer geheimen Abstimmung des Rates wurde am 12. Mai 2025 Martina Flašíková zur Generaldirektorin gewählt. Kurz davor wurde sie bereits zur Leiterin der Programmdirektion der STVR ernannt und trat diese Position am 14. April 2025 an (vgl. Tomečková, 2025).

Seit der Wahl der Generaldirektorin wird STVR wegen Eingriffe in die redaktionelle Arbeit kritisiert. Laut der Safety of Journalists Platform wurde im November 2025 eine Folge der

⁶⁶ Vgl. The Slovak Spectator (2026): „News digest: Public broadcaster gets a new watchdog. It is tied to the govt“, 29. April 2026, verfügbar unter: <https://spectator.sme.sk/politics-and-society/c/news-digest-public-broadcaster-gets-a-new-watchdog-it-is-tied-to-the-govt>

⁶⁷ Gesetz Nr. 284/2014 Z. z., § 3, das vorsieht, dass der FPU alle drei Organe haben, muss: den Rat, die Aufsichtskommission und den Direktor. Da der Vorsitz seit über neun Monaten unbesetzt war, es kann sich damit um Verstoß gegen die Regeln der ordnungsgemäßen Leitung handeln Vgl. Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.: Zákon o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 12. September 2014, § 3 Abs. 4, verfügbar unter: https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2014/284/vyhlasene_znenie.html

⁶⁸ Vgl. Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.: Zákon o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z., 12. September 2014, § 8 Abs. 4, verfügbar unter: https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2014/284/vyhlasene_znenie.html

Sendung „Reportéri“⁶⁹ kurz vor der Ausstrahlung gestoppt. Danach wurde das ganze Format bis zum Jahresende pausiert. Die Reportage behandelte kritische wirtschaftliche Aktivitäten mit Bezug zu Offshore-Firmen. Die Entscheidung soll von der Generaldirektorin Martina Flašíková getroffen worden sein und STVR begründete dies mit rechtlichen Risiken. Die Journalist*innen, die die Reportage vorbereitet haben, behaupteten jedoch, dass es keinen guten Grund für die Absetzung gab, und bezeichneten dies als Eingriff in die Meinungsfreiheit (vgl. Council of Europe Platform, 2025).

Ein weiterer Eingriff betraf die „Radio Head Awards 2026“, eine jährlich organisierte Preisverleihung des Radiosenders „Radio FM“. Während der Live-Übertragung kritisierten mehrere Jurymitglieder und Preisträger*innen die Kulturministerin Martina Šimkovičová. Die ursprünglich geplante Ausstrahlung der Aufzeichnung wurde daraufhin abgesagt. Die Leitung von STVR begründete dies mit einer Politisierung der Veranstaltung (vgl. STVR, 2026). Die Zensur setzte STVR auch bei der Preisverleihung „Slnko v sieti“ (Die Sonne im Netz) fort, die als slowakische Version der Academy Awards gilt. Der Sender zeigte die Gala wegen Kritik des Ministeriums nicht live und die Ausstrahlung der Aufzeichnung wurde ebenso abgesagt (vgl. Rehák, 2025).

In Bezug auf die Entwicklungen rund um die STVR lässt sich sagen, dass die Schwächung dieser Institution zu den schwerwiegendsten gehört. Die öffentlich-rechtliche RTVS wurde durch eine Institution ersetzt, deren demokratische Stabilität fraglich ist. Sowohl der Vorsitzende als auch der stellvertretende Vorsitzende des Rates sind hochrangige Mitarbeiter des Kulturministeriums. Zur Generaldirektorin wurde eine Person ernannt, die kurz zuvor als Programmdirektorin in die STVR berufen worden war. Das Auswahlverfahren war nicht öffentlich, und die Abstimmung erfolgte geheim. Dabei handelt es sich nicht um eine beliebige Person. Martina Flašíková ist eine ehemalige Miteigentümerin des regierungsnahen Nachrichtenportals eReport und die Tochter von Fedor Flašík, dem verstorbenen politischen Strategen der Partei SMER-SD (vgl. Council of Europe Platform 2025a). Die nachfolgenden Eingriffe in die Inhalte und die berichtete Zensur haben die Objektivität des Senders nicht gestärkt, sondern werfen vielmehr weitere Fragen auf.

⁶⁹ Es handelt sich um eine investigative und analytische journalistische Sendung. Sie konzentriert sich auf die Aufdeckung schwerwiegender gesellschaftlicher Skandale, Systemversagen, Korruption sowie auf die Geschichten gewöhnlicher Menschen.

6.4 Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung

Die Verteilung der finanziellen Ressourcen gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kulturpolitik, da dadurch die Arbeit und das Überleben kultureller Institutionen direkt beeinflusst werden kann. Eine der Organisationen, die die sogenannte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen unter der Leitung der Kulturministerin Martina Šimkovičová nicht überlebt hat, war die Kunsthalle Bratislava.

Sie wurde 2014 als Teil des Nationalen Kulturzentrums gegründet. Nach zwei Jahren wurde sie in die SNG integriert. Seit 2020 fungierte sie als eigenständige, vom Kulturministerium geförderte Organisation und konzentrierte sich auf die Präsentation verschiedener Formen zeitgenössischer Kunst (vgl. Kunsthalle Bratislava). Wie die Organisation „Otvorená Kultúra“ (Offene Kultur) angab, hat die Kunsthalle Bratislava nach dem Terroranschlag in der Zámocká-Straße⁷⁰ im Oktober 2022 den Fokus mehr auf queere Kunst und Kultur gelegt. Danach wurde sie zu einem wichtigen Treffpunkt für verschiedene queere Communities aus der Region (vgl. Otvorená kultúra 2024).

Am 16. Januar 2024 verlangte das Kulturministerium, dass die Kunsthalle ihr Programm für das Jahr 2024 vorlegt. Kurz danach entschied das Kulturministerium, sowohl ihr Programm als auch die weitere Tätigkeit nicht zu finanzieren. Als Reaktion auf diese Entscheidung trat der Direktor Jen Kratochvil zurück. Die vorübergehende Leitung übernahm Denisa Zlatá (vgl. Kunsthalle Bratislava 2024).

Erst später wurde im Zusammenhang mit der abgelehnten Finanzierung der Kunsthalle ein internes Audit erwähnt. Dieses wurde im Jahr 2022 durchgeführt, also noch in der Amtszeit von Natália Milanova. Die vorübergehende Direktorin Denisa Zlatá erklärte, dass das Audit vor allem administrative Mängel feststellte und dass mit Ausnahme von zwei Aufgaben, die bis Ende März zu erledigen waren, alle im Audit festgestellten Mängel, wie vereinbart, bis Ende Januar 2024 behoben wurden (vgl. Hládeková 2025).

Am 9. Februar 2024 bekam die Kunsthalle per E-Mail einen Beschluss, dass sie zum 31. März 2024 durch ihre Eingliederung in die SNG aufgelöst wird. Dieses Dokument wurde jedoch bereits am 19. Januar 2024 unterzeichnet, was darauf hindeutet, dass die Entscheidung getroffen wurde, bevor die im Audit festgestellten Mängel vollständig behoben wurden (vgl. Kunsthalle Bratislava 2024). Außerdem veröffentlichte die SNG bereits am 17. Januar 2024

⁷⁰ Am 12. Oktober 2022 kam es vor dem Lokal Tepláreň in der Zámocká-Straße in Bratislava zu einem terroristischen Angriff auf die LGBTI+-Community, bei dem Juraj Vankulič und Matúš Horváth, getötet wurden. Mehr dazu: https://spravy.pravda.sk/domace/clanok/726974-anketa-dva-roky-od-utoku-na-zamockej-ulici-juraj-vankulic-a-matus-horvath/#google_vignette

eine Stellungnahme zu der geplanten Eingliederung (vgl. Slovenská národná galéria 2024). Laut der Kunsthalle deutet dies darauf hin, dass die Entscheidung nicht in Verbindung mit den Ergebnissen des Audits getroffen wurde, sondern aufgrund der Ausrichtung der Institution (vgl. Kunsthalle Bratislava 2024). Durch diese Maßnahme hörte die Kunsthalle Bratislava als eigenständige Institution auf zu existieren. Ihre Räumlichkeiten gingen auf die SNG über und die Verträge der Mitarbeiter*innen wurden nicht verlängert (vgl. Kunsthalle Bratislava 2024).

Ebenso besorgniserregend sind die Eingriffe in das Budget des FPU. Am 18. März 2026 beschloss der Rat, mehrjährige Förderungen für Festivals, Zeitschriften und Kulturzentren zu beenden. Diese Entscheidung betraf zahlreiche Projekte, die bereits seit 2024 dreijährige Verträge mit dem Fonds hatten.⁷¹ Die Summe dieser Förderungen lag bei über zwei Millionen Euro. Der Vorsitzende des Rates, Matúš Ol’ha, begründete diesen Schritt damit, dass mehrjährige Förderverträge seiner Ansicht nach keine ausreichende gesetzliche Grundlage hätten und bestimmte Akteur*innen begünstigten (vgl. Pravda 2026a). Die Plattform „Otvorená kultúra“ wies darauf hin, dass obwohl die Verträge auf maximal drei Jahre abgeschlossen waren, die Mittel schrittweise ausgezahlt wurden und an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft waren. Der Rat traf diese Entscheidung unabhängig davon, ob die Projekte alle Bedingungen für die Auszahlung weiterer Fördermittel erfüllt hatten oder nicht (vgl. Otvorená kultúra 2026).

Am 26. März 2026 erklärte Ol’ha, dass die dreijährigen Verträge nur vorübergehend ausgesetzt sind und überprüft werden müssen. Falls sich bei der Kontrolle keine Fehler ergeben, könnten die betroffenen Akteur*innen Zusatzvereinbarungen zu den bestehenden Verträgen abschließen (vgl. Chlebovec 2026).

Am 31. März 2026 wandten sich betroffene Organisationen in Bezug auf den Beschluss an die Generalstaatsanwaltschaft. Ebenfalls wandten sich die Betroffenen wegen Untätigkeit und Verzögerungen auch an die Aufsichtskommission des Fonds. Die Organisationen betonten, dass trotz öffentlicher Aussagen über die Gültigkeit der Verträge keine konkreten Schritte zur Fortsetzung erfolgten (vgl. Pravda 2026b). Auch die Oppositionspartei Progresívne Slovensko (PS) erklärte, dass sie eine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauch eingereicht hat, da den Antragsteller*innen nachweislich ein Schaden entstand (vgl. Pravda 2026c).

Die laufenden Verträge sind zwar ausgesetzt, der Fonds schließt jedoch weiterhin neue Verträge ab. Zum Beispiel im Rahmen des Programms 1.5 der FPU, das sich auf die Förderung

⁷¹ Vgl. Rat des Fonds zur Unterstützung der Kunst: Protokoll der 6. Sitzung vom 18. März 2026, Punkt 7 „Mehrjährige Verträge“, Beschluss Nr. 26/2026 zur Aufhebung der sogenannten dreijährigen Verträge. Verfügbar unter: <https://www.fpu.sk/wp-content/uploads/zapisnica-6rokovanie-rady-2.pdf>

von Periodika konzentriert, die Essays, Rezensionen, Fachübersetzungen oder Reportagen aus dem Bereich Kultur und gesellschaftliches Leben veröffentlichen. So erhielt das Projekt „Hlavný denník“ (Haupttageblatt), eine Förderung in Höhe von 40.000 €. Ebenso wurde das Projekt „Hlavné správy“ (Hauptnachrichten), mit 25.000 € unterstützt. Eine Förderung von 29.000 € erhielt auch ein Projekt der Matica slovenská, „Slovenské národné noviny“ (Slowakische Nationalzeitung). In allen diesen Fällen empfahl die zuständige Fachkommission ausdrücklich, die Projekte nicht zu unterstützen, da sie keine ausreichende Reflexion von Kunst und Kultur aufweisen. Der Rat des FPU änderte jedoch diese Empfehlungen und entschied sich, die Projekte zu fördern.⁷² Es ist zu erwähnen, dass „Hlavný denník“ und „Hlavné správy“ zu den bekanntesten Desinformationsplattformen in der Slowakei zählen.⁷³ Beide Portale wurden im Jahr 2022 vom Nationalen Sicherheitsamt (NBÚ) aufgrund der Verbreitung von Desinformationen und schädlichen Inhalten vorübergehend blockiert (vgl. Aktuality 2022).

Auch im Programm 2.2 der FPU wurden Fördermittel Projekten zugewiesen, die laut Fachkommission nicht den Förderkriterien entsprechen. So erhielt das Projekt „Grimmy Dance Cup“ eine Förderung in Höhe von 10.000 €, obwohl die Fachkommission feststellte, dass es sich um Tanzsport handelt, der grundsätzlich nicht vom FPU gefördert wird. Das Projekt „Danza Mea 2026“ empfahl die Fachkommission ebenfalls nicht zu fördern, da das Projekt inhaltlich nicht in den vorgesehenen Förderbereich fällt. Dennoch wurde auch das Projekt gefördert.⁷⁴

An diesen Beispielen lässt sich erkennen, dass Akteur*innen, die nicht im Sinne der Regierung handeln, durch den Entzug oder die Nichtvergabe von Fördermitteln sanktioniert werden können (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 86–87). Ein Beispiel dafür ist die Kunsthalle Bratislava, die in diesem Sinne faktisch aufgelöst wurde. Gleichzeitig wird aber sichtbar, dass loyale Akteur*innen gezielt finanziell unterstützt werden. Die Entscheidungen des Rates des FPU verdeutlichen, dass der Rat bei der Unterstützung von loyalen Akteur*innen nicht nur gegen die Fachkommission geht, sondern seine eigenen Regeln und Ausschreibungen umgeht.

⁷² Vgl. Entscheidung des Rates des Fonds zur Unterstützung der Kunst über die Zuweisung finanzieller Mittel, Ausschreibung Nr. 1/2026, Programm Nr. 1.5. verfügbar unter: <https://www.fpu.sk/wp-content/uploads/rozhodnutie-rady-fpu-2026-1-156-10.pdf>

⁷³ Die Portale „Hlavné správy“ und „Hlavný denník“ werden auf der Website Konspiratori.sk mit einem Risikoindex von 8,5 bzw. 8,6 als Konspirationsmedien aufgelistet. Verfügbar unter: <https://konspiratori.sk/stranka/1/en> und <https://konspiratori.sk/stranka/850>

⁷⁴ Vgl. Entscheidung des Rates des Fonds zur Unterstützung der Kunst über die Zuweisung finanzieller Mittel, Ausschreibung Nr. 1/2026, Programm Nr. 2.2, verfügbar unter: <https://www.fpu.sk/wp-content/uploads/rozhodnutie-rady-2026-1-22-10.pdf>

7. Diskussion der Ergebnisse

Die Ergebnisse der qualitativen Analyse verdeutlichen, dass die Kulturministerin Martina Šimkovičová, bereits bei dem Amtsantritt eine starke Vorstellung davon hatte, wie die Kultur aussehen soll, an welche Werte sie gebunden sein soll und wer zur Kultur gehört und wer ausgeschlossen ist. Ihr Verständnis von Kultur kann jedoch nicht getrennt von ihrer persönlichen Geschichte betrachtet werden. Es ist zu betrachten, dass Šimkovičová vor ihrer Ernennung zu Kulturministerin wegen rassistischer Äußerungen ihre Stelle bei TV Markíza verlor und anschließend als Moderatorin im Konspirationsmedium TV Slovan arbeitete. Außerdem wurde sie von der Slowakischen Nationalpartei nominiert. Alleine die Tatsache, dass die Nominierung von einer Partei erfolgte, die eine lange Tradition mit nationalistischer Rhetorik und Ablehnung von Minderheiten hat, spricht für eine gewisse ideologische Ähnlichkeit.

Diese ideologische Einstellung spiegelt sich in der Art und Weise wider, wie sie kommuniziert. Sie vermittelt ihre politischen Positionen nicht neutral, sondern durch eine stark aufgeladene, oft emotionale „Wir-gegen-sie“ (Martini 2024) Rhetorik, sowie eine verzerrte Informationswiedergabe. Dabei werden politische, gesellschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen sowie Medien delegitimiert und ein normatives Bild von „richtiger“ Kultur vermittelt. Es ist wichtig zu verstehen, dass es sich hierbei um ein gezieltes Top-down-Agenda-Setting handelt. Sie verwendet ihre politische Autorität, um Themen zu kontrollieren, denen sie Aufmerksamkeit schenken möchte. Der Diskurs entsteht somit nicht organisch, sondern wird von oben politisch gesteuert. So ein Verhalten ist für demokratische Abläufe sehr problematisch, denn eine liberale Demokratie funktioniert nur, wenn alle Bürger*innen Zugang zu denselben, echten Informationen haben. Wenn die Kulturministerin die Informationen absichtlich manipuliert, verliert die Demokratie ihre Grundlage (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 130-131).

Die Analyse zeigt außerdem, dass solche polarisierenden Strategien eine vorbereitende Funktion haben. Durch die selektive oder verzerrte Informationswiedergabe werden gezielt Gefühle von Krise, Bedrohung und Knappheit erzeugt. Solche Darstellungen beeinflussen die Meinung der Gesellschaft und können dazu beitragen, dass die Kulturministerin ihre Entscheidungen leichter rechtfertigen kann. Diese Annahme wird auch durch Levitsky und Ziblatt (2018) bestätigt. Sie argumentieren, dass Bürger*innen in Krisensituationen, in denen sie Angst um ihre Sicherheit haben, dazu bereit sind, autoritäre Maßnahmen zu akzeptieren oder sogar zu unterstützen (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 94).

Democratic backsliding entsteht jedoch nicht nur durch politische Rhetorik, sondern durch konkrete politische Handlungen, die bestehende Kontrollmechanismen schwächen und die Gewaltenteilung untergraben (vgl. Haggard & Kaufman 2021: 40).

Die institutionellen Veränderungen, die in Zusammenhang mit der Transformation von RTVS zu STVR zustande kamen, verdeutlichen, dass der demokratische Rückschritt nicht durch die Abschaffung der RTVS entstand, sondern durch ihre Umgestaltung zu STVR. Die formale Ausrichtung der Institution änderte sich nicht, was sich jedoch grundlegend änderte, ist die Struktur und Arbeitsweise auf der obersten Ebene.

In der neuen STVR wurden die Strukturen so verändert, dass die Generaldirektor*innen geheim von einem Rat gewählt werden, dessen vier Mitglieder direkt von den Kulturminister*innen ernannt werden. Da mehrere staatliche Funktionen aus der Unvereinbarkeitsregelung gestrichen wurden, werden die Positionen des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden derzeit von hochrangigen Beamten des Kulturministeriums ausgeübt. Außerdem soll der Inhalt der Berichterstattung durch die neu eingeführte Ethikkommission kontrolliert werden. Die Einführung eines zusätzlichen Kontrollorgans kann auf den ersten Blick wie ein Schritt zur Erhöhung der Qualität der Demokratie aussehen, aber angesichts der Qualität der Zusammensetzung der Kommission ist dem nicht so. Ein einziges Mitglied dieser Kommission kommt aus dem Bereich des Journalismus. Den restlichen acht Mitgliedern, die beispielsweise aus dem Bereich der Religion oder des Sports stammen, fehlt der fachliche Bezug zur journalistischen Ethik.

Auch die Änderungen im FPU haben eine ähnliche Handschrift. Die Entscheidung über die Vergabe von Förderungen liegt jetzt komplett beim Rat der Fonds, dessen acht von dreizehn Mitgliedern zukünftig von den Kulturminister*innen ernannt werden. Die Fachkommission, die die Qualität und Zulässigkeit der Anträge geprüft hat, ist zu einem komplett überflüssigen Gremium geworden, da der Rat ihre Empfehlungen und Bewertungen nicht beachten muss. Kontrolliert wird die Tätigkeit des Rates durch einen Aufsichtsrat, der aus fünf Mitgliedern besteht. Zwei davon wählt der Rat selbst, drei bestimmen die Kulturminister*innen.

So gesehen kommt es zu keinen radikalen Brüchen und es entsteht der Eindruck der Kontinuität. In Wirklichkeit wurden jedoch bestehende Strukturen angepasst, sodass das Kulturministerium immer mehr Macht bekommt. Levitsky & Ziblatt (2018) beschreiben solche Strategien als „Veränderung der grundlegenden Spielregeln“, bei der Regierungen ihre Macht nicht nur sichern, sondern auch die institutionellen Rahmenbedingungen zu ihrem Vorteil verändern (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 87).

Democratic Backsliding kommt auch durch personelle Eingriffe in zentrale Positionen des Kulturministeriums zustande. Die Analyse belegt, dass nicht nur der Prozess des Wechsels an sich, sondern auch die Folgen des Wechsels die demokratischen Strukturen der Institutionen geschwächt haben.

Im Fall von BIBIANA haben wir gesehen, dass die fachliche Kompetenz nicht der Hauptanspruch des Kulturministeriums für die Besetzung der Führungspositionen der Kulturinstitutionen ist. Die Direktorin, die aus einem ordentlichen Auswahlverfahren hervorging, wurde abberufen. Anschließend gewann Petra Flach, eine enge Freundin der Kulturministerin, ein Auswahlverfahren, an dem sie als einzige Kandidatin teilgenommen hat. Aber nicht nur der Prozess der Neubesetzung war problematisch, sondern auch die Handlungen der neuen Direktorin innerhalb der Institution. Durch ihre Eingriffe in den Inhalt der Zeitschrift Bibiana Revue, trat die Fachkommission der Zeitschrift zurück, was zur Schwächung der Institution beitrug, da sie ein unabhängiges Organ verlor, das die Wissenschaftlichkeit und Qualität der Beiträge garantierte.

Auch die Besetzung von Positionen in der STVR blieb nicht von gezielten Eingriffen des Kulturministeriums verschont. Die Ernennung von Lukáš Machala, der gleichzeitig die Funktion des Leiters des Dienstamtes des Kulturministeriums ausübt, und von Peter Benčurík, der die Sektion für Kunst, Medien und Urheberrecht im Kulturministerium leitet, zu Mitgliedern des Rates war ein klarer Schritt zur Verstärkung der Kontrolle über die STVR. Der Rat, der unter Einfluss hochrangiger Beamter des Kulturministeriums stand, wählte anschließend unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Tochter des verstorbenen politischen Strategen der SMER-SD, Fedor Flašík, Martina Flašíková zur Direktorin der STVR. Und genau wie im Fall von BIBIANA sind nicht nur die Besetzungen selbst problematisch, sondern auch die Tatsache, wie diese die Unparteilichkeit und Pluralität beeinträchtigen, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen bieten sollte.

Sowohl die Leitung von BIBIANA als auch die von STVR greifen in Inhalte ein, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen, und untergraben damit die Funktionsweise der Demokratie, die auf eine unabhängige und autonome Verwaltung angewiesen ist (vgl. Huq & Ginsburg 2018: 128).

Nicht zuletzt ist auch die finanzielle Steuerung im Kulturministerium zu einem Instrument des democratic backsliding geworden. Aus der Analyse geht hervor, dass die Verteilung der finanziellen Ressourcen zu einem mächtigen Instrument des Kulturministeriums geworden ist. Wie Levitsky und Ziblatt betonen, können Regierungen Akteur*innen, die nicht im Sinne der Regierung handeln, durch den Entzug oder die Nichtvergabe von Fördermitteln unter Druck setzen (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 86–87). Genau in diesem Sinne handelte das

Kulturministerium seit 2023 mehrmals. Die Kunsthalle Bratislava wurde wegen des nicht genehmigten Budgets zu einer praktisch nichtexistierenden Institution. Sie wurde zwar mit der SNG zusammengelegt, was auch den Eindruck erwecken kann, dass sie unter der SNG fortbestehen kann, aber da sie sowohl die rechtliche als auch die organisatorische Eigenständigkeit verlor, ist sie eigentlich erloschen. Auch den Antragsteller*innen auf Fördermittel, die mehrjährige Verträge mit dem FPU abgeschlossen hatten, wurden diese Verträge ohne triftige Erklärung gekündigt. Jedoch können wir aber beobachten, dass Projekte und Akteur*innen, die ideologisch dem Kulturministerium nahestehen, wie zum Beispiel „Hlavný denník“ oder „Hlavné správy“ finanzielle Unterstützung aus dem FPU bekamen, ohne dass die Bedingungen für die Vergabe dieser Mittel erfüllt worden waren. Mit dem Ziel, loyale oder passende Akteur*innen zu unterstützen, umgeht der Rat nicht nur die Fachkommission, sondern auch seine eigenen Regeln, indem er Gelder nicht nur an fragwürdige Institutionen, sondern auch an Projekte vergibt, die gar nicht in die entsprechenden Programme gehören.

8. Schlussfolgerung

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und im Hinblick auf die Forschungsfrage interpretiert.

8.1 Zusammenfassung und Beantwortung der Forschungsfrage

Die vorliegende Arbeit zeigt, dass sich in den seit 2023 vom slowakischen Kulturministerium umgesetzten legislativen und institutionellen Veränderungen Merkmale von democratic backsliding auf allen untersuchten Ebenen identifizieren lassen.

Ministerin Martina Šimkovičová verwendet seit ihrem Amtsantritt eine polarisierende „Wir-gegen-sie“-Rhetorik (Martini 2024). Zur Kontrolle des Diskurses nutzt sie ein Top-down-Agenda-Setting, wodurch sie einerseits beeinflusst, welcher Diskurs entsteht, und andererseits Informationen verzerrt, sowie irreführende Darstellungen über Akteur*innen verbreitet. Dadurch polarisiert sie die Gesellschaft und delegitimiert zivilgesellschaftliche, gesellschaftliche und politische Akteur*innen sowie die Medien. Diese Taktik dient als Vorbereitung zur Unterstützung ihrer Entscheidungen und erleichtert deren Begründung und Legitimierung.

Durch direkte Eingriffe in Institutionen und deren Strukturen zeigte sich democratic backsliding sowohl in der Analyse der Gesetze zur Transformation der RTVS zur STVR als auch in der Reform des FPU, die die Governance-Strukturen der Institutionen so veränderten, dass das Kulturministerium ihre Tätigkeit vollständig kontrollieren kann.

Die Schwächung der Autonomie von Institutionen durch personelle Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Institutionen bestätigte sich sowohl im Fall der neu ernannten Direktorin von BIBIANA als auch bei den personellen Veränderungen im Rat der STVR sowie auf der Ebene der Generaldirektorin. Ebenso lässt sich democratic backsliding in den finanziellen Entscheidungen und im finanziellen Druck des Kulturministeriums beobachten, der dazu führte, dass die Kunsthalle Bratislava praktisch aufgelöst wurde. Der FPU kündigte alle gültigen Verträge mit Antragsteller*innen, die mehrjährige Verträge abgeschlossen hatten, fand jedoch ausreichend finanzielle Mittel zur Unterstützung loyaler Projekte wie „Hlavné správy“ oder „Hlavný denník“. Bei dieser Entscheidung setzte sich der Rat über die Empfehlung der Fachkommission hinweg und umging zugleich seine eigenen Regeln, da diese Projekte die Kriterien für die Gewährung einer Förderung nicht erfüllten.

Was für die Beantwortung der Forschungsfrage ebenfalls entscheidend ist, ist der Anspruch, den Wolkenstein an die Erklärung von democratic backsliding stellt. Dabei geht es darum zu erklären, warum diese Veränderungen als democratic backsliding gelten, und nicht nur isoliert zu behaupten, dass sie es sind. Ebenso müssen diese Veränderungen im spezifischen Kontext erkannt werden und nicht ausschließlich durch eine westliche Linse der Demokratie betrachtet werden (vgl. Wolkenstein 2023: 4).

Die Slowakei hat eine eigene politische Entwicklungsgeschichte und der Grad der demokratischen Konsolidierung kann nicht mit westlichen Demokratien verglichen werden. Jedoch war der Bereich der Kultur noch nie mit so vielen negativen Veränderungen belastet, wie seitdem die Kulturministerin Martina Šimkovičová ihr Amt ausübt. Auch wenn es während der Amtszeit der Kulturministerin Ľubica Laššáková zu einigen Veränderungen kam, die ideologisch motiviert waren, waren diese Eingriffe temporär und in einer viel kleineren Ausmaß als die, die heutzutage stattfinden. Die darauffolgende Ministerin Natália Milanová hat dafür gesorgt, dass die demokratischen Verfahren und Kontrollmechanismen wieder gestärkt wurden, und hat die Eingriffe der Ministerin korrigiert. Diese Mechanismen werden jedoch seit 2023 kontinuierlich abgebaut, geschwächt und negativ verändert, was eindeutig zeigt, dass es sich um einen backsliding handelt, der in manchen Bereichen sogar das Niveau der Zeiten des Mečiarismus erreicht.

8.2 Limitationen und Ausblick

Wie jede wissenschaftliche Arbeit hat auch diese einige Grenzen. Da es sich um eine Fallstudie handelt, die einen bestimmten zeitlichen Rahmen des Kulturbereichs untersucht, können nur Aussagen getroffen werden, die den jetzigen Zustand und nur den untersuchten Bereich

betreffen. Eine Generalisierbarkeit ist nicht möglich, was auch nicht Anspruch dieser Arbeit war. Und da die Entwicklungen nicht abgeschlossen sind, bleibt offen, ob wir von einer langfristigen Veränderung oder einer temporären sprechen und wozu diese Entwicklungen führen werden.

Die Auswahl der Methoden bringt auch kleine Einschränkungen mit sich. Auch wenn die Auswertung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring auf definierten Kategorien basiert, lässt sich ein gewisser subjektiver Interpretationsspielraum nicht vollständig vermeiden. Genauso lässt sich bei dem Pattern-Matching-Ansatz nach Robert K. Yin in der Verbindung zwischen erwarteten Mustern und den empirisch beobachteten Beispielen dieser Spielraum nicht vermeiden.

Was die zukünftige Forschung betrifft, bietet sich die Frage an, warum diese Entwicklungen generell so spät stattgefunden haben, wenn es in Ungarn bereits seit 2010 und in Polen seit etwa 2015 ähnliche Veränderungen in mehreren politischen Bereichen zu beobachten waren. Es wäre interessant zu erforschen, welche Mechanismen diese Entwicklung aufgehalten oder nicht zugelassen haben. Wenn schon von Ungarn und Polen gesprochen wurde, wäre interessant, die Entwicklungen mit den zwei Ländern zu vergleichen, um zu erfahren, ob es landspezifische Unterschiede gibt oder ob es sich um die gleichen politischen Muster handelt. Zivilgesellschaft hat bei der Entwicklung der Lage in der Slowakei eine große Rolle gespielt. Wir haben gesehen, dass manche Gesetze wegen gesellschaftlichem Druck und der Einbeziehung der EU sogar zurückgenommen wurden. Aus diesem Grund wäre es interessant zu erfahren, welche Auswirkungen der Widerstand tatsächlich hatte.

Literaturverzeichnis

Wissenschaftliche Literatur

- Bermeo, N. (2016). On democratic backsliding. *Journal of Democracy*, 27(1), 5–19.
- Bútorová, Z., & Bútora, M. (2019). The pendulum swing of Slovakia's democracy. *Social Research: An International Quarterly*, 86(1), 83–112. <https://doi.org/10.1353/sor.2019.0005>
- Coppedge, M., Gerring, J., Lindberg, S. I., Teorell, J., Altman, D., Bernhard, M., et al. (2023). *Varieties of Democracy (V-Dem) Project: Codebook v13*. University of Gothenburg.
- Csanyi, P. (2025). Challenges of the Slovak government in 2025. In *Ekonomické, politické a právne otázky medzinárodných vzťahov 2025 (Konferenzzband)*.
- Čufar, K., & Hawlina, H. (2024). Weaponizing culture: The role of illiberal cultural policy in Slovenia's democratic backsliding. *Politics and Governance*.
- Francistyová, B., & Višňovský, J. (2023). Journalism in Slovakia five years after the murder. *Media Literacy and Academic Research*, 6(2). <https://doi.org/10.34135/mlar-23-02-07>
- Haggard, S., & Kaufman, R. R. (2021). *Backsliding: Democratic regress in the contemporary world*. Cambridge University Press.
- Haughton, T., Cutts, D., & Rybář, M. (2025). A narrow path to victory: Robert Fico, Smer-SD, and the 2023 elections in Slovakia. *East European Politics and Societies*. <https://doi.org/10.1177/08883254251324191>
- Huq, A. Z., & Ginsburg, T. (2018). How to lose a constitutional democracy. *UCLA Law Review*, 65, 78–169.
- Kopeček, L. (2006). *Demokracie, diktatury a politické stranictví na Slovensku*. Brno.
- Kopeček, L. (2007). *Politické strany na Slovensku 1989 až 2006*. Brno.
- Leška, V. (2006). *Slovensko 1993–2004: Léta obav a nadějí*. Praha.
- Levitsky, S., & Ziblatt, D. (2018). *How democracies die*. Crown Publishing Group.
- Lorenz, A., & Dalberg, D. (Hrsg.). (2023). *Das politische System der Slowakei: Konstante Kurswechsel in der Mitte Europas*. Springer.
- Lührmann, A. & Lindberg, S. I. (2019). A third wave of autocratization is here: what is new about it? *Democratization*, 26(7), 1095–1113.
- Maerz, S. F., Lührmann, A., Hellmeier, S., Grahn, S., & Lindberg, S. I. (2020). State of the world 2019: Autocratization surges – resistance grows. *Democratization*, 27(6), 909–927. <https://doi.org/10.1080/13510347.2020.1758670>
- Malová, D., & Dolný, B. (2021). Slowakei: Zwischen nationalem Populismus und liberaler Demokratie. In G. Verheugen, K. Vodička & M. Brusis (Hrsg.), *Demokratie im*

- postkommunistischen EU-Raum (S. 145–159). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33131-3_10
- Martini, P. (2024). Autokratisierung: Spielarten, Mechanismen und begünstigende Faktoren. Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Mayring, P. (1991). Qualitative Inhaltsanalyse. In U. Flick, E. v. Kardoff, H. Keupp, L. v. Rosenstiel & S. Wolff (Hrsg.), *Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen* (S. 209–213). Beltz Psychologie Verlags Union. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssao-37278>
- Mesežnikov, G. (2010). Parlamentné voľby na Slovensku 2010. https://www.ivo.sk/buxus/docs/publicistika/subor/mesez_boell_29_6_10.pdf
- Mesežnikov, G. (2012). Fico zvíťazil so založenými rukami. https://www.ivo.sk/buxus/docs/publicistika/subor/Mesez_HN_14_3_12.pdf
- Mesežnikov, G. (2020). Neliberálna regresia demokracie. <https://dspace.uzhnu.edu.ua>
- Mesežnikov, G. (2024). 2023 early parliamentary elections in Slovakia. *Südosteuropa Mitteilungen*, 1, 21–34.
- Michalič, S. (1997). Od petičnej akcie cez zmarenie k rozhodnutiu prokurátora.
- Mudde, C. (2020). Populismus in Europa: Von den Rändern zum Mainstream. *Totalitarismus und Demokratie*, 17(1), 13–34. <https://doi.org/10.13109/tode.2020.17.1.13>
- Müller, J.-W. (2016). *What Is Populism?* Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- O'Donnell, G. A. (1973). *Modernization and bureaucratic-authoritarianism: Studies in South American politics*.
- Priebe, S. (2024). Robert Fico and his politics of revenge. <https://ceeol.com>
- Radó, P., & Mikola, B. (2025). When illiberals govern: Educational and cultural policies in Hungary and Poland. *Politics and Governance*.
- Révészová, Z. (2018). The resurgence in cultural policy in Slovakia in the era of an overall austerity.
- Rhodes, M. (2001). Slovakia after Mečiar: A midterm report. *Problems of Post-Communism*, 48(4), 3–13. <https://doi.org/10.1080/10758216.2001.11655938>
- Rybář, M. (2014). Protestné udalosti v kontexte parlamentných volieb 2012.
- Rybář, M., & Spáč, P. (2016). The March 2016 parliamentary elections in Slovakia. *Electoral Studies*, 45, 153–156. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2016.10.010>
- Schneider, E. (1997). *Quo vadis, Slowakei?* Köln.
- Schumpeter, J. A. (1942). *Capitalism, socialism and democracy*. Harper & Brothers.

- Scott, J. W. (2021). Post-millennial Visegrád geopolitics. *Deturope*, 13(2), 13–33. <https://doi.org/10.32725/det.2021.010>
- Školokay, A. (2019). What does the murder of a journalist, and follow-up events, tell us about freedom of the press and politics in a European country? *Central European Journal of Communication*, 12(1), 24–40. [https://doi.org/10.19195/1899-5101.12.1\(22\).2](https://doi.org/10.19195/1899-5101.12.1(22).2)
- Vargas-Bianchi, L. (2025). Pattern matching analysis: Overview of its rationale and application in qualitative research. *Methodological Innovations*, 18(1), 66–75. <https://doi.org/10.1177/20597991251325451>
- Waldner, D., & Lust, E. (2018). Unwelcome change: Understanding democratic backsliding. *Annual Review of Political Science*, 21, 93–113. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-050517-114628>
- Yin, R. K. (2018). *Case study research and applications: Design and methods* (6. Aufl.). SAGE Publications.
- Offizielle und sonstige Quellen**
- Changenet. (2018). Vyhlásenie občianskeho sektora a nezávislých kultúrnych centier k vymenovaniu Ľubice Laššákovej na post ministerky kultúry. Verfügbar unter: <http://www.changenet.sk/?section=kampane&x=954332> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Council of Europe Platform for the Safety of Journalists. (2025a). Governance and Funding Structure of STVR Undermines Public Service Media Independence. Alert No. 177/2025. (Zugriff am: 15.05.2026).
- Council of Europe Platform for the Safety of Journalists. (2025b). STVR Halts Reportéri Investigation and Suspends Programme. Alert No. 277/2025. Verfügbar unter: <https://fom.coe.int/en/alerte/detail/107643237> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Daňko, Ľ. (2025). Sušková novela pomohla mafii. Zastavme korupciu. Verfügbar unter: <https://zastavmekorupciu.sk/nezaradene/suskova-novela-pomohla-mafii/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Denel, F. (2002). The national cultural policy of the Slovak Republic: Report of a group of European experts (CDCULT-BU(2003)2B). Council of Europe. Verfügbar unter: <https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=090000168069641a> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Europäische Kommission. (2024). 2024 Rule of Law Report: Country Chapter on the rule of law situation in Slovakia. Commission Staff Working Document. Verfügbar unter: <https://commission.europa.eu/document/download/b4b142ba-2515-49fa-9693->

[30737384264e_en?filename=56_1_58083_coun_chap_slovakia_en.pdf](#) (Zugriff am: 15.05.2026).

Europäische Kommission. (2025). 2025 Rule of Law Report: Country Chapter on the rule of law situation in Slovakia. Commission Staff Working Document. Verfügbar unter: https://commission.europa.eu/document/download/44d5d5ba-27d1-4797-b412-83ad2cc4cb57_en?filename=29_1_63964_coun_chap_slovakia_en.pdf (Zugriff am: 15.05.2026).

European Whistleblowing Institute (EWI) (2026): Government retreat marks important victory for whistleblower protection in Slovakia. Verfügbar unter: <https://www.ewi.legal/blog/government-retreat-marks-important-victory-for-whistleblower-protections-in-slovakia> (Zugriff am: 15.05.2026).

Fond na podporu umenia (FPU). (2026a). Rozhodnutie rady Fondu na podporu umenia o pridelení finančných prostriedkov, výzva č. 1/2026, program č. 1.5. Verfügbar unter: <https://www.fpu.sk/wp-content/uploads/rozhodnutie-rady-fpu-2026-1-156-10.pdf> (Zugriff am: 15.05.2026).

Fond na podporu umenia (FPU). (2026b). Rozhodnutie rady Fondu na podporu umenia o pridelení finančných prostriedkov, výzva č. 1/2026, program č. 2.2. Verfügbar unter: <https://www.fpu.sk/wp-content/uploads/rozhodnutie-rady-2026-1-22-10.pdf> (Zugriff am: 15.05.2026).

Freedom House. (2021). Factsheet: Russia's NGO Laws. (Zugriff am: 15.05.2026).
Gesetz Nr. 40/2024 Z. z. (2024). Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 300/2005 Z. z. (Trestný zákon) a o zmene a doplnení niektorých zákonov. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-40> (Zugriff am: 15.05.2026).

Gesetz Nr. 103/2022 Z. z. (2022). Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 189/2015 Z. z. o kultúrno-osvetovej činnosti. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2022-103> (Zugriff am: 15.05.2026).

Gesetz Nr. 157/2024 Z. z. (2024). Zákon o Slovenskej televízii a rozhlas a o zmene niektorých zákonov. Verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2024/157/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Gesetz Nr. 166/2024 Z. z. (2024). Zákon o niektorých opatreniach na zlepšenie bezpečnostnej situácie v Slovenskej republike. Verfügbar unter: <https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2024/166/20240715.html> (Zugriff am: 15.05.2026).

Gesetz Nr. 168/2024 Z. z. (2024). Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 206/2009 Z. z. o múzeách a galériách a o ochrane predmetov kultúrnej hodnoty a o zmene zákona

- Slovenskej národnej rady č. 372/1990 Zb. o priestupkoch v znení neskorších predpisov. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-168> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Gesetz Nr. 169/2024 Z. z. (2024). Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 284/2014 Z. z. o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2024-169> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Gesetz Nr. 242/2023 Z. z. (2023). Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 532/2010 Z. z. o Rozhlase a televízii Slovenska a o zmene a doplnení ďalších zákonov. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2023-242/znenie-20230701> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Gesetz Nr. 264/2022 Z. z. (2022). Zákon o mediálnych službách a o zmene a doplnení niektorých zákonov. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2022-264> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Gesetz Nr. 265/2022 Z. z. (2022). Zákon o publikáciách a o registri v oblasti médií a audiovizie a o zmene a doplnení niektorých zákonov. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2022-265> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Gesetz Nr. 284/2014 Z. z. (2014). Zákon o Fonde na podporu umenia a o zmene a doplnení zákona č. 434/2010 Z. z. Verfügbar unter: https://www.slov-lex.sk/ezbierky/pravne-predpisy/SK/ZZ/2014/284/vyhlasene_znenie.html (Zugriff am: 15.05.2026).
- Gesetz Nr. 530/2023 Z. z. (2023). Zákon, ktorým sa menia a dopĺňajú niektoré zákony v súvislosti so zlepšením stavu verejných financií. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2023-530/znenie-20240101> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Gesetz Nr. 532/2010 Z. z. (2010). Zákon o Rozhlase a televízii Slovenska a o zmene a doplnení niektorých zákonov. Verfügbar unter: <https://www.epi.sk/zz/2010-532> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Hládeková, K. (2025). Ex-tím Kunsthalle: Začalo sa to nami, kedy to skončí? Artalk. Verfügbar unter: <https://artalk.info/news/ex-tim-kunsthalle-zacalo-to-nami-kedy-to-skonci> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Human Rights Watch. (1996). World Report 1996 – The Slovak Republic. Verfügbar unter: <https://www.refworld.org/reference/annualreport/hrw/1996/en/22582> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Human Rights Watch. (1998). World Report 1998 – Slovakia. Verfügbar unter: <https://www.refworld.org/reference/annualreport/hrw/1998/22707> (Zugriff am: 15.05.2026).

- Kancelária prezidenta Slovenskej republiky. (2024). Mimoriadne vystúpenie v NR SR k zmenám v trestnom práve. Verfügbar unter: <https://www.prezident.sk/article/mimoriadne-vystupenie-v-nr-sr-k-zmenam-v-trestnom-prave/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Kancelária prezidenta Slovenskej republiky. (2025). Prezident SR vetoval zákon o zrušení Úradu na ochranu oznamovateľov. Verfügbar unter: <https://www.prezident.sk/article/prezident-sr-vetoval-zakon-o-zruseni-uradu-na-ochranu-oznamovatelov/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Kunsthalle Bratislava. (2024). Stanovisko 16/01/24 & 05/03/24. Verfügbar unter: <https://kunsthallebratislava.sk/program/7571/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2014). Stratégia rozvoja kultúry Slovenskej republiky na roky 2014 – 2020. Bratislava: Ministerstvo kultúry SR. Verfügbar unter: https://strategiakultury.sk/wp-content/uploads/2023/02/STRATEGIA_ROZVOJA_KULTURY_SR_NA_ROKY_2014-2020.pdf (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2019). Projekt „Folklór – duša Slovenska“ prináša podporu folklórnych aktivít za 1,5 milióna eur. (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2022). Zápisnica z výberového konania na pozíciu riaditeľ/a/riaditeľky BIBIANY, medzinárodného domu umenia pre deti (MK-2831/2022-903/11189). Verfügbar unter: <https://www.culture.gov.sk/wp-content/uploads/2022/02/Zapisnica-z-vyberoveho-konania-na-post-R-BIBIANY-.pdf> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2023). RTVS dostane od štátu desiatky miliónov eur navyše. Verfügbar unter: <https://www.culture.gov.sk/ministerstvo/medialny-servis/aktuality-ministerstva-kultury/rts-dostane-od-statu-desiatky-milionov-eur-navyse/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky (2024a): Novou riaditeľkou Bibiany sa stala Petra Flach, 19.07.2024, verfügbar unter: <https://www.culture.gov.sk/ministerstvo/medialny-servis/aktuality-ministerstva-kultury/novou-riaditelkou-bibiany-> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2024b). Audit v Medzinárodnom dome umenia pre deti BIBIANA odhalil závažné pochybenia. Pressemitteilung vom 18. November 2024. Verfügbar unter: <https://www.culture.gov.sk/ministerstvo/medialny-servis/aktuality-ministerstva-kultury/audit-v-medzinarodnom-dome-umenia-pre-deti-bibiana-odhalil-zavazne-pochybenia/> (Zugriff am: 15.05.2026).

- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2024c). Ministerka kultúry vymenovala štyroch členov Rady STVR. Pressemitteilung vom 2. August 2024. Verfügbar unter: <https://www.culture.gov.sk/ministerstvo/medialny-servis/aktuality-ministerstva-kultury/ministerka-kultury-vymenovala-styroch-clenov-rady-stvr/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2025a). Ministerstvo kultúry SR oceňuje úspech BIBIANY v súťaži Zodpovedný obstarávateľ 2024. Pressemitteilung vom 15. Dezember 2025. Verfügbar unter: <https://www.culture.gov.sk/ministerstvo/medialny-servis/aktuality-ministerstva-kultury/ministerstvo-kultury-sr-ocenuje-uspech-bibiany-v-sutazi-zodpovedny-obstaravatel-2024/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2025b). Rada STVR je od dnes kompletná a funkčná. Pressemitteilung vom 2. April 2025. Verfügbar unter: <https://www.culture.gov.sk/ministerstvo/medialny-servis/aktuality-ministerstva-kultury/rada-stvr-je-od-dnes-kompletna-a-funkcna/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Otvorená Kultúra & Kultúrny štrajk. (2024). Správa o zlyhaniach rezortu kultúry pod vedením ministerky kultúry SR Martiny Šimkovičovej a generálneho tajomníka služobného úradu MK SR Lukáša Machalu. Verfügbar unter: https://kulturnystrajk.sk/storage/SPRAVA_O_ZLYHANIACH_REZORTU_KULTURY.pdf (Zugriff am: 15.05.2026).
- Parlamentné listy. (2016). Vládne koalície a vlády v ére samostatného Slovenska. Verfügbar unter: <https://www.parlamentnelisty.sk/spravy/162447/vladne-koalicie-a-vlady-v-ere-samostatneho-slovenska/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Prezidentka Slovenskej republiky. (2023). Prezidentka vymenovala novú vládu odborníkov. Verfügbar unter: <https://www.prezident.sk/article/prezidentka-vymenovala-novu-vladu-odbornikov/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Protestuj.sk. (2026). Zoznam protestov a verejných zhromaždení. Verfügbar unter: https://www.protestuj.sk/protesty?city_filter=Bratislava&time_filter=past (Zugriff am: 15.05.2026).
- Rada Fondu na podporu umenia. (2026). Zápisnica zo 6. rokovania rady zo dňa 18. marca 2026, bod č. 7 „Viacročné zmluvy“, uznesenie č. 26/2026. Verfügbar unter: <https://www.fpu.sk/wp-content/uploads/zapisnica-6rokovanie-rady-2.pdf> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Slovenská národná galéria. (2024). Vyhlásenie k presunu Kunsthalle Bratislava pod SNG. Verfügbar unter: <https://sng.sk/sk/sng-bratislava/aktuality/vyhlasenie-k-presunu-kunsthalle-pod-sng> (Zugriff am: 15.05.2026).

- Transparency International Slovensko. (2025). Koalícia odignorovala prezidenta. Zrušením úradu so Slovenskom hazarduje. Verfügar unter: <https://transparency.sk/sk/koalicia-odignorovala-prezidenta-zrusenim-uradu-so-slovenskom-hazarduje/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Transparency International Slovensko. (2025a). Prezident sa pridál k ťaženiu proti mimovlád- kam. Verfügar unter: <https://transparency.sk/sk/prezident-sa-pridal-k-tazeniui-proti-mimovladkam/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- U.S. Department of State. (2000). 1999 Country Reports on Human Rights Practices: Slovak Republic. Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor. Verfügar unter: https://1997-2001.state.gov/global/human_rights/1999_hrp_report/slovak.html (Zugriff am: 15.05.2026)
- Ústavný súd Slovenskej republiky. (2024). Nález vo veci PL. ÚS 3/2024 (novela Trestného zákona), tlačová správa č. 33/2024 zo dňa 19. júla 2024. Verfügar unter: https://www.ustavnysud.sk/aktualne-informacie/aktuality/-/asset_publisher/B99toBHZi1uA/content/%C3%9Astavn%C3%BD-s%C3%A1d-zverejnil-n%C3%A1lez-novely-trestn%C3%A9ho-z%C3%A1kona- (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ústavný súd Slovenskej republiky (2025): *Zákon, ktorý novelizuje právnu úpravu mimo- vládných organizácií, je v rozpore s ústavou*. Tlačová správa č. 55/2025. Verfügar unter: https://www.ustavnysud.sk/aktualne-informacie/aktuality/-/asset_publisher/B99toBHZi1uA/content/z%C3%A1kon-ktor%C3%BD-novelizuje-pr%C3%A1vnu-%C3%BApravu-mimovl%C3%A1dných-organiz%C3%A1ci%C3%AD-je-v-rozpore-s-%C3%BAstavou (Zugriff am: 15.05.2026).
- Venedig-Kommission. (2025). Opinion on Law No. 109/2025 amending the Law on non-profit organisations providing services of general interest and other related laws (Slovak Republic). Council of Europe. Verfügar unter: [https://www.venice.coe.int/web-forms/documents/default.aspx?pdf=C3%BD-AD\(2025\)041-e](https://www.venice.coe.int/web-forms/documents/default.aspx?pdf=C3%BD-AD(2025)041-e) (Zugriff am: 15.05.2026).
- Venedig-Kommission. (2025a). Urgent Opinion on the draft amendments to the Constitution (Slovak Republic). Council of Europe. Verfügar unter: [https://www.venice.coe.int/web-forms/documents/default.aspx?pdf=C3%BD-AD\(2025\)040-e](https://www.venice.coe.int/web-forms/documents/default.aspx?pdf=C3%BD-AD(2025)040-e) (Zugriff am: 15.05.2026).
- VIA IURIS. (2025). Výzva pre prezidenta: Nepodpíšte ruský zákon proti aktívnym ľuďom. Verfügar unter: <https://viaiuris.sk/aktuality/vyzva-pre-prezidenta-nepodpiste-rusky-zakon-proti-aktivnym-ludom/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Vláda Slovenskej republiky. (1995). Programové vyhlásenie vlády Slovenskej republiky. Bratislava. Verfügar unter: https://www.vlada.gov.sk/site/assets/files/2439/pvvvr_1994-1998.pdf (Zugriff am: 15.05.2026).

Vláda Slovenskej republiky. (1998). Programové vyhlásenie vlády Slovenskej republiky na obdobie rokov 1998 – 2002. Verfügar unter: https://www.vlada.gov.sk/site/assets/files/2439/pvvvr_1998-2002.pdf?csrt=6851129712940857601 (Zugriff am: 15.05.2026).

Zastavme korupciu. (2008). Konanie Roberta Fica v emisnej kauze. Verfügar unter: <https://zastavmekorupciu.sk/kauzy/konanie-roberta-fica-v-emisnej-kauze/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Medienberichte

Aktuality.sk (2022): Národný bezpečnostný úrad zablokoval štyri internetové stránky. <https://www.aktuality.sk/clanok/wGCLjvn/narodny-bezpecnostny-urad-zablokoval-styri-internetove-stranky/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Aktuality.sk. (2026a). Kamarátky, kandidáti a straníci v kultúre. Ministerka Martina Šimkovičová nahrádza skúsených riaditeľov lojalistami. Verfügar unter: <https://www.aktuality.sk/clanok/MUTTfEy/kamaratky-kandidati-a-stranici-v-kulture-ministerka-simkovicova-nahradza-skusenych-riaditelov-lojalistami/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Aktuality.sk. (2026b). Obmedzuje Rada STVR verejnosť? Lukáš Machala nariadil vypnúť kamery po výmene názorov, záznam nesprístupnili. Verfügar unter: <https://www.aktuality.sk/clanok/dMj8oWa/lukas-machala-nechal-vypnut-prenos-z-rady-stvr-podla-analytika-porusuje-vlastne-pravidla/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Čaranová, B. (2024). Kto je nová riaditeľka Bibiany? Kamarátka ministerky kultúry z Kittsee. Bratislavak. Verfügar unter: <https://www.bratislavak.sk/clanky/1826/kto-je-nova-riaditelka-bibiany-kamaratka-ministerky-kultury-z-kittsee> (Zugriff am: 15.05.2026).

Denník N. (2019). Laššáková plní sľuby o kultúre v regiónoch, myslí tým zatiaľ len kroje a folklór. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/1418299/ministerka-kultury-lassakova-naplna-svoje-prisluby-o-kulture-v-regionoch-zatial-tym-mysli-iba-na-kroje-a-folklor/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Denník N. (2022). Prečo ministerka kultúry odvolala riaditeľa SND. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Denník N. (2025). Riaditeľka Bibiany Petra Flach pripustila pochybenie. Minúta po minúte. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/minuta/4754252/> (Zugriff am: 15.05.2026).

- Der Standard. (2017). „Democracy Dies in Darkness“: Neues Motto für die „Washington Post“. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000053074007/democracy-dies-in-darkness-neues-motto-fuer-die-washington-post> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Dudoň, M. (2024). Šéf organizácie Sapliňq: Keď dáte dokopy LGBTI+ ľudí plus peniaze, je z toho výbušná zmes. Aj napriek útokom Šimkovičovej vydržíme, hovorí Furiel. SME. Verfügbar unter: <https://www.sme.sk/kultura/c/sef-organizacie-saplinq-aj-napriek-utokom-ministerky-kultury-vydrzime-a-nie-sme-jedin> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Hajčáková, D., & Terenzani, M. (2024). Druhý protest, dvakrát viac ľudí. Pod oknami Šimkovičovej sa zišlo 18-tisíc protestujúcich. SME. Verfügbar unter: <https://www.sme.sk/domov/c/protest-simkovicova-13-8-bratislava-ps-sas> (Zugriff am: 15.05.2026).
- HN Online. (2024). Šimkovičová zostáva vo funkcii. Koalícia hlasovala proti jej odvolaniu. Verfügbar unter: <https://hnonline.sk/slovensko/96176875-simkovicova-zostava-vo-funkcii-koalicia-hlasovala-proti-jej-odvolaniu> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Hospodárske noviny. (2025). Na Špecializovanom trestnom súde sa začal proces s expoličejom, ktorý mal vynášať informácie sátorovcom. Verfügbar unter: <https://hn24.hnonline.sk/hn24/96235334-na-specializovanom-trestnom-sude-sa-zacal-proces-s-expolicejom-ktory-mal-vynasat-informacie-satorovcom> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Klobučníková, L. (2024a). Šimkovičová dáva ľuďom na výber. Pod facebookovým príspevkom môžu hlasovať, či rezort kultúry podporí obnovu pamiatok alebo LGBTI+ akcie. ta3. Verfügbar unter: <https://www.ta3.com/clanok/920215/simkovicova-dava-ludom-na-vyber-pod-facebookovym-prispevkom-mozu-hlasovat-ci-rezort-kultury-podpori-obnovu-pamiatok-alebo-lgbti-akcie> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Klobučníková, L. (2024b). Petícia za odchod Šimkovičovej má viac hlasov ako SNS vo voľbách, Fico jej verí. Prekonala Matoviča, to už je čo povedať, reaguje Šimečka. ta3. Verfügbar unter: <https://www.ta3.com/clanok/921175/peticia-za-odchod-simkovicovej-ma-viac-hlasov-ako-sns-vo-volbach-fico-jej-veri-prekonala-matovica-to-uz-je-co-povedat-reaguje-simecka> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Le Monde. (2024). Slovakia's parliament backs a contentious plan to overhaul the country's public broadcasting. Verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/en/international/article/2024/06/21/slovakia-s-parliament-backs-a-contentious-plan-to-overhaul-the-country-s-public-broadcasting_6675297_4.html (Zugriff am: 15.05.2026).
- Martin Chlebovec. (2026). Trojročné zmluvy sú len pozastavené a prejdú kontrolou, tvrdí FPU. Fond aj rezort kritizujú podporu „privilegovaných“ subjektov. TA3. Verfügbar unter:

- <https://www.ta3.com/clanok/1041177/trojrocne-zmluvy-su-len-pozastavene-a-prejdu-kontrolou-tvrdi-fpu-fond-aj-rezort-kritizuju-podporu-privilegovanych-subjektov> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Mičuda, V. (2016). Na Bonapárty sa ľudia stretli naposledy. Pravda. Verfügar unter: <https://spravy.pravda.sk/domace/clanok/404184-protesty-pred-bonaparte-ukoncil-suliks-matovicom/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Močková, J. (2019). Kultúrna scéna píše premiérovi Pellegrinimu. Prešľapmi ministerky Laššákovvej zaplnili 53 strán. Denník N. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/1511414/kulturna-scena-pise-premierovi-pellegrinimu-preslapmi-ministerky-lasakovej-zaplnili-53-stran/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Močková, J. (2024). Odvolaná riaditeľka Bibiany Liptáková: Rozhovor u ministerky kultúry trval dve minúty. Denník N. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/3905260/odvolana-riaditelka-bibiany-liptakova-rozhovor-u-ministerky-kultury-trval-dve-minuty/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Nicol Tomečková. (2025). Novou generálnou riaditeľkou STVR sa stala Martina Flašíková. STVR. Verfügar unter: <https://spravy.stvr.sk/2025/05/novou-generalnou-riaditelkou-stvr-sa-stala-martina-flasikova/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Nový Čas (2015): Čo má Šimkovičová proti utečencom? Drsné príspevky na Facebooku! Verfügar unter: <https://www.cas.sk/prominenti/prominenti-domaci/co-ma-simkovicova-proti-utecencom-drsne-prispevky-na-facebooku> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Oliver Reháč. (2024). Kultúrny štrajk už spojil mestá po celom Slovensku, protesty sa konali v štrnástich naraz. Denník N. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/4205537/kulturny-strajk-uz-spojil-mesta-po-celom-slovensku-protesty-sa-konali-v-strnastich-naraz/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Oliver Reháč. (2025). STVR neodvysiela ani záznam z cien Slnko v sieti, filmári chystajú vlastný priamy prenos. Denník N. Verfügar unter: <https://dennikn.sk/4576085/stvr-neo-dvysiela-ani-zaznam-z-cien-slnko-v-sieti-filmari-chystaju-vlastny-priamy-prenos/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Orviská, V., Habas, J., Hajčáková, D., & Dudoň, M. (2026). Protestný pochod: Nespokojní ľudia z kultúry poslali Šimkovičovej jasný odkaz. SME. Verfügar unter: <https://www.sme.sk/domov/c/protest-dnes-bratislava-kultura-velka-kulturna-mobilizacia-3112026-minuta-po-minute> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Poloha, N. L. (2025). Šimkovičová je pre zmeny v FPU pod palbou kritiky. Nefunkčnosť fondu prinesie likvidáciu kultúry, vyčítajú umelci a samospráva. Pravda. Verfügar unter:

<https://spravy.pravda.sk/domace/clanok/739466-fond-na-podporu-umenia-rozdelil-vladu-simkovicovej-praca-v-slovenskej-kulture-moze-priniest-jej-likvidaciju/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda. (2019). Na bratislavskom zhromaždení žiadali odvolanie ministerky kultúry. Verfügbar unter: <https://spravy.pravda.sk/regiony/clanok/513100-na-bratislavskom-zhromazdeni-ziadali-odvolanie-ministerky-kultury/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda. (2020a). Kultúra má recept na výber riaditeľov. Verfügbar unter: <https://spravy.pravda.sk/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda. (2020b). Ministerka Milanová odvolala riaditeľa Národného osvetového centra. Verfügbar unter: <https://spravy.pravda.sk/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda, kul (2022): Odvolaný generálny riaditeľ SND Matej Drlička má silnú medzinárodnú podporu. Verfügbar unter: <https://kultura.pravda.sk/divadlo/clanok/645878-odvolany-generalny-riaditel-snd-matej-drlicka-ma-silnu-medzinarodnu-podporu/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda. (2024a). Kunsthalle na príkaz ministerky končí, pracovníci sú rozhorčení jej netransparentným rozhodovaním. Verfügbar unter: <https://kultura.pravda.sk/galeria/clanok/702111-kunsthalle-na-prikaz-ministerky-konci-pracovnici-su-rozhorceni-netransparentnym-rozhodovanim/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda. (2024b). Kultúra má byť otvorená a žiadna iná. Umelci a kultúrne organizácie na proteste vyzvali Šimkovičovou, aby odstúpila. Verfügbar unter: <https://spravy.pravda.sk/domace/clanok/720403-protest-kultura-snd-ministerka-simkovicova/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda. (2026a). Fond na podporu umenia zrušil zmluvy za milióny. Kultúrna obec hovorí o porušení zákona, hrozí žalobami. Verfügbar unter: <https://spravy.pravda.sk/domace/clanok/792457-fpu-zrusil-viacrocne-zmluvy-za-miliony-kulturna-obec-hovori-o-porusenizakona-a-hrozi-zalobami/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda. (2026b). Kultúrne organizácie dotknuté rušením trojročných zmlúv s FPU podávajú podnet na Generálnu prokuratúru. <https://spravy.pravda.sk/domace/clanok/796517-kulturne-organizacie-dotknute-rusenim-trojrocnych-zmluv-s-fpu-podavaju-podnet-na-generálnu-prokuraturu> (Zugriff am: 15.05.2026).

Pravda. (2026c). Progresívci podávajú trestné oznámenie za zrušené zmluvy v kultúre, FPU bráni nové pravidlá. Verfügbar unter: <https://spravy.pravda.sk/domace/clanok/793889-progresivci-podavaju-trestne-oznamenie-za-zrusene-zmluvy-v-kulture-fpu-brani-nove-pravidla> (Zugriff am: 15.05.2026).

- SITA. (2022). Milanová označila reformu mediálnych zákonov za tú najdôležitejšiu. Ochráni novinárov a vôbec nezáleží, kto bude pri moci. Verfügar unter: <https://sita.sk/milanova-oznacila-reformu-medialnych-zakonov-za-tu-najdolezitejsiu-ochrani-novinarov-a-vobec-nezalezi-kto-bude-pri-moci/> (Zugriff am: 15.05.2026).
- STVR. (2026). Public Broadcaster Withholds Awards Ceremony Following On-Air Criticism. Verfügar unter: <https://enrsi.stvr.sk/articles/Culture/439185/public-broadcaster-withholds-awards-ceremony-following-on-air-criticism> (Zugriff am: 15.05.2026).
- TA3. (2018). Stovky osobností kultúry vyzývajú novú ministerku, aby rezignovala. Verfügar unter: <https://www.ta3.com/clanok/122815/stovky-osobnosti-kultury-vyzyvaju-novu-ministerku-aby-rezignovala> (Zugriff am: 15.05.2026).
- TA3. (2025a). Píšťalky, bitky a rekordných 80 protestov. Politický rok 2025 vyvrcholil drámou v parlamente. Verfügar unter: <https://www.ta3.com/clanok/1026837/rok-2025-priniesol-koalicne-krizy-aj-burlive-protesty-politicku-scenu-ovladli-hadky-a-dolezite-zmeny-ustavy> (Zugriff am: 15.05.2026).
- TA3. (2025b). Tarabu ani Šimkovičovu neodvolali. Obaja ministri sú ochotní odísť, ak to nariadi premiér Fico. Verfügar unter: <https://www.ta3.com/clanok/981023/dve-odvolavania-v-jeden-den-schodzu-k-tarabovi-neotvorili-pokusia-sa-o-to-v-stredu-simkovicova-je-na-rade> (Zugriff am: 15.05.2026).
- TA3. (2026). Chýbajúce financie doplatili z vlastného, založili zbierku. Zrušenie zmlúv FPU je podľa kultúrnych organizácií protizákonné. Verfügar unter: <https://www.ta3.com/clanok/1040517/chybajuce-financie-doplatili-z-vlastneho-zalozili-zbierku-zrusenie-zmluv-fpu-je-podla-kulturnych-organizacii-protizakonne> (Zugriff am: 15.05.2026).
- The Slovak Spectator. (2026). News digest: Public broadcaster gets a new watchdog. It is tied to the govt. Verfügar unter: <https://spectator.sme.sk/politics-and-society/c/news-digest-public-broadcaster-gets-a-new-watchdog-it-is-tied-to-the-govt> (Zugriff am: 10.05.2026).
- Vongrej, Ľ. (2018). Marek Maďarič sa rozhodol odstúpiť z postu ministra kultúry. Opera Slovakia. Verfügar unter: <https://operaslovakia.sk/marek-madaric-sa-rozhodol-odstupit-z-postu-ministra-kultury/> (Zugriff am: 15.05.2026).

Audiovisuelle Quellen

- Maďarič, M. (2018). Marek Maďarič oznámil odstúpenie z postu ministra kultúry. Video. YouTube. Verfügar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Soi3McHWFbK> (Zugriff am: 15.05.2026).

- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2023). Dotácie mali smerovať do progresívnych mimovládok, súčasné vedenie im dalo stopku. Videostatement. YouTube. Verfügar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=7jTiNVpwA9M> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky. (2024). LGBTI+ mimovládky už od Ministerstva kultúry nedostanú ani cent. Videostatement. YouTube. Verfügar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=WLxjqcKTGes> (Zugriff am: 15.05.2026).
- Šimečka, M. M. (2025). The Slovak Experiment: Cultural Blitzkrieg and the Speed of Backsliding. Bratislava: Respekt/Aspen Review. Verfügar unter: <https://www.iwm.at/event/the-slovak-lesson-when-the-enemies-of-democracy-come-to-power> (Zugriff am: 15.05.2026).
- TASR. (2023). Premiér: Kultúra sa musí vrátiť k duchu národných tradícií a dedičstva – tlačová konferencia. Video. YouTube. Verfügar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5esOFA841Yk> (Zugriff am: 15.05.2026).
- TASR TV. (2024). MK SR: Audit odhalil závažné pochybenia bývalého vedenia Bibiany. YouTube-Video. Verfügar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=dGzJpGYaZlg> (Zugriff am: 15.05.2026).

Anhang

Anhang A: Transkripte der analysierten Pressekonferenzen und Videostatements

Transkript 1: Pressekonferenz des Premierministers zur Kulturpolitik anlässlich der Amtseinführung der Kulturministerin Martina Šimkovičová

Datum: 06.11.2023

Titel des Videos: „Premiér: Kultúra sa musí vrátiť k duchu národných tradícií a dedičstva“

Quelle: YouTube

Anmerkung: Die Zeitangaben im Transkript orientieren sich am Originalvideo. Aus Gründen der Lesbarkeit wurden einzelne Passagen sprachlich geglättet. Der Inhalt wurde nicht verändert.

Moderátor [00:42]

Vážené dámy a páni, vítám vás v priestoroch Ministerstva kultúry. Predseda vlády Slovenskej republiky, pán Róbert Fico, oficiálne uvedie do funkcie ministerku kultúry Slovenskej republiky pani Martinu Šimkovičová.

Moderátor [00:58]

Pri tejto príležitosti je pripravené aj malé tlačové vyhlásenie. Poprosím pána predsedu o pár slov.

[Hudba]

Robert Fico [01:16]

Ďakujem pekne. Poviem to úprimne, potešilo ma, že kultúra [výpadok zvuku] prišiel na Ministerstvo kultúry nielen zablahoželať pani ministerke a ďalším funkcionárom k významným štátnym funkciám, ale aby som aj niektoré veci zdôraznil. Pani ministerka, aj takto verejne vám blahoželám k menovaniu za ministerku kultúry. Želám vám aj vášmu kolektívu, aby na tomto mimoriadne dôležitom ministerstve pre Slovensko bol trochu iný duch, ako sme ho videli za ostatné roky. Vážené dámy a páni, keďže sme v štádiu prípravy programového vyhlásenia vlády, nemôžeme teraz ísť do úplných detailov, pretože až keď bude programové vyhlásenie vlády schválené na politickej úrovni a predložené Národnej rade Slovenskej republiky, budeme sa môcť konkrétnejšie vyjadrovať k jednotlivým aspektom práce Ministerstva kultúry, ktoré sú rozmanité. Je tam vzťah s médiami, mimoriadne dôležitý vzťah s cirkvami, je to otázka kultúrneho dedičstva a ďalšie a ďalšie faktory, na ktoré bude musieť Ministerstvo kultúry aj v pomerne náročných finančných podmienkach reagovať.

Robert Fico [02:53]

Obmedzím sa preto na to, o čo som požiadal pani ministerku a jej najbližších spolupracovníkov na našom prvom stretnutí, pretože budeme sa nepochybne vydávať na rôzne podujatia, kde výrazne podporujem pani ministerku, aby k nim pristupovala tak aktívne, ako sa len dá. Požiadal som pani ministerku, aby, pokiaľ ide o obsah svojej práce, predovšetkým sledovala to, čo je napísané v preambule Ústavy Slovenskej republiky. Viete, my sme si urobili z Ústavy Slovenskej republiky iba akýsi zoznam článkov, kde je niečo povedané a či už s takou alebo onakou intenzitou sa tieto články dodržiavajú. Ale Ústava Slovenskej republiky má aj svojho vlastného ducha. A týmto duchom je presne to, čo zákonodarcovia v roku 1992 vložili do preambuly Ústavy Slovenskej republiky, ktorá vznikala veľmi ťažko. A pravdepodobne to bola aj najkomplikovanejšia časť celej Ústavy Slovenskej republiky.

Robert Fico [04:03]

Pretože sme museli zohľadniť rozmanitosť našich dejín. Museli sme zohľadniť to, že tu žijeme spoločne s príslušníkmi národnostných menšín. Ale každý, kto si prečíta preambulu Ústavy Slovenskej republiky, vidí v nej nielen ducha, ale vidí predovšetkým jasný ústavný príkaz zákonodarcov, ako sa máme správať. Preambula hovorí o našich tisícročných zápasoch o prežitie a svojbytnosť. Pani ministerka, veľmi vás povzbudzujem, aby ste sa stavali aktívne ku všetkým historickým udalostiam, ktoré boli dôležité pre nás. Venujte sa, prosím, obdobiu Veľkomoravskej ríše, kráľa Svätopluka, venujte sa, prosím, memorandovým rokom, venujte sa všetkým významným rokom našej histórie až po tie najmodernejšie.

Robert Fico [05:00]

Chcem vás poprosiť, nezabúdajte na také významné míľniky, ako je 17. júl – Deň zvrchovanosti, Deklarácia zvrchovanosti. Preambula samozrejme hovorí o odkaze Veľkej Moravy, odkaze svätého Cyrila a Metoda. Nechcem to teraz zľahčovať, ale svätý Cyril a Metod sem nepišli s gender ideológiou.

Aj preto sme zakotvili do Ústavy Slovenskej republiky naše vnímanie manželstva ako vzťahu muža a ženy. Viete, že príchod Metoda mal rôzne rozmery, nielen cirkevný a náboženský, ale bol to aj rozmer vzdelávací.

Robert Fico [05:43]

...obrovského rozsahu. Pretože to dedičstvo, ktoré po nich zostalo na našom území, bolo fantastické. Preto vás povzbudzujem, vráťte slovenskému národu nejakého ducha. A toho ducha, ktorý vnímame a vidíme predovšetkým v preambule Ústavy Slovenskej republiky. A v tomto budete plne podporovaná z mojej strany.

Robert Fico [06:15]

Sú technické veci, kde nie je úlohou premiéra zasahovať. Budete mať svoj pohľad na fungovanie Slovenskej televízie, alebo teda dnes RTVS. Hoci sú rôzne úvahy, čo s touto inštitúciou urobiť, pretože ťažko môžem hovoriť o Slovenskej televízii a Slovenskom rozhlase ako o verejnoprávných médiách. Túto úlohu málokedy táto inštitúcia naplňala. Bude téma, kde budem veľmi rád s vami komunikovať a zúčastňovať sa podujatí, a to sú stretnutia s najvyššími predstaviteľmi cirkví a náboženských spoločností, ktoré sú registrované na Slovensku. Máme mimoriadne dôležitého partnera, ktorý osirel za posledné roky tak ako málokto, a to je Matica slovenská. Takúto perlu, ako je Matica slovenská, má málokto krajina vo svete.

Robert Fico [06:59]

Predchádzajúca vláda ju zanedbala, dokonca by som použil výraz ponížila spôsobom nehodným. Preto Ministerstvo kultúry, hoci malé, možno z pohľadu financií nie príliš nabité peniazmi, je ministerstvo, ktoré môže urobiť pre Slovensko toľko, čo sa možno ani všetkým ministerstvám nepodarí v iných oblastiach.

Robert Fico [07:22]

Aj ja vám v tomto chcem držať palce. Som rád, že ste si vybrali tím, ktorý som videl, pretože ľudí, ktorých som videl okolo vás, nemôžem považovať za ľudí, ktorí by sa pretvarovali v otázkach kultúrnych a národných. Vy tu máte naozaj ľudí kultúrne a národne orientovaných. A ak správne využijete ich kapacity a ich možnosti, nemusíte sa obávať o výsledky vašej práce. Takže ešte raz, pani ministerka, blahoželám, držme si navzájom palce. Ale predovšetkým sa teším, že spoločne toho ducha Slovenskej republiky budeme povzbudzovať podstatne viac, ako to bolo, pretože za ostatné tri roky to nebolo vôbec. Ďakujem pekne.

Martina Šimkovičová [08:31]

Ďakujem Marekovi Ľapákovi za úvod. Ja sama som ho poprosila a bol to v podstate môj nápad, aby sme tu počuli poéziu. Ja som zvyknutá rozprávať celý môj život. Pracovala som v médiách, ale napísala som si to, aby som vás teda dlho nezdržovala.

Martina Šimkovičová [08:55]

Ďakujem za tento obrovský záujem médií. Vraj je to po prvýkrát na Ministerstve kultúry, tak nás to teší. Kultúra je čin národa. Dnešná kultúra je výsledkom povahy národa rokov minulých. Kultúra je výsledkom histórie a veru, ak by sme povedali, že naša spoločnosť má dnes ušľachtilú povahu, dámy a páni, klamali by sme. Máme dve kultúry a možno viac.

Martina Šimkovičová [09:22]

Posledné roky boli poznačené rozdeľovaním spoločnosti a výsledkom sú póly. A póly vedú k oddeľovaniu. Úlohou rezortu kultúry nebude možno názorová zhoda, ale principiálna zhoda. Princíp spájania nie je o názorovej zhode, ale o tolerancii názorov.

Martina Šimkovičová [09:38]

Kultúra slovenského ľudu má byť slovenská. Slovenská a žiadna iná. Tolerujeme iné národné kultúry, ale naša kultúra nie je zmiešavanie iných kultúr.

Martina Šimkovičová [09:47]

Tolerujeme iné národné kultúry, ale naša kultúra nie je zmiešavanie iných kultúr. Ak máme byť uznaní ako národ s vlastnou kultúrou, postavme do popredia našich buditeľov, naše zvyky, naše tradície a naše dejiny.

Martina Šimkovičová [09:55]

Potom nás svet uzná a povie: Slováci majú vlastnú kultúru, vlastnú históriu a sú kultivovaný národ, pretože rešpektujú kultúry iných zvrchovaných národov.

Martina Šimkovičová [10:02]

Rešpektovanie iných kultúr však neznamená miešanie slovenskej kultúry s inou.

Martina Šimkovičová [10:10]

A toto je, dámy a páni, moja vízia. Postaviť oblasť kultúry na slovenských dedičstvách, buditeľoch a dejinných milníkoch slovenského národa.

Martina Šimkovičová [10:26]

Ja by som si želala, aby sme tu spoločne zakopali vojnovú sekeru, aby sme sa prestali konečne nálep-kovať. Aby sme sa prestali vzájomne ponižovať.

Martina Šimkovičová [10:41]

Sme predsa kultúrni ľudia. A kultúrne Slovensko. Chcem z tohto miesta pozdraviť aj zamestnancov Ministerstva kultúry, s ktorými som sa už stretla osobne.

Martina Šimkovičová [10:50]

Teším sa na spoluprácu. Chcem pozdraviť aj všetky inštitúcie, ktoré spadajú pod Ministerstvo kultúry. Tento týždeň mám s nimi stretnutia a opäť sa teším na spoluprácu.

Martina Šimkovičová [10:57]

Ďakujem vám za pozornosť, ďakujem pekne. Dovidenia, dovidenia.

Transkript 2: Stellungnahme der Kulturministerin Martina Šimkovičová zur Aufhebung des Förder-programms 5 „Förderung der Medienkompetenz und Bekämpfung von Desinformation“

Datum: 21.12.2023

Titel des Videos: „Dotácie mali smerovať do progresívnych mimovládok, súčasné vedenie im dalo stopku“

Quelle: YouTube

Martina Šimkovičová [00:02]

Musím konštatovať, že ďalšie informácie, ktoré teraz verejnosti poskytnem, si určite neprečítate v tak-zvaných mienkotvorných médiách. Potvrdzujú, že rozhodnutie zrušiť dotačný program 5 „podpora roz-voj mediálnej výchovy a boj proti dezinformáciám“ a presunúť 300 000€ na opravu strechy Slovenskej filharmónie bolo nielen správne, ale aj oprávnené.

Martina Šimkovičová [00:28]

Išlo vlastne len o presun tisícov eur z rozpočtu Ministerstva kultúry na vybrané mimovládne orga-nizácie, pod taktovkou ľudí z progresívneho Slovenska na predvolebné aktivity. Výzvu síce stihli, ale využiť ju na ovplyvnenie volieb už nie.

Martina Šimkovičová [00:47]

Z tisícov mimovládnych organizácií podalo žiadosť o dotáciu niekoľko desiatok. Minulé vedenie rezortu v rozpore s vnútornými predpismi nominovalo účelovo do takzvanej hodnotiacej komisie piatich ľudí mimo rezortu kultúry. Napríklad pána Jakuba Godu, ktorý pôsobí v kancelárii prezidentky Čaputovej.

Martina Šimkovičová [01:09]

A nie náhodou. O 27 700 Eur totiž požiadala aj organizácia „Post Bellum“ podporovaná prezident-kou, a komisia jej túto sumu bez váhania priklepla. Podľa webovej stránky tejto mimovládky, ako riadi-teľ pre komunikáciu a médiá tam pôsobí pán Rizman. Potrebuje to komentár?

Martina Šimkovičová [01:31]

Člena komisie pána Hipša zakladateľa združenia „Živica“ a bývalého predsedu strany „Spolu“ som už spomínala. Samozrejme takmer 8 000€ pre Živicu bolo tiež úspešných, rovnako ako „Inštitút pre dobre spravovanú spoločnosť“ kde v správnej rade pôsobí Tomáš Bela z „Denníka N“ vo valnom zhromaždení členka Emília Sičáková Beblavá, čestným predsedom je Miroslav Beblavý.

Martina Šimkovičová [01:59]

A aby som nezabudla úspešní boli aj „SITEV“ občianske združenie s riaditeľom Lukášom Hrošovským, priateľom pána Trubana, Bútoru, Sabaku a celého „Progresívneho Slovenska“. A tiež „Centrum komunitného organizovania“ aktivisti za PS Banskej Bystrice a Zvolena protagonisti „Nie v našom meste“, ktorí v týchto dňoch organizujú protesty za záchranu Daniela Lipšica vo funkcii špeciál-neho prokurátora.

Martina Šimkovičová [02:30]

Takže zhrnuté Daniel Milo, Juraj Hipš, Jakub Goda a ešte dvaja ďalší predstavitelia progresívnych mimovládok rozhodovali o pridelení dotácií z peňazí daňových poplatníkov z rozpočtu rezortu kultúry pre progresívne mimovládky. Pričom písomne vyhlásili, že vo svojom rozhodovaní sú nezaujatí.

Martina Šimkovičová [02:55]

A čo je úplne zvrátené. Väčšina týchto financií mala byť použitá na honoráre, priame platby na vylepšenie finančnej situácie pre aktivistov. Podľa mňa na streche filharmonie bude tým tisícom eur lepšie.

Transkript 3: Stellungnahme der Kulturministerin Martina Šimkovičová zur Einstellung der Förderung von LGBTI-Organisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren

Datum: 12.01.2024

Titel des Videos: „LGBTI+ mimovládky už od Ministerstva kultúry nedostanú ani cent“

Quelle: YouTube

Martina Šimkovičová [00:01]

Srdečne vás všetkých pozdravujem. Na úvod voľne použijem citát, ktorý som si prečítala v konzervatívnom portáli Štandard. Chlapci v mejkape a ženskom oblečení, ktorí pred publikom predvádzajú sexualizovanú šou, divoko zmaľované dievčatá robia to isté. Volá sa to Drag workshop.

Martina Šimkovičová [00:22]

Takto budú vystupovať a učiť sa mladí ľudia od 16 rokov. Teraz na konci januára 2024. Chlapci a dievčatá z 11 krajín sa prídu učiť a predvádzať na 11 dní do Košíc na workshope, sponzorovanom Európskou Úniou a Slovenskou Republikou.

Martina Šimkovičová [00:40]

Má ísť vraj o umenie, ktoré sa najčastejšie predvádza v baroch, a teda čo sa mladí v Košiciach naučia sa im získa. Možno by som takúto akciu, ktorá mi je proti srsti prešla bez povšimnutia, lenže sa ukázalo, že na projekte sa zúčastňuje aj slovenská LGBTI mimovládka „Sapling“, ktorá získala v minulom roku dotáciu z ministerstva kultúry 10 000 €.

Martina Šimkovičová [01:06]

Z Fondu na podporu najskôr 12 000 € potom 8000€ a 5000 €. Z Ministerstva školstva a národného inštitútu vzdelávania a mládeže dostali organizátori Drag workshopu dve finančné tranže, spolu vo výške 336 000 €. A sú tam ešte ďalší štátni a verejní podporovatelia.

Martina Šimkovičová [01:30]

Zaujímalo by ma čo na podporu tejto mimovládky hovoria samotní Košičania. Mesto Košice im poskytlo 5000€, pritom už 1. Decembra, kvôli akútnemu nedostatku financií vstúpilo oficiálne do krízového režimu. A ak nezdvihne dane, hrozí mu nútená správa. A prečo na to upozorňujem? Z jednoduchého dôvodu. Verejné financie sú po Matovičsko-Hegerovských vládach v kolapse.

Martina Šimkovičová [01:59]

Samosprávy bojujú o prežitie, konsoliduje sa a škrtá sa, kde sa len dá. Ja preto chcem dopredu verejnosti oznámiť, že na takýto druh školenia mládeže, na sexualizovanú šou LGBTI organizovanú mimovládkou, už nebude rezort kultúry vynakladať peniaze daňových poplatníkov. Len aby sa dopredu vedelo.

Martina Šimkovičová [02:22]

Hovorím to skôr, ako sa zdvihne vlna nenávisti a hrubosti v niektorých médiách a na sociálnych sieťach. Takže na produkciu PRIDEov školenia mládeže a aktivistov v LGBTI témach po školách a baroch, bude Ministerstvo Kultúr tak ako v iných oblastiach šetriť.

Martina Šimkovičová [02:42]

Hádam tento druh v úvodzovkách umenia prežije aj bez štátnych dotácií. Už viackrát som sa vyjadrila, že odmietam progresívnu normalizáciu a moja zásadná predstava o ďalšej činnosti rezortu je návrat k normalnosti.

Martina Šimkovičová [02:58]

Ctím si si rôzne názory, ale nech je každému dovolené, a teda aj mne vyslovovať svoj postoj. Žiaľ stále viac a viac sa ukazuje že súčasní liberáli a progresívcovia sú väčšinou ľudia, ktorí chcú aby všetci mysleli a konali ako oni, dúhovo.

Martina Šimkovičová [03:17]

A nedokážu si ani predstaviť že by bola možná schéma života a vzťahov, v ktorých by liberáli žili tak ako chcú žiť liberáli, ale nám ostatným by bolo dovolené žiť nejako inak, povedzme tradične.

Martina Šimkovičová [03:31]

Nevnucujte slovenskej spoločnosti Váš pochmúrny štýl správania. A ak sa ľudia s iným názorom vzopru, nesnažte sa ich zastrašiť, či prinútiť k Vášmu videniu sveta a morálke.

Anhang B: Analyisierte Gesetzestexte, Dokumente und ergänzende Materialien

Institutionelle Umstrukturierung und Governance-Eingriffe

Primäres Material:

Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.: Zákon o Rozhlase a televízii Slovenska (Gesetz über den Rundfunk und das Fernsehen der Slowakei):

Gesetz	Paragraf	Inhalt
Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.: Zákon o Rozhlase a televízii Slovenska (Gesetz über den Rundfunk und das Fernsehen der Slowakei)	§ 9 Abs. 1	Der Rat besteht aus neun Mitgliedern. Die Mitglieder werden von der Nationalversammlung gewählt und abberufen. Die Wahl erfolgt auf Vorschlag des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung. Im Rat sollen drei Expert*innen im Bereich Rundfunk, drei Expert*innen im Bereich Fernsehen, zwei Fachleute im Bereich Wirtschaft sowie eine Fachperson im Bereich Recht vertreten sein.
Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.	§ 9 Abs. 2	Als Expert*innen gelten eine natürliche Personen mit Hochschulabschluss zweiten Grades, mindestens fünf Jahren Berufserfahrung und drei Jahren Leitungserfahrung im jeweiligen Fachbereich. Für Fachleute im Bereich Recht ist keine Leitungserfahrung erforderlich.
Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.	§ 10 Abs. 3	Die Funktion eines Ratsmitglieds ist unvereinbar mit dem Amt der Präsident*in der Slowakischen Republik, eines Abgeordneten der Nationalversammlung, eines Regierungsmitglieds, eines Staatssekretärs, Leiter*in eines Ministerialdienstamtes, eines Vorsitzenden oder Direktor*in eines anderen zentralen staatlichen Verwaltungsorgans, Mitglieds des Rates für Mediendienste, Mitglieds des Audiovisuellen Fonds

		sowie mit Funktionen in Organen der Staatsverwaltung, territorialen Selbstverwaltung, der Staatsanwaltschaft oder der Gerichtsbarkeit einschließlich des Verfassungsgerichts der Slowakischen Republik.
Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.	§ 10 Abs. 5	Ein Ratsmitglied darf keine Funktion in einer politischen Partei oder politischen Bewegung ausüben, darf nicht in einem Arbeitsverhältnis zu einer politischen Partei oder Bewegung stehen und nicht in deren Namen oder Interesse handeln.
Gesetz Nr. 532/2010 Z. z.	§ 17 Abs. 1	Das Gesetz sieht vor, dass Generaldirektor*in von der Nationalversammlung in öffentlicher Abstimmung auf Vorschlag des zuständigen Ausschusses gewählt wird. Grundlage der Wahl ist eine öffentliche Anhörung der registrierten Kandidat*innen, die vom zuständigen Ausschuss organisiert wird. Bestandteil der Anhörung ist die Präsentation eines Projekts zur Leitung und Entwicklung der RTVS. Die öffentliche Anhörung wird live auf der Website der Nationalversammlung übertragen. Zudem werden Mitglieder der zuständigen Kommission gemäß besonderer gesetzlicher Vorschrift zur Anhörung eingeladen.

Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.: Zákon o Slovenskej televízii a rozhlase (Gesetz über die slowakische Radio- und Fernsehanstalt):

Gesetz	Paragraf	Inhalt
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.: Zákon o Slovenskej televízii a rozhlase (Gesetz über die slowakische Radio- und Fernsehanstalt)	§ 11 Abs. 1	Das Gesetz bestimmt, dass der Rundfunkrat aus insgesamt neun Mitgliedern besteht.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 11 Abs. 2	Vier Mitglieder des Rates werden von Kulturminister*in der Slowakischen Republik ernannt und abberufen. Drei dieser Mitglieder sollen Expert*innen aus den Bereichen Medien und Audiovision, Wirtschaft, Recht oder Informationstechnologien sein. Ein weiteres Mitglied wird auf Vorschlag des Finanzministers aus dem Bereich Wirtschaft ernannt. Die Ernennung erfolgt auf Grundlage eines Auswahlverfahrens.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 11 Abs. 3	Fünf Mitglieder des Rates werden von der Nationalversammlung mit der Mehrheit der anwesenden Abgeordneten gewählt und abberufen. Die Mitglieder werden auf Vorschlag des zuständigen Parlamentsausschusses gewählt, sodass im Rat Experte aus den Bereichen Fernsehen, Rundfunk, Wirtschaft, Recht und Informationstechnologien vertreten sind.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 11 Abs. 4	Als Expert*innen gelten natürliche Personen mit Hochschulabschluss zweiten Grades und mindestens fünf Jahren Berufserfahrung im jeweiligen Fachbereich.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 12 Abs. 3	Die Mitgliedschaft im Rat ist unvereinbar mit zahlreichen politischen und öffentlichen Funktionen, darunter das Amt der Präsident*in

		der Slowakischen Republik, Mandate im nationalen oder europäischen Parlament, Regierungsfunktionen, Mitgliedschaften in staatlichen Regulierungs- und Kulturinstitutionen sowie Tätigkeiten in der Staatsanwaltschaft oder Gerichtsbarkeit einschließlich des Verfassungsgerichts der Slowakischen Republik.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 16 Abs. 4	Der Rundfunkrat wählt und entlässt die Generaldirektor*in, den Vorsitzenden des Rates sowie den stellvertretenden Vorsitzenden in geheimer Abstimmung mit der absoluten Mehrheit aller Ratsmitglieder.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 16 Abs. 6	Die Sitzungen des Rates sind öffentlich. Falls der Rat über Informationen berät, die besonderen Datenschutzbestimmungen unterliegen, ist er verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz dieser Daten sicherzustellen.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 19 Abs. 1	Generaldirektor*in wird vom Rundfunkrat auf Grundlage einer öffentlichen Anhörung der registrierten Kandidat*innen gewählt. Die Anhörung wird vom Rat organisiert und beinhaltet die Präsentation eines Projekts zur Leitung und Entwicklung der Slowakischen Fernsehanstalt und des Rundfunks. Die öffentliche Anhörung wird live auf der Website der Slovenská televízia a rozhlas übertragen.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 19 Abs. 5	Mit Abschluss der öffentlichen Anhörungen aller Kandidaten tritt

		der Rat zur Wahl des/der Generaldirektor*in zusammen.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 21 Abs. 1	Die Ethikkommission fungiert als beratendes Organ des Rates. Ihre Aufgabe besteht darin, Stellungnahmen zur Einhaltung des Statuts der Programmmitarbeiter*innen, weiterer kreativer Mitarbeiter*innen und externer Kooperationspartner*innen der STVR sowie zu allgemeinen ethischen Grundsätzen abzugeben und Maßnahmen zur Sicherstellung ihrer Einhaltung vorzuschlagen.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 22 Abs. 1	Die Ethikkommission besteht aus insgesamt neun Mitgliedern.
Gesetz Nr. 157/2024 Z. z.	§ 22 Abs. 2	Die Mitglieder der Ethikkommission werden vom Vorsitzenden des Rates auf Grundlage eingereichter Vorschläge ernannt. In der Kommission sollen Vertreter*innen registrierter Kirchen und Religionsgemeinschaften, nationaler Minderheiten und ethnischer Gruppen, Menschen mit Behinderungen, des Slowakischen Olympischen und Sportkomitees, repräsentativer Interessenverbände der Selbstverwaltung, der Matica slovenská, der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, landesweiter Kinder- und Jugendorganisationen sowie ein/eine Vertreter*in der journalistischen Profession vertreten sein, der/die von einem landesweiten Selbstregulierungsorgan zum Schutz journalistischer Ethik nominiert wird.

Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.: Zákon o Fonde na podporu umenia (Gesetz über den Fonds zur Unterstützung der Kunst):

Gesetz	Paragraf	Inhalt
Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.: Zákon o Fonde na podporu umenia (Gesetz über den Fonds zur Unterstützung der Kunst)	§ 5 Abs. 1	Der Rat des Fonds besteht aus neun Mitgliedern. Vier Mitglieder werden von Kulturminister*innen ohne Vorschlag ernannt und abberufen. Fünf weitere Mitglieder werden von Minister*innen auf Vorschlag von Berufsverbänden ernannt, die im Bereich Kunst, Kultur oder Kreativwirtschaft tätig und beim Innenministerium registriert sind, beziehungsweise auf Vorschlag gesetzlich errichteter juristischer Personen, die in diesen Bereichen tätig sind.
Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.	§ 10 Abs. 1	Die Aufsichtskommission besteht aus drei Mitgliedern. Zwei Mitglieder werden von Kulturminister*innen ernannt und abberufen. Ein weiteres Mitglied wird von Minister*innen auf Vorschlag des Finanzministeriums der Slowakischen Republik ernannt und abberufen.
Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.	§ 17 Abs. 1	Zur Bewertung der eingereichten Förderanträge richtet der Fonds Fachkommissionen ein.
Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.	§ 17 Abs. 7	Die Fachkommissionen bewerten jeden Antrag auf Grundlage der festgelegten Bewertungsprinzipien, Verfahren, Kriterien und Prioritäten des Rates. Dabei berücksichtigen sie insbesondere das künstlerische und kreative Potenzial, den allgemeinen Beitrag für Kunst, Kultur und die Kreativwirtschaft in der Slowakischen Republik sowie die Begründetheit und Angemessenheit der beantragten finanziellen Mittel.

Gesetz Nr. 284/2014 Z. z.	§ 17 Abs. 8	Die Fachkommissionen übermitteln ihre Bewertung in schriftlicher Form an den/die Direktor*in des Fonds. In ihrer Stellungnahme empfehlen oder empfehlen sie nicht die Gewährung finanzieller Mittel und schlagen die Höhe der Unterstützung sowie den grundlegenden zeitlichen Rahmen für die Bereitstellung und Verwendung der Mittel vor.
---------------------------	-------------	---

Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.: Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 284/2014 Z. z. (Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes Nr. 284/2014 Z. z. über den Fonds zur Unterstützung der Kunst):

Gesetz	Paragraf	Inhalt
Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.: Zákon, ktorým sa mení a dopĺňa zákon č. 284/2014 Z. z. (Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes Nr. 284/2014 Z. z. über den Fonds zur Unterstützung der Kunst)	Ergänzung von § 4 Abs. 3	Über die Gewährung finanzieller Mittel entscheidet der Rat des Fonds. Bei seiner Entscheidung berücksichtigt der Rat die Stellungnahme der Fachkommission, die als beratendes Organ des Rates fungiert. Die Stellungnahme der Fachkommission ist für den Rat jedoch nicht bindend. Gleichzeitig bestimmt der Rat die Höhe der finanziellen Mittel im Einklang mit dem genehmigten Budget des Fonds sowie den grundlegenden zeitlichen Rahmen für die Bereitstellung und Verwendung dieser Mittel.
Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.	Änderung zu § 5 Abs. 1	Der Rat des Fonds besteht aus 13 Mitgliedern. Acht Mitglieder werden von Kulturminister*innen ernannt und abberufen, darunter ein Mitglied auf Vorschlag von Bürgermeister*innen, Oberbürgermeister*innen und Vorsitzenden der Selbstverwaltungskreise.
Gesetz Nr. 169/2024 Z. z.	Änderung zu § 10 Abs. 1	Die Aufsichtskommission besteht aus fünf Mitgliedern. Zwei

		Mitglieder werden vom Rat in geheimer Abstimmung gewählt und abberufen. Drei weitere Mitglieder werden von Kulturminister*innen ernannt und abberufen, darunter ein Mitglied auf Vorschlag des Finanzministeriums der Slowakischen Republik.
--	--	--

Sekundäres Material:

Regierung der Slowakischen Republik (2024): Návrh zákona o Slovenskej televízii a rozhlase (Gesetzesentwurf zur slowakischen Radio- und Fernsehanstalt)

Verfassungsgericht der Slowakischen Republik (2026): Beschluss Nr. PL. ÚS 10/2024

Personelle Politisierung kultureller Institutionen

Primäres Material:

Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky (2024): Novou riaditeľkou Bibiany sa stala Petra Flach (Neue Direktorin von Bibiana wurde Petra Flach)

Ministerstvo kultúry Slovenskej republiky (2024): Audit v medzinárodnom dome umenia pre deti BIBIANA odhalil závažné pochybenia (Audit im Internationalen Haus der Kunst für Kinder BIBIANA hat schwerwiegende Mängel aufgedeckt)

STVR (2025): Novou generálnou riaditeľkou STVR sa stala Martina Flašíková (Neue Generaldirektorin von STVR wurde Martina Flašíková)

Sekundäres Material:

Transparex (2024): Obstarávateľ roka 2024 (Auftraggeber des Jahres 2024)

Transparex (2023): Obstarávateľ roka 2023 (Auftraggeber des Jahres 2023)

Protokoll des Auswahlverfahrens für die Position der Direktorin/des Direktors von BIBIANA (Internationales Haus der Kunst für Kinder)

Čaranová, B. (2024): Kto je nová riaditeľka Bibiany? Kamarátka ministerky kultúry z Kittsee (Wer ist die neue Direktorin von Bibiana? Eine Freundin der Kulturministerin aus Kittsee)

Močková, J. (2024): Odvolaná riaditeľka Bibiany Liptáková: Rozhovor u ministerky kultúry trval dve minúty (Abberufene Direktorin von Bibiana Liptáková: Das Gespräch mit der Kulturministerin dauerte zwei Minuten)

Denník N (2025): Riaditeľka Bibiany Petra Flach pripustila pochybenie (Direktorin von Bibiana Petra Flach räumte Fehler ein)

The Slovak Spectator (2026): News digest: Public broadcaster gets a new watchdog. It is tied to the government

Council of Europe Platform for the Safety of Journalists (2025): Governance and Funding Structure of STVR Undermines Public Service Media Independence

Council of Europe Platform for the Safety of Journalists (2025): STVR Halts Reportéri Investigation and Suspends Programme

STVR (2026): Public Broadcaster Withholds Awards Ceremony Following On-Air Criticism

Rehák, O. (2025): STVR neodvysiela ani záznam z cien Slnko v sieti (STVR sendet auch keine Aufzeichnung der Filmpreise Slnko v sieti)

Finanzielle Steuerung und Ressourcenverteilung

Primäres Material:

Slovenská národná galéria (2024): Vyhlásenie k presunu Kunsthalle Bratislava pod SNG (Erklärung zur Überführung der Kunsthalle Bratislava unter die Slowakische Nationalgalerie)

Kunsthalle Bratislava (2024): Stanovisko (Stellungnahme)

Rat des Fonds zur Unterstützung der Kunst (2026): Protokoll der 6. Sitzung, Beschluss Nr. 26/2026 zur Aufhebung der sogenannten dreijährigen Verträge

Fond zur Unterstützung der Kunst (2026): Rozhodnutie rady FPU o pridelení finančných prostriedkov, Výzva č. 1/2026, Program č. 1.5. (Entscheidung über die Zuweisung finanzieller Mittel)

Fond zur Unterstützung der Kunst (2026): Rozhodnutie rady FPU o pridelení finančných prostriedkov, Výzva č. 1/2026, Program č. 2.2 (Entscheidung über die Zuweisung finanzieller Mittel)

Sekundäres Material:

Hládeková, K. (2025): Ex-tím Kunsthalle: Začalo sa to nami, kedy to skončí? (Ex-Team Kunsthalle: Es begann mit uns, wann wird es enden?)

Pravda (2026): Fond na podporu umenia zrušil zmluvy za milióny. Kultúrna obec hovorí o porušení zákona, hrozí žalobami (FPU hat Verträge in Millionenhöhe aufgehoben. Die Kulturszene spricht von Gesetzesverstößen)

Pravda (2026): Kultúrne organizácie dotknuté rušením trojročných zmlúv s FPU podávajú podnet na Generálnu prokuratúru (Kulturorganisationen reichen Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft ein)

Pravda (2026): Progresívci podávajú trestné oznámenie za zrušené zmluvy v kultúre (Progressive reichen Strafanzeige wegen aufgehobener Kulturverträge ein)

TA3 (2026): Chýbajúce financie doplatili z vlastného... Zrušenie zmlúv FPU je podľa kultúrnych organizácií protizákonné (Fehlende Mittel wurden selbst gedeckt... Aufhebung der Verträge wird als rechtswidrig bezeichnet)

SME (2026): Protest – veľká kultúrna mobilizácia (Protest – große kulturelle Mobilisierung)

Chlebovec, M. (2026): Trojročné zmluvy sú len pozastavené... (Dreijährige Verträge sind nur ausgesetzt...)

Hinweis: Die vollständigen bibliografischen Angaben aller verwendeten Quellen befinden sich im Literaturverzeichnis sowie in den Fußnoten der jeweiligen Analysekapitel.